



**Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches
Engagement**



THEMA

EVANGELISCHE KIRCHE, RELIGIONEN UND BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

DOSSIER Nr. 4



BBE DOSSIER NR. 4

EVANGELISCHE KIRCHE, RELIGIONEN UND BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Dieses Dossier bündelt wichtige Faktoren für die strategische Weiterentwicklung der Evangelischen Kirche: Die Verbindung von Kirche und Zivilgesellschaft, Aspekte der evangelischen Kirche als Kraft in der Zivilgesellschaft, kirchliche und religiöse Anerkennungskulturen bürgerschaftlichen Engagements sowie Religion in der Zivilgesellschaftsforschung. Die multireligiöse Perspektive im Dossier dient zudem der religiösen Sprachfähigkeit in der Zivilgesellschaft, der Diskussion der Rolle der Kirchen und Religionsgemeinschaften als Akteur für ein sich bildendes Europa und eines differenzierten Verständnisses kirchlich geprägter Positionen innerhalb der Zivilgesellschaft. Das Dossier führt Artikel der vergangenen zwei Jahre zusammen, die für den Newsletter des BBE und die Europa-Nachrichten geschrieben wurden. Diese verdanken sich teils der routinemäßigen Arbeit der Newsletterredaktion des BBE, teils einer engen Kooperation mit der Arbeitsstelle Ehrenamt der Nordkirche.

ISBN 978-3-9819767-3-1

INHALTSVERZEICHNIS

- 3** Dr. Kristin Junga: Einleitung
- 1. KIRCHE, RELIGION UND ZIVILGESELLSCHAFT ALLGEMEIN**
- 6** Christoph Wagenseil: Religiöse Vielfalt in Deutschland in Zahlen
- 8** Prof. Dr. Ansgar Hense: Gibt es einen Zusammenhang von Religion – europäischer Zivilgesellschaft – bürgerschaftlichem Engagement?
- 12** Univ.-Prof. Dr. Christian Danz : Die Bedeutung der Religion für die Zivilgesellschaft
- 2. EVANGELISCHE KIRCHE ALS KRAFT IN DER ZIVILGESELLSCHAFT**
- 15** OKR´in Katrin Hatzinger: Religion, europäische Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement
- 19** Dr. Steffen Bauer: Zukunft Ehrenamt, eine Annäherung auf neuen Wegen
- 23** Ina Wittmeier / Dr. Kristin Junga: Bildung im kirchlichen Engagement von Jugendlichen – Ein Ausschnitt
- 29** Dr. Petra Potz / Rainer Hub: Kirche findet Stadt - ohne bürgerschaftliches Engagement keine Quartiersentwicklung
- 38** Detlev Meyer-Düttingdorf / Dr. Kristin Junga: Ehrenamt in der Evangelischen Kirche fördern: Entwicklungen, Chancen und Herausforderungen in Struktur und Kirche
- 45** Jens Peter Kruse/ Christine Schöps: Soziales Engagement der Älteren in Kirche und Gesellschaft
- 3. KIRCHLICHE UND RELIGIÖSE ANERKENNUNGSKULTUREN BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS**
- 51** Johanna Flierl/ Dr. Kristin Junga: Wertschätzungskultur in der Evangelischen Kirche – Anspruch, Auftrag und Aufgabe

INHALTSVERZEICHNIS

- 55** Heike von Bassewitz: Wertschätzungskultur in der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland
- 57** Daniela Broda: Wertschätzungskultur in der Evangelischen Jugend und die Bedeutung von Ehrenamt in der Kinder- und Jugendarbeit
- 61** Dr. Heide Mertens: Anerkennungskultur im Ehrenamt in der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd)
- 65** Dr. Ursula Schell/ Dr. Heike Berger: Wertschätzungskultur im Katholischen Deutschen Frauenbund e.V. – Eine geschlechterbezogene Perspektive
- 70** Nushin Atmaca: Ehrenamt und Bürgersinn aus muslimischer Perspektive

4. RELIGION IN DER ZIVILGESELLSCHAFTSFORSCHUNG

- 73** Maria Sinnemann: Potenziale und Hemmnisse – Sonderauswertung des vierten Freiwilligensurveys für die evangelische Kirche
- 82** Prof. Dr. Antonius Liedhegener: Wohin mit der Religion in der Zivilgesellschaft(sforschung)? Plädoyer für ein differenziertes Modell am Beispiel der Europäischen Union
- 90** Jakob Helmut Deibl: Neue Fragen, neue Bündnisse – Zur Rolle der Religionen in Europa
- 93** Christoph Grill: Lokal und global zuhause: Religiöse Organisationen als Bindeglieder europäischer Zivilgesellschaften?
- 96** Impressum
- 97** BBE-Newsletter

DR. KRISTIN JUNGA

EINLEITUNG

Menschen für ehrenamtliches Tun zu begeistern und darin zu begleiten und zu fördern, sind seit jeher Elemente der kirchlichen Aufgaben. Die Jugendarbeit bietet Teamercard, Jugendgruppenleitung und Freizeitbegleitung sowie Gremienarbeit und politische Arbeit. In der Seelsorge, insbesondere in der Telefonseelsorge wirken Ehrenamtliche in Kirche und Diakonie. Auch jüngere Aufgabenfelder, wie z.B. der Klimaschutz arbeiten u.a. mit Programmen, die auf die Weiterbildung und das Engagement von Ehrenamtlichen setzen. In vielen dieser Bereiche sind die kirchlichen und diakonischen Einrichtungen Anbietende für ehrenamtliches Engagement. Und sie bieten sich ebenso an auf dem Markt auch nicht religions- und glaubensmotivierten Engagements. Die Beiträge in diesem Dossier zeigen, dass die Kirche in der Förderung und Organisation des Ehrenamts zumeist gut aufgestellt ist – bei kirchlichen und religiösen Belangen wie in der Zivilgesellschaft.

Strategien für die Ehrenamtsförderung der evangelischen Kirchen

Die Aufgabe der gemeinsamen strategischen Ausrichtung der Ehrenamtsarbeit in den Landeskirchen, den Diakonischen Werken, der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Diakonie Deutschland wird aktuell weitgehend neu entdeckt. Einige Landeskirchen haben sie sich explizit neu gestellt. So haben z.B. die Evangelische Landeskirche in Würt-

temberg, die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg je eine Stelle eingerichtet, die Evangelische Landeskirche in Baden verabschiedete 2016 ein Ehrenamtsgesetz, und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland bereitet auf einer Themensynode im September 2018 eine strategische Neuaufstellung vor. Auch wenn einige Landeskirchen mit einem Ehrenamtsgesetz sowie Fortbildungsangeboten, wie beispielsweise die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern bereits seit dem Jahr 2000, gut aufgestellt sind, bleibt die arbeitsfeldübergreifende strategische Entwicklung der Engagementförderung im organisatorischen Kontext der Kirche eine Herausforderung.

Dieser haben wir uns ekd-weit gestellt. Eine Strategiegruppe der EKD und landeskirchlichen Referenten bearbeitete die Herausforderung der Strategieentwicklung der Evangelischen Kirche. Auf www.evangelisch-ehrenamt.de haben wir sie unter beruflich wie ehrenamtlich Verantwortlichen diskutieren lassen. Auf dem Evangelischen Kirchentag wurden 2017 Ergebnisse vorgestellt und Ergänzungen und Kommentierungen eingesammelt. Zwei Herausforderungen wurden als Leitaufgaben für die Zukunft identifiziert. Erstens: Die Zusammenarbeit von beruflich und ehrenamtlich Tätigen ist die Basis des Gelingens kirchlicher Arbeit. Zweitens: Die Ehrenamtsförderung muss Teil

JUNGA: EINLEITUNG

des Reformprozesses der Evangelischen Kirche werden. Denn die Veränderung im Engagement-Verhalten wirkt sich auf alle Bereiche kirchlichen Tuns aus.

Diesem Weg folgte im Mai 2018 eine ekd-weite Fachtagung zu den theologischen Aspekten ehrenamtsfördernder Tätigkeit und legte den Grundstein für ein Verständnis, dass das gemeinsame Engagement beruflich und ehrenamtlich Engagierter als theologischen Schlüssel für kirchliche Engagementförderung begreift. Eine Dokumentation dieser Tagung erscheint im Herbst bei der epd. Wie diese theologische Basis strategische Eckpunkte setzt, ist andiskutiert worden und wird weiter zu bearbeiten sein.

Die Perspektiven des Dossiers

Gleichzeitig sind die Inhalte dieses Dossiers entstanden. Es führt Artikel der vergangenen zwei Jahre zusammen, die für die Newsletter des BBE geschrieben wurden, und bündelt wichtige Faktoren für die strategische Weiterentwicklung der Evangelischen Kirche: Die Verbindung von Kirche und Zivilgesellschaft, Aspekte der evangelischen Kirche als Kraft in der Zivilgesellschaft, kirchliche und religiöse Anerkennungskulturen bürgerschaftlichen Engagements sowie Religion in der Zivilgesellschaftsforschung.

Die religiöse Sprachfähigkeit in der Zivilgesellschaft, die Rolle der Kirchen als Akteur für ein sich bildendes Europa, die Differenzierung der kirchlich geprägten Positionen innerhalb der Zivilgesellschaft und die den Religionsgemeinschaften wie den Akteuren der Zivilgesellschaft gemeinsame Aufgabe, den Herausforderungen unserer Zeit aktiv und gemeinsam zu begegnen, werden in den Artikeln ausgeführt. Gerade der Blick auf die Perspektive Europa setzt zukunftsgerichtete Perspektiven, die

auch einer bewussten Haltung und starken Organisation der Kirchen bedürfen.

Einige der Umbauprozesse dazu sind bereits auf dem Weg, so z.B. die Arbeit mit Jugenddelegierten in der Evangelischen Kirche in Hessen-Nassau, wie es Ina Wittmeier, Kollegin der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau, beschreibt, aber auch der Auftrag, den die Sonderauswertung des sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD von Maria Sinnemann darstellt, dass die sozioökonomische Perspektive bei der Gewinnung von Engagierten im kirchlichen Kontext stärker zu berücksichtigen ist.

Wie die Potenziale kirchlicher und diakonischer Kompetenzen genutzt werden, um Stadtplanung zukunftsorientiert aufzustellen, beschreiben Dr. Petra Potz und Rainer Hub. Die Perspektiven unter der Überschrift der Wertschätzungskultur machen gerade im interreligiösen Vergleich die besonderen Herausforderungen deutlich, die in der Verbindung der theologischen Haltungen und weltlichen Bedingungen liegen.

Ein Produkt vernetzender Arbeit

Mir liegt die Verbindung von Kirche und Diakonie mit den Partnern der Zivilgesellschaft am Herzen. Ich freue mich, dass es möglich war, mit dem BBE als nicht kirchlich geprägtem Netzwerk die Perspektiven der Kirche zu erweitern. Dies ermöglichte diese differenzierte Zusammenstellung. Es ist gut zu wissen, dass es ein gemeinsames Interesse daran gibt, die Verbindung von zivilgesellschaftlichem Engagement, religiöser Motivation und kirchlicher Organisation, die Engagement beheimatet, qualifiziert und fördert, zu erforschen und weiterzuentwickeln.

Ich danke allen, die mit Ihren Impulsen dazu beigetragen haben, eine komplexe

Beziehung zugänglich zu machen und die großen Themen der Verbindung Engagement und Kirchen zu beschreiben. Ich danke darunter nicht zuletzt meinen Kolleginnen und Kollegen aus Kirche und Diakonie, die sich von mir haben einladen lassen, ihre Perspektive für das Netzwerk des BBE im Newsletter und für uns in dieser Zusammenstellung fruchtbar zu machen.

Ich danke dem BBE, Dr. Rainer Sprengel, Jana Börsdamm und nicht zuletzt Dr. Ansgar Klein dafür, dass diese Themenbear-

beitung und Zusammenstellung im Dossier so möglich wurde, für die unkomplizierte und verbindliche Zusammenarbeit, für die zahlreichen Anfragen und Korrekturgänge und für die fachliche Begleitung. Durch die gemeinsame Arbeit an der Perspektive „Evangelische Kirche, Religionen und bürgerschaftliches Engagement“ ist ein Voneinander lernen im Netzwerk des bürgerschaftlichen Engagements entstanden, dass die Vorteile dieser Form von Vernetzung besonders deutlich macht. Vielen Dank dafür!

CHRISTOPH WAGENSEIL

RELIGIÖSE VIELFALT IN DEUTSCHLAND IN ZAHLEN

Deutschland ist heute ein von religiöser und weltanschaulicher Vielfalt geprägtes Land – über die historisch bedingten Sonderrollen der deutschsprachigen Gebiete innerhalb der konfessionsbezogenen Auseinandersetzungen der Frühen Neuzeit, als Ausgangspunkt wichtiger Impulse von Humanismus und Aufklärung, aber auch als Ursprungsort von neureligiösen Bewegungen und schließlich durch die erzwungene Entkirchlichung und Förderung von Atheismus in der ehemaligen DDR.

Über 400 Werte zählt heute die Statistik des Religionswissenschaftlichen Medien- und Informationsdienstes REMID e.V. Der Verein mit Sitz in Marburg lebt einerseits davon, dass ungefähr etwas mehr als die Hälfte seiner ca. 130 Mitglieder in religionswissenschaftlicher Forschung und Lehre an den Universitäten beschäftigt sind, andererseits aber auch von der häufig ehrenamtlichen Tätigkeit von Vorstand und Geschäftsstelle. 1989 von ehemaligen Studierenden des Faches gegründet, bietet REMID heute fachlich aufbereitete Information konfessionsunabhängig und wissenschaftlich evaluiert über einzelne religiöse oder weltanschauliche Bewegungen („Kurzinformation Religion“), konkrete Forschungen (Interviews im Blog sowie z. B. Vortragsreihe „Religion am Mittwoch“) oder eben statistische Zusammenhänge.

Dabei ist uns bei REMID wichtig zu betonen, dass eine religionswissenschaftliche Perspektive nicht theologisch ist. Es geht

um eine Erforschung der Menschen, die etwas glauben oder nicht glauben, mit Mitteln der Philologien, der Soziologie, Psychologie, Kulturanthropologie u.v.m. Das bedeutet häufig auch etwas Sprachkritik, denn zumeist ist die Sprache über Religionen selbst religiös gefärbt. So war es für die frühe Geschichte von REMID in den Neunzigern entscheidend, darauf hinzuweisen, dass Deutschland gerade eben nicht nur katholisch, evangelisch oder „konfessionslos“ ist. Es waren zwei wichtige Themen, um die es in dieser Anfangszeit ging: Dass durch Migration Menschen, die anderen sogenannten „Weltreligionen“ angehören, heute auch in Deutschland Gemeinschaften oder Gemeinden gründeten. Und dass – je nach Nähe zu einer „Weltreligion“ nicht ganz unabhängig von diesem ersten Thema – Neugründungen in der Religionsgeschichte eher den Normalfall darstellen, dass also „neue religiöse Bewegungen“ nicht per se etwas sind, vor dem man Angst haben müsste, denn um Angst ging es auch viel in der damaligen Debatte um sogenannte „Sekten und Psychogruppen“.

Heute rechnet REMID für das Bezugsjahr 2016 mit 23,6 Mio. Zugehörigen der katholischen Kirche und 21,9 Mio. Zugehörigen der evangelischen Landeskirchen. Dazu kommen 1,8 Mio. Angehörige von Freikirchen und Sondergemeinschaften sowie 1,9 Mio. Angehörige von orthodoxen, orientalischen und unierten Kirchen. Jüdische Gemeinden, Hinduismus und –

seit diesem Jahr – Yeziden werden mit jeweils 0,1 Mio. dargestellt, Buddhismus mit 0,27 Mio. Gerade das „sonstige“ Christentum und die Yeziden sind dabei insbesondere auch durch Migrationsbewegungen gewachsen, allerdings – von letzteren, einer „synkretistischen“ Religion des Nahen Ostens, abgesehen – insbesondere auch durch innereuropäische Binnenmigration.

Beim Islam folgt REMID den Hochrechnungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), wonach es zwischen dem ersten Erhebungszeitpunkt 2008 und dem zweiten 2015 einen Zuwachs von ca. (gemittelt) 4,1 Mio. auf 4,5 Mio. gegeben hat (für 2016 dann 5,0 Mio.). Aber gerade beim Islam ist es noch nicht möglich, die Strukturen der Verbände mit diesen Zahlen in Deckung zu bringen. Die häufig zu findende Behauptung, das BAMF hätte Menschen ohne Religion nicht oder unzureichend herausgerechnet, ist aber so auch nicht ganz korrekt, die BAMF-Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ von 2009 (der erwähnte Erhebungszeitpunkt 2008) hat nicht die Angaben der Herkunftsländer übernommen, wieviel Prozent welche religiöse Minderheit umfasse, sondern selbst Menschen in Deutschland gefragt. Dabei gaben z. B. 38,4 % aus dem Iran, 54,2 % aus Albanien und 14,7 % aus der Türkei an, keiner Religion anzugehören (S. 87f., Tab. 7). Die aktuellen 5,0 Mio. Muslime lassen sich grob aufteilen in ca. 0,8 Mio. mit der Zuordnung „Religionszugehörigkeit Islam“ bei der Asylerstantragstellung (BAMF, Das Bundesamt in Zahlen, 2014-16); 0,6 bis 1,0 Mio. Umfeld der DITIB-Mitgliedsvereine bei ca. 150.000 eingetragenen Mitgliedern; 0,25 Mio. Umfeld der alevitischen Vereine bei ca. 20.000 Mitgliedern und 0,5 Mio. Mitglieder (teilweise mit Familienangehörigen) anderer Verbände sowie eben entsprechend grob

veranschlagt mind. weitere 2,5 Mio., über die keine Angabe gemacht werden kann.

Dabei ist allerdings auch die Kirchenförmigkeit ein Problem. Kaum eine Religion lässt sich so leicht zählen, wie es bei christlichen Kirchen und Gemeinschaften der Fall ist, welche weltweit Mitgliederregister anlegen. Das Bewegungsähnliche, was hier mit Begriffen wie „Umfeld“ zum Ausdruck kommen soll, betrifft auch die verbleibenden Kategorien, nämlich die 0,9 Mio. Zugerechneten der Kategorie „Neue Religionen / Sonstige / Esoterik“ sowie diejenigen, die als Restkategorie, als „konfessionsfrei“ oder „ohne Zuordnung“, übrigbleiben. Mit Umfeld gibt es dann ca. 90.000, die dem Feld „Paganismus & Schamanismus“ zugeordnet werden können, und bei ca. 70.000 ist es das Feld „Reformhinduistische Bewegungen“ – die beiden größten Unterkategorien der eingangs angesprochenen „neuen religiösen Bewegungen“. Ähnlich rechnet REMID mit 0,4 Mio. Zugehörigen eines Umfeldes organisierter Konfessionsfreier (bei nur 0,05 Mio. Mitgliedern), neben den weiteren 26,7 Mio. Menschen „ohne Zuordnung“. Und sicherlich müsste ein unbekannter Anteil der erwähnten nichtorganisierten zweiten Hälfte der als „Muslime“ gezählten Menschen in Deutschland entsprechend eigentlich an dieser Stelle ergänzt werden.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 25/2017.

AUTOR

Christoph Wagenseil, Religionswissenschaftlicher Medien- und Informationsdienst REMID e.V.

Weitere Informationen:

 <https://www.remid.de>

PROF. DR. ANSGAR HENSE

GIBT ES EINEN ZUSAMMENHANG VON RELIGION – EUROPÄISCHER ZIVILGESELLSCHAFT – BÜRGERSCHAFTLICHEM ENGAGEMENT?

Für sich genommen lassen alle drei, im Titel verwendeten Topoi den auf Begriffsbestimmungen getrimmten Juristen angesichts ihrer Abstraktion und Allgemeinheit ein wenig zurückschrecken, zumal es nicht nur um deren isolierte Umschreibung geht, sondern auch danach gefragt werden soll, ob sich zwischen diesen drei Aspekten Verbindungslinien herausdestillieren lassen, die sich letztendlich zu einem Gefüge zusammenbinden lassen. Während der Zusammenhang zwischen Religionsangehörigkeit und gesellschaftlichem Engagement auf nationalstaatlicher Ebene immer wieder Gegenstand eingehender wissenschaftlicher Untersuchungen ist, wird die Konnexität von Religion – europäischer Zivilgesellschaft – bürgerschaftlichem Engagement, soweit ersichtlich, weniger unter die Lupe genommen. Verwundert dies angesichts des Topos europäischer Zivilgesellschaft als überstaatlicher Referenz? Erweist sich im Jahr 2017 nicht das Adjektiv „europäisch“ als fragwürdiger denn je? Selbst ein formal-organisatorischer Bezug auf die Europäische Union vermag nach dem „Brexit“ keine risikoarme Referenz mehr zu sein. Nationalstaatliche Prioritäten lassen die EU als Projekt und Prozess wesentlich fragiler erscheinen als es wohl noch vor einigen Jahren der Fall war. Ausgehend von der Dualität von Staat und Gesellschaft, wie sie unserem politischen und staatsrechtlichen Denken seit unvor-denklicher Zeit so geläufig ist (durchaus auch als juristisches Problem), scheinen der europäischen Betrachtungsweise mit-

unter solche Koordinaten abhandeln zu kommen: Lässt sich der EU als staatsanalogen Pol eines nationalen Duals von Staat und Gesellschaft überhaupt so etwas wie eine europäische Zivilgesellschaft als Gegenüber entgegensetzen? Wäre es nicht zutreffender das Substantiv zu einem Pluraltopos „Zivilgesellschaften“ zu machen und auf das Adjektiv „europäisch“ zu verzichten? Oder wäre dies dann lediglich ein Rückfall in traditionelle Betrachtungsweisen, bei dem sich dann lediglich unterschiedliche Konfigurationen und Konstellationen der Zuordnung von Staat und Gesellschaft je nach Land vergleichend analysieren ließen?

Die Bedeutung, Relevanz und Resonanz von Religion in wohlfahrtsstaatlichen Arrangements in europäisch komparativer Hinsicht ist vor einem halben Jahrzehnt mit großer Tiefenschärfe ausgeleuchtet worden (Gabriel u.a., 2013). Es geht aber nicht nur um Ordnungsmuster des Wohlfahrtssektors bzw. das Gebiet sozialer Dienstleistungen. Der ehemalige Präsident der EU-Kommission Jacques Delors vertrat 2012 in einem Interview die Auffassung, dass die „Seele Europas“ reanimiert werden müsse, denn wenn das Projekt Europa „nicht von spirituellem Schwung getragen wird, wird es nicht weit kommen“. Delors knüpft damit an eine Äußerung des Jahres 1992 an, dass Europa eine Seele gegeben werden müsse. Zur Beförderung des politischen Projekts greift man auf ein religiöses Vokabular zurück, ohne aber

dieses Projekt dadurch im Sinne einer bestimmten Religion „zu taufen“. Gleichwohl scheint die religiös konnotierte Sprache etwas zum Ausdruck zu bringen, an dem das säkulare Fundament des weltlichen Projekts durchaus partizipieren kann.

Will man die drei Referenzen des gestellten Titels ernst nehmen und sie gleichzeitig in ihrer (möglichen) Wechselbeziehung erfassen, so muss sich dies im Rahmen eines Kurzbeitrags auf Andeutungen von Deutungen und denkbaren Reziprozitäten beschränken. Es darf weder eine Vision einer Gesamtarchitektur gehegt werden noch kann eine Erwartung befriedigt werden, Grundlinien einer Beziehungsgrammatik zu entwickeln. Vielmehr kann und soll nur einfach gefragt werden: Welche Rolle kann die Religion bei der Konstitution einer europäischen Zivilgesellschaft hinsichtlich des bürgerschaftlichen Engagements spielen?

Die Verwendung des Topos Religion meint nicht nur eine – „die“ – Religion, sondern ist ein Kollektivsingular, der letztlich nach der Rolle von den Religionen fragt. Das Selbstverständnis der Religionen zur Gestaltbarkeit der Welt, des Staates, der Gesellschaft wird u.U. sehr unterschiedlich ausfallen. Historisch-genetisch sind die christlichen Kirchen sehr weltaktiv. Sie wollen das jeweilige Gemeinwesen mitgestalten und das Gemeinwohl durch ihre Aktivität mitfördern, selbst wenn eine identitäre Kongruenz von Staatsbürger = Christ (*idem civis et christianus*) nicht mehr besteht, sondern – ungeachtet der unterschiedlichen Ordnungskonfigurationen des Verhältnisses in Europa – Staat und Kirche grundsätzlich unterschieden werden müssen, zumal die Differenzierung zwischen geistlich und weltlich der europäischen Geschichte seit jeher inhärent ist. Insofern verwundert es nicht, dass sich Kirchesein nicht nur in der

Form gottesdienstlicher Versammlungen und Handlungen vollzieht, sondern auch „weltfromme“ Aktivitätsformen aufweist, für die Caritas und Diakonie exemplarisch stehen und die biblisch wie kirchenamtlich (z.B. die Sozialverkündigung der Päpste in ihren Enzykliken) wohl begründet und auch gefordert sind. Im Kontext dieser Handlungsfelder, die Lebens- und Wesensäußerung der christlichen Kirchen sind, bieten sich zahlreiche Anknüpfungspunkte für das, was allgemein als bürgerschaftliches Engagement umschrieben wird, etwa indem die kirchlichen Sozialeinrichtungen andere Menschen einladen, an der Verwirklichung des Einrichtungsethos „ehrenamtlich“ mitzuwirken. Die Kirchen und ihre Einrichtungen als religiöser Akteur inspirieren zu bürgerschaftlichem Engagement, sie schaffen Aktionsflächen und Möglichkeitsräume für Engagement – auch von Nichtkirchenangehörigen oder Religionslosen. Bürgerschaftliches Engagement kann (und wird nicht selten) mit einer institutionell-organisatorischen Komponente korrespondieren, der eine aktivierende Rolle bei der Generierung von bürgerschaftlichen Engagement zukommen kann. Dies kann aber auch anders sein: Freiwillige Zusammenschlüsse von Gläubigen können sich aus religiöser Motivation jenseits kirchlicher Aufgabenorganisationen engagieren. Schließlich können die institutionellen kirchlichen Akteure wie auch einzelne Gläubige sich um ihrer Religion willen verpflichtet fühlen, gesamtgesellschaftlich in nichtreligiösen, gemeinwohlbezogenen Handlungsfeldern tätig zu werden. Kirchen – und auch andere religiöse (Kern-) Organisationen – können als Mobilisierungsfaktoren, Transformationsriemen bürgerschaftlichen Engagements fungieren, weil sie über inhaltliche Botschaften verfügen, die altruistisches Handeln fordern und fördern, aber auch formal als stark differenzierte Organisationen ein vielfältiges Netzwerk

möglicher Tätigkeitsformen sind. Dieser Netzwerk-Effekt des kirchlichen bzw. religiösen Gemeindelebens bedeutet: „Wer schon religiös vernetzt ist, bleibt das auch außerhalb des Religiösen. Die Zivilgesellschaft bekommt von der Religion gewissermaßen Engagement-Überschüsse geschenkt“ (Wagner 2015). Bürgerengagement ist demzufolge durchaus ein auch religiös buchstabierbares Lernziel, an dem die säkulare Gesellschaft partizipiert. Zumal in einer Situation, in der die moderne Gesellschaft nicht kurzgeschlossen wird mit einer völligen Säkularisierung des Öffentlichen. Moderne Gesellschaft ist geprägt durch eine Einheit in der Unterschiedlichkeit, in der die religiöse Dimension und die Option des Glaubens ebenso legitim sind wie das Gegenteil. Zur Moderne gehört eben beides.

Der Aspekt europäische Zivilgesellschaft steigert die nationalen Mannigfaltigkeiten noch einmal um ein Vielfaches. Möchte man die Moderne – vor allem nationalstaatlich konfigurierte – Gesellschaft als eine differenzierte Vielfalt umschreiben, so potenziert sich der Vielfaltseffekt in der Europadimension. Eingangs ist schon vorsichtig die Frage aufgeworfen worden, ob sich eine europäische Zivilgesellschaft überhaupt denken, sozial konstruieren lässt. Sicherlich hat die EU 2011 das Jahr des „Freiwilligen Engagements“ ausgerufen und damit das Phänomen als ein auch europäisches anerkannt. Aber „eine“ europäische Zivilgesellschaft? Die wird noch gesucht! Und es lässt sich nicht nur leise zweifelnd der Vorbehalt anmelden, ob sie real überhaupt gefunden werden kann. Ist nicht die Konstruktion der EU als Staatenverbund in all ihrer juristischen und organisatorischen Komplexität und Kompliziertheit ein Indiz für die Unmöglichkeit der Herausbildung einer europäischen Zivilgesellschaft? Der Freiburger Verfassungsrechtler Rainer Wahl hat Europa als Ent-

wicklungslabor beschrieben, bei dem er den europäischen Rechtsraum als eine Gesamtkonstellation von EU und Mitgliedsstaaten denkt (Wahl 2012, 869). Nimmt man diese – wie Rainer Wahl formuliert – „große Einheit“ in den Blick, dann will es theoretisch als denkbar und praktisch relevant erscheinen, dass sich parallel zum nationalen Dual von Staat und Gesellschaft so etwas wie ein europäisches Dual von EU und Zivilgesellschaft(en) entwickeln und konstruieren ließe. Wie der nationale Staat auf gesellschaftliches Engagement angewiesen ist, sich Staatlichkeit also als ein Prozess der „Ko-Produktion“ erweist (Schuppert 2010, S. 38), so könnte das Projekt EU auf einer korrespondierenden Größe europäische Zivilgesellschaft basieren, ohne dass man diese dann wegen des besonderen Charakters der EU bloß als hochgezonte nationalstaatsanaloge Gesellschaft denken sollte. Es geht eben nicht per se um ein Konstrukt, bei dem bloß die einzelnen Gesellschaften addiert werden, sondern um ein ebenso um- wie übergreifendes Gesamtprojekt.

Vor diesem Hintergrund erscheinen die Rolle und die Relevanz der Religion hinsichtlich des bürgerschaftlichen Europa-Engagements als sehr offen. Konzeptionell dürften die möglichen Ziele keineswegs schon in allen Optionen und Facetten durchdacht sein. Gleichwohl sind vielleicht gerade die Kirchen und religiösen Gemeinschaften in besonderer Weise gefordert, institutionell wie auch über ihre Gläubigen und all diejenigen, die sich ansprechen lassen, den Willen zu Europa zu stimulieren. Ein gleichsam pädagogischer Gedanke könnte dabei sein, dass sich auch das Projekt Europa nicht ohne aktive Bürger verwirklichen lässt und dass Europa sowohl den Bürgern als auch den Mitgliedsstaaten Raum und Freiheiten lassen muss, damit die Verantwortlichkeiten zwischen Markt, öffentlicher Ordnung und Gesell-

schaft in einem wohlverstandenen Sinne gut balanciert und aufgabenadäquat verteilt werden können. So paradox es klingen mag: Europa und dem europäischen Projekt müssen Grenzen gesetzt werden, damit es sich nachhaltig entwickeln und einen Selbststand wie Selbstverständlichkeit ausbilden kann. Den Bürger und das bürgerschaftliche Engagement – da gibt es für Europa durchaus noch einiges zu entdecken. Die Religion als besonders eigengeprägter Sachbereich, der bei allen Einheitserfordernissen immer wieder auch die Unterschiedenheit und Vielfalt einfordert, kann vermittels der religiösen Akteure zwar diesen Prozess nicht alleine stemmen (und sollen dies auch gar nicht), aber die Vielfalt und Unterschiedlichkeit des religiösen Feldes kann einen gewichtigen Beitrag dazu leisten.

LITERATUR

- Gabriel, Karl/Reuter, Hans-Richard/Kurschat, Andreas/Leibold, Stefan, Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Europa.

Konstellationen – Kulturen – Konflikte, Tübingen 2013

- Schuppert, Gunnar Folke, Staat als Prozeß. Eine staatstheoretische Skizze in sieben Aufzügen, Frankfurt/New York, 2010
- Wagner, Gerald, Kirchgänger als soziale Wärmequelle, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung – Nr. 41 – vom 11. Oktober 2015
- Wahl, Rainer, Die Rechtsbildung in Europa als Entwicklungslabor, Juristenzeitung 2012, 861-870

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 4/2017. Die Autorenangaben wurden aktualisiert.

AUTOR

Prof. Dr. Ansgar Hense, Direktor des Instituts für Staatskirchenrecht der Diözesen Deutschlands; apl. Professor an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Kontakt:

✉ A.Hense@dbk.de

DIE BEDEUTUNG DER RELIGION FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT

„Ein gänzlich laizistischer Staat, der alle Religionsausübung privatisiert und jede öffentliche Darstellung verbietet, drängt Religion nicht nur in die Hinterhöfe der Gesellschaft und macht die Religionen so unsichtbar, sondern er bringt sich auch um Debatten, die ihn vor der Banalität des rein Ökonomischen behüten können.“¹ Mit diesen Worten fasste Katrin Göring-Eckardt vor einigen Jahren die Bedeutung der Religion für den demokratischen Staat und die Zivilgesellschaft zusammen. Ohne Religion und deren öffentliche Selbstdarstellung dominiere die Macht des Ökonomischen alle Lebenssphären. Ganz ähnlich hatte auch Jürgen Habermas – in seltsamer Übereinstimmung mit Joseph Ratzinger – angesichts einer aus den Fugen geratenen modernen Gesellschaft die Religion als Ressource beschworen, die dem neutralen demokratischen Rechtsstaat gleichsam auf halben Wege entgegenkomme. Mit ihren unabgeholten Sinnpotentialen stärke sie die Moral der Bürger. Das könne auch ein neutraler demokratischer Staat nicht entbehren. Andere sehen hingegen in der Religion und deren Wiederkehr in den öffentlichen Raum ein Konfliktpotential sondergleichen. Religion, so der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington, führe nicht zu einer Deeskalation von Konflikten, sondern zu deren Verstärkung. An den religiös konnotierten

¹ Katrin Göring-Eckardt, Wie viel Religion verträgt die Demokratie?, in: Schatten der Reformation. Der lange Weg zur Toleranz, hrsg. v. der EKD, Frankfurt a. M. 2012, 26f., hier 27.

Bruchlinien der Kulturkreise breche, so seine Diagnose, ein Clash of Civilizations auf, der die Weltpolitik in der Zukunft bestimmen werde.

Die Deutungen der Religion und ihrer Bedeutung für die moderne Gesellschaft sind, das machen die angeführten Beispiele deutlich, vielfältig und lassen sich nicht mehr auf einen Nenner bringen. Das liegt vor allem daran, dass sich die Zivilgesellschaft selbst durch ein Nebeneinander von höchst unterschiedlichen Deutungssprachen ohne einen Konsens oder eine übergreifende Einheit auszeichnet. Der Streit um Deutungsmacht und Deutungshoheit ist für eine moderne, demokratische Gesellschaft geradezu konstitutiv. Das gilt auch für die Frage nach der Religion und ihrer Bedeutung für die Zivilgesellschaft.

Wer darüber nachdenkt, wird gut daran tun, sich die europäische Christentums-geschichte in Erinnerung zu rufen. Aber auch hier fallen die Deutungen unterschiedlich aus. So sehen Protestanten die Reformation signifikant anders als Katholiken. Während die einen mit den Hammerschlägen zu Wittenberg die sündhafte Spaltung der Kirche verbinden, die es zu überwinden gilt, sehen die anderen mit ihr einen konfessionellen Pluralisierungsprozess einsetzen, der zu begrüßen ist. Freilich, die durch die Reformation entstandenen Konfessionskirchen haben weder die moderne Welt noch den demokratischen Rechts-

staat oder die Ideen von der Autonomie des Individuums und der Religionsfreiheit hervorgebracht. Zivilisiert wurde die europäische Religionsgeschichte nicht durch die Konfessionskirchen, sondern durch den Staat. Die Entstehung des modernen Staats, der als das Werk eines aus der menschlichen Vernunft hervorgehenden Vertrags und nicht mehr als Stiftung Gottes verstanden wird, sowie die Emanzipation der Rechtsordnung von der Religion im 17. Jahrhundert infolge der rationalen Umformung des Naturrechts neutralisierten zunehmend die konfessionellen Geltungsansprüche. Der mortal god beschränkt die Willkür der Individuen mit Zwangsgewalt und stiftet dadurch Frieden. Die Selbsterhaltung und Durchsetzung der konfessionellen Wahrheitsansprüche, welche ohne übergreifende rationale Ordnungsstrukturen in einen Krieg aller gegen alle treibt, findet ihre Grenze am Recht.

Die staatliche Rechtsordnung sowie die einsetzende Modernisierung pluralisierten bereits um 1800 die vielfältigen Religionsdiskurse. Das wiederum beschleunigte eine Transformationsdynamik der religiösen Semantiken, die sich nur sehr unangemessen als Säkularisierung oder Traditionsabbruch erfassen lässt. Noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts spielte die Religion sowohl in den staatstheoretischen als auch den politischen Debatten eine zentrale Rolle. Ihr oblag nicht nur die Stärkung der Moralität der Staatsbürger, sondern vor allem auch die Aufgabe der gesellschaftlichen Integration. Ohne Religion – so die Meinung durch alle Konfessionskulturen und deren innere Positionsvielfalt hindurch – lasse sich die fragmentierte Gesellschaft nicht integrieren.

Die Etablierung der rechtlichen Ordnung im Staat sowie im 20. Jahrhundert die Gewährung von individuellen Grund- und Freiheitsrechten garantieren das fried-

liche Zusammenleben der Bürger, und nicht die Religion. Allerdings beschleunigt das Grundrecht auf Religionsfreiheit auch die Transformationen von Religionssystemen. Symboltransfers auf den globalen religiösen Märkten führen zu einer hohen Veränderungsdynamik in den Religionen, so dass die Innen- und Außengrenzen von Religionswelten zunehmend unschärfer werden. Dadurch erhöht sich nicht nur die innere Pluralisierung und Fragmentierung der Religionsfamilien, es treten vor allem neue Spannungen infolge von Neuerfindungen religiöser Identitäten und den mit ihnen verbundenen Exklusionen auf. Die staatliche Rechtsordnung befriedet das Zusammenleben, aber zugleich befördert sie eine beschleunigte religiöse Differenzierung. Welche Funktion kommt den Religionen vor diesem Hintergrund für die Zivilgesellschaft, die vielfältigen europäischen Integrationsprozesse sowie die Bearbeitung der strukturellen Verwerfungen der modernen Gesellschaft zu?

Für eine moderne Gesellschaft sind eine hohe Fragmentierung und kulturelle Pluralisierung konstitutiv. Die unterschiedlichsten und heterogensten Deutungs- und Normensysteme stehen nebeneinander. Ein Deutungsmonopol für die Gesellschaft kann keine soziale Gruppe mehr für sich beanspruchen, auch keine Kirche. Letztere überziehen den zivilgesellschaftlichen Diskurs gern mit viel seichtem Moralpathos, und das kapitalistische Wirtschaftssystem scheint, das wird nicht nur an der eingangs erwähnten Stellungnahme von Katrin Göring-Eckardt deutlich, an die Stelle des alten Sündengedankens getreten zu sein. Aber die Kirchen sind eine Stimme in der Zivilgesellschaft neben anderen. Warum sollten sie ein Deutungsmonopol für die Probleme der modernen Gesellschaft haben? Der religiösen Kartographie der Bundesrepublik Deutschland entspricht eine solche Selbsteinschätzung schon lange nicht mehr.

DANZ: DIE BEDEUTUNG DER RELIGION FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Den Bürgern eines demokratischen Staats stehen die vielfältigsten religiösen und kulturellen Deutungsangebote zur Verfügung. Sie wählen sie nach ihren eigenen Präferenzen aus. Ein gedeihliches Miteinander von divergierenden religiösen sowie nichtreligiösen Einstellungen und Selbstverständnissen setzt voraus, dass die Bürger in der Lage sind, sich gerade in ihrer Gegensätzlichkeit wechselseitig anerkennen.

Religionen prägen tiefgreifend das Leben ihrer Anhänger. In ihnen geht es um ein unbedingtes Heil. Deshalb verbindet sich mit ihnen die Tendenz, auf das ganze Leben und das der Gesellschaft normierend überzugreifen und dieses zu regeln. Sowohl der religiöse Gottesgedanke als auch die eschatologischen Endhoffungen verstärken die Überzeugung ihrer Anhänger, über die eigentliche Sicht der Dinge zu verfügen und diese mit dem Pathos des Heiligen und Unbedingten zu umkleiden. Das mit den aus ihren Gräbern wiedererstandenen „alten vielen Götter[n]“ (M. Weber) verbundene Konfliktpotential kann nur entschärft werden, wenn die Totalitätsansprüche von den Religionen selbst zurückgenommen werden. Von ihnen ist deshalb in der modernen Gesellschaft eine kritische Selbstbeschränkung ihrer selbst abverlangt. Das ist die Lehre, die aus der europäischen Religionsgeschichte zu ziehen ist, und nur so können die Religionen einen Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft leisten. Diese lebt von der wechselseitigen Anerkennung der Bürger und der Bildung einer reflexiven Individualität, die zum Umgang mit Unterschieden in der Lage ist. Einen solchen Umgang mit

Andersheit und Differenzen einzuüben, ist die genuine Aufgabe der Religion in der Zivilgesellschaft. Die christlichen Kirchen wären also gut beraten, sich auf ihre religiöse Kernkompetenz zu besinnen, statt die gesellschaftlichen Diskurse zu moralisieren, was nur sehr wenig zur Klärung von Sachproblemen beiträgt.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 4/2017.

AUTOR

Univ.-Prof. Dr. Christian Danz ist Professor für Systematische Theologie A.B. und war von 2010 bis 2014 Dekan der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien. Zudem ist er Vorsitzender der Deutschen Paul Tillich-Gesellschaft e.V. sowie von 2009 bis 2015 Mitglied der Kommission zur Herausgabe der Schriften F.W.J. Schellings der Philosophisch-historischen Klasse der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, seit 2015 Mitglied im Projektausschuss des Projektes „Schelling – Edition und Archiv“ der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Schwerpunkte der Forschung: Religionsphilosophie und Dogmatik, reformatorische Theologie, Theologiegeschichte 19. und 20. Jahrhundert, Theologie der Religionen, Religion und Kultur.

Kontakt

✉ christian.danz@univie.ac.at

Weitere Informationen:

🌐 <http://etfst.univie.ac.at/ueber-uns/team/christian-danz/>

OKR'IN KATRIN HATZINGER

RELIGION, EUROPÄISCHE ZIVILGESELLSCHAFT UND BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

1. Die Relevanz der (christlichen) Religion für europäische Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement

Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Religionsgemeinschaften und Zivilgesellschaft sind bei der Vermittlung des Europagedankens gefordert. Dabei geht es nicht allein um die pathetische Beschwörung des Zusammenhalts, sondern zunehmend auch darum, die EU und ihre Relevanz trotz aller Unvollkommenheit verständlich zu machen. Die Idee Europas als Wertegemeinschaft, die aus der Erfahrung von Krieg, Vertreibung und Tod eine Periode des Friedens und der Stabilität geschaffen hat, droht angesichts der vielen akuten Herausforderungen und Bedrohungen von innen und außen ins Hintertreffen zu geraten. Es liegt deshalb an den genannten Institutionen und an engagierten Bürgerinnen und Bürgern, dass Europa sich nicht nur als Wirtschaftsgemeinschaft versteht, sondern sich zu seinem Selbstverständnis als Wertegemeinschaft bekennt. Die Initiative „Pulse of Europe“ ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie aus der Mitte der Zivilgesellschaft eine Bewegung entstehen kann, die im Angesicht des Brexit, des zunehmenden Populismus und Nationalismus in der EU nicht länger passiv und schweigend verharren will, wenn die europäische Idee todgesagt oder in politischen Reden abgewertet wird. Stattdessen begegnen mittlerweile in zahlreichen europäischen Städten Bürgerinnen und Bürger diesen Tendenzen, indem sie ihre

Wertschätzung und Verbundenheit mit dem Europagedanken klar zum Ausdruck bringen. Sie setzen ein positives Zeichen für ein lebendiges, engagiertes und vereintes Europa.

Die große Mehrheit der Europäer gehört einer Religionsgemeinschaft an. Die meisten von ihnen sind Christen. Es entspricht dem europäischen und dem christlichen Geist, sich selbstbewusst zu öffnen und Grenzen zu überschreiten. Es ist insofern in der christlichen Religion angelegt, eine Triebfeder und ein Motivator für Engagement in der europäischen Zivilgesellschaft zu sein. So setzen sich z.B. in der Asylpolitik neben zahlreichen NGOs auch die Kirchen für legale und sichere Wege für Schutzsuchende in die EU ein, kritisieren die aktuellen Vorschläge der EU-Kommission zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und fordern ein solidarisches Vorgehen der EU-Staaten bei der Aufnahme der Flüchtlinge. Dazu führen sie auch intensive Dialoge mit ihren Schwesterkirchen in Mittel- und Osteuropa. Denn die Auffassungen zwischen den Kirchen in der EU klaffen in der Flüchtlingsfrage teilweise weit auseinander. Umso wichtiger ist es, den ökumenischen Dialog im Rahmen kirchlicher Partnerschaften nicht abreißen zu lassen und den Zusammenhalt zu stärken.

In ihrer gemeinsamen ökumenischen Erklärung zum 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge haben die

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) unterstrichen, dass die Kirchen zur Überwindung innereuropäischer Gräben beitragen wollen¹. „Wir haben weiter Hoffnung für Europa! Die heutige Erinnerung an die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die damit verbundene Erfolgsgeschichte für Frieden und Einheit sollten uns als Christen zum tatkräftigen Bekenntnis für Europa ermutigen. Die Präsenz der Gemeinden vor Ort sowie die vielfältigen ökumenischen Kontakte in Europa wollen wir noch stärker dazu nutzen, den Austausch unter den Menschen zu unterstützen und Zeichen der europäischen Verbundenheit zu setzen.“, heißt es dort. Zugleich begrüßen beide Kirchen die Idee eines ökumenischen europäischen Kirchentages.

Aus der Mitte der Präsidialversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT) ist im Jahr 2013 diese Idee entstanden, die mittlerweile unter der Bezeichnung „European Christian Convention“ Fahrt aufgenommen hat. Ziel der Initiative ist es, nach dem Vorbild des DEKT ein ökumenisches Treffen europäischer Laien zu organisieren, um gemeinsam mit Orthodoxen, Katholiken und Protestanten Spiritualität zu erleben und unsere gemeinsame Zukunft in Europa zu debattieren. Es geht darum, den Diskurs mit der Zivilgesellschaft zu suchen und zu führen, und dabei über den verbindenden Glauben christliche Akzente zu setzen. In der Roadmap auf dem Weg zu einer European Christian Convention, die 2015 in Bad Boll verabschiedet wurde, heißt es: „Wir kommen aus vielfältigen nationalen, kulturellen und sozialen Hintergründen und Europa ist unser gemeinsames Zuhause. Wir le-

1 Die gemeinsame Erklärung finden Sie unter: <https://www.ekd.de/download/Gemeinsame%20Erklärung%20zum%20Jahrestag%20der%20Unterzeichnung%20der%20Römischen%20Verträge.pdf>

ben unseren Glauben in unterschiedlichen kirchlichen Traditionen und uns vereint das gleiche Evangelium. Unsere Vielfalt bereichert uns und wir möchten unseren Glauben gemeinsam feiern. Wir wissen um unsere Verantwortung, eine hoffnungsvolle Zukunft für ganz Europa und für die Welt zu schaffen. Wir setzen uns ein für Frieden, Freiheit und gutes Leben, für Mitgefühl und Solidarität. In dieser Zeit der Krisen möchten wir zur Einheit und zur Verantwortung Europas in der Welt beitragen. Inspiriert von unserem christlichen Glauben möchten wir die Grundlagen der europäischen Gesellschaft stärken.“². In der Zwischenzeit sind die Planungen vorangeschritten. Im Juni 2016 ist nun ein europäisch und ökumenisch besetzter Verein gegründet worden, um das Projekt durchzuführen.

Die christlichen Kirchen sehen zudem durchaus auch das Potential im Dialog der Religionen in Europa. Sie bauen darauf, den Dialog weiter zu stärken, Integration zu befördern und so das gelebte Miteinander in der Europäischen Union voranzubringen. „Religionen müssen als Kräfte der Versöhnung, des Friedens und der Solidarität wirken“, heißt es in der gemeinsamen ökumenischen Erklärung zum 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge von EKD und DBK.

2. Die Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften im politischen System der Europäischen Union

In der Umbruchphase 1989/90 rief der damalige Kommissionspräsident Jaques Delors (Kommissionspräsident von 1985-1995) dazu auf, „Europa eine Seele zu geben“. Ihm war damals vor allem an mehr Bürgerbeteiligung gelegen und so lud er

2 Die Roadmap ist nachzulesen unter: https://www.kirchentag.de/service/meldungen/berlin/roadmap_to_a_european_christian_convention.html

auch die Kirchen ein, sich stärker zu europäischen Themen zu engagieren und zu einer emotionalen Vertiefung des Integrationsprozesses beizutragen. Kirchenvertreter nahmen dann auch ab 2002 gemeinsam an den öffentlichen Sitzungen des EU-Verfassungskonvents teil und brachten sich in die Verfassungsdebatte ein. Mit dem Ergebnis, dass es trotz der ablehnenden Voten aus den Niederlanden und Frankreich zum Verfassungsvertrag gelang, den geplanten Verfassungsartikel über den Dialog mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Vertrag von Lissabon beizubehalten. Art. 17 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) schreibt fest³, dass die Union „mit diesen Kirchen und Gemeinschaften in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“ pflegt. Damit gibt es eine rechtliche Grundlage für die aktive Partizipation von Kirchen und Religionsgemeinschaften bei der Gestaltung der europäischen Politik.

Ohne den politischen Willen der EU-Mitgliedstaaten hätte es den „Kirchenartikel“ nie gegeben. Die EU hat sich in ihren Verträgen eben nicht für das französische Modell der „laïcité“ entschieden und das Religiöse aus dem öffentlichen Raum verbannt, sondern will bewusst ansprechbar sein auf den „besonderen Beitrag“ der Kirchen und Religionen, wie er in Art. 17 AEUV charakterisiert wird. Darin manifes-

³ Artikel 17

(1) Die Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht.

(2) Die Union achtet in gleicher Weise den Status, den weltanschauliche Gemeinschaften nach den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften genießen.

(3) Die Union pflegt mit diesen Kirchen und Gemeinschaften in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog.

tiert sich auch der angestrebte Wandel der EU von einer Wirtschaftsgemeinschaft hin zu einer Wertegemeinschaft.

Der „Kirchenartikel“ sendet das wichtige politische Signal, dass der Dialog politisch gewollt und seine Spezifität, etwa in Abgrenzung zum Dialog mit der Zivilgesellschaft (Art. 11 Absatz 2 Vertrag über die Europäische Union), auch rechtlich anerkannt ist. Der Beitrag der Kirchen ist für die Fortentwicklung der europäischen Integration relevant. Denn der Austausch von Politik und Kirche ist von beiderseitigem Interesse. In den Kirchen haben die EU-Institutionen damit einen kritisch-konstruktiven Partner, um die europäische Integration zu befördern und ein wertebasiertes Europa zu verwirklichen. Die Kirchen wiederum sind auf die Offenheit des politischen Gemeinwesens für ihre Impulse angewiesen und brauchen verlässliche Partner zur Umsetzung ihrer gesellschaftlichen Anliegen.

In ökumenischer Verbundenheit sehen sich die Kirchen in einer besonderen Pflicht, für Europa einzutreten, denn Glaube und Gemeinschaft kennen keine Grenzen. Friede, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung sind globale Anliegen.

„Einheit in Vielfalt“ ist das europäische Motto, aber auch eine ökumenische Erlungenschaft, gespeist aus langjähriger ökumenischer Erfahrung, die besagt, dass Einheit in versöhnter Verschiedenheit gelingen kann. Um herauszufinden, wie das Europa der Zukunft aussehen kann, sind wie eingangs ausgeführt auch die Kirchen und Christinnen und Christen als aktiver Teil der Zivilgesellschaft gefordert, eine breite gesellschaftliche Debatte anzustoßen. Wir müssen Europa zu unserer Sache machen. Dazu gehört auch, sich gemeinsam mit den ökumenischen Partnern für Europa zu engagieren und über den Kurs

HATZINGER: RELIGION, EUROPÄISCHE ZIVILGESELLSCHAFT UND BE

Europas zu streiten. Denn Europa ist nicht Brüssel – Europa das sind wir alle.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 4/2017.

AUTORIN

OKR'in Katrin Hatzinger studierte Rechtswissenschaften an der Universität Bielefeld und arbeitete während Studium und Referendariat freiberuflich mehrere Jahre als WDR-Hörfunk-Journalistin. Seit 2003 ist sie für die EKD in Brüssel tätig, zunächst als Referentin mit den Schwerpunkten Bioethik sowie Asyl- und Migration. Seit

2008 leitet sie die EKD-Vertretung in Brüssel. Sie ist Geschäftsführerin der Arbeitsgruppe „EU-Politik und Gesetzgebung“ der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), Mitglied in der Kammer für Migration und Integration des Rates der EKD und der Kommission für Europafragen. Darüber hinaus ist sie beim DEKT zu Europafragen aktiv und Redakteurin der „EKD-Europa-Informationen“.

Kontakt

✉ Katrin.Hatzinger@ekd.eu

Weitere Informationen

🌐 www.ekd.eu

DR. STEFFEN BAUER

ZUKUNFT EHRENAMT, EINE ANNÄHERUNG AUF NEUEN WEGEN

Rund 160.000 leitende Ehrenamtliche zählt die Evangelische Kirche in Deutschland heute. Sie sind tätig in Kirchenvorständen auf der lokalen Ebene, in Synoden auf der mittleren, regionalen und schließlich gesamtkirchlich auf der obersten Ebene der Kirche bis in die Kirchenleitungen hinein. In den allermeisten Gremien stellen sie dabei eine deutliche Mehrheit der Stimmberechtigten.

Diese starke Stellung ist eine Konsequenz der Reformation und so rückt im Jahr des Reformationsgedenkens auch die Bedeutung der Ehrenamtlichen gerade in der Leitung der Evangelischen Kirche in den Fokus.

Natürlich spielen historisch gesehen die jeweiligen gesellschaftlichen und besonders die politischen Lernschritte und zeit-spezifischen Erfahrungen eine maßgebliche Rolle. Auch wenn die Wahl von Kirchenvorständen und Synoden durch die Gemeindeglieder erst im 19. Jahrhundert aufgekommen ist, so liegt sie theologisch in dem Gedanken des allgemeinen Priestertums begründet. Schaut man sich nämlich an, was Martin Luther allen getauften Gemeindegliedern an Kompetenzen zuspricht, so muss man zu dem Schluss kommen, dass sie selbst sehr wohl in der Lage sind, verantwortlich Gemeinde und Kirche zu leiten. Der Unterschied zu der Zeit davor ist jedenfalls gewaltig.

In der mittelalterlichen, vorreformatorischen Kirche war der Priester nicht nur

für die Leitung der Gemeinde zuständig, sondern regelte und vermittelte durch die Sakramente auch den Zugang zu Gott. Luthers Wiederentdeckung des biblischen Gedankens vom Priestertum aller Getauften legte dagegen die Einsicht frei, dass alle Getauften unmittelbaren Zugang zu Gott haben. Sein berühmter Satz aus dem Jahre 1520 lautete: „Wer aus der Taufe gekrochen ist, der kann sich rühmen, dass er schon zum Priester, Bischof und Papst geweiht ist“. Mit diesem Satz löste er das jahrhundertealte Gegenüber von einem geweihten Priesterstand auf der einen und den „Laien“ auf der anderen Seite auf. Alle Christen stehen in gleicher Weise vor Gott und sind grundsätzlich dazu befähigt, Gottes Wort zu verstehen, weiterzugeben, zu leben. Luther ging so weit, jedem getauften Christen das Recht und die Möglichkeit zuzugestehen, alle Lehre und alle Lehrer daraufhin zu beurteilen, ob ihm eine dem Evangelium gemäße Lehre bzw. Predigt vorgetragen wird, oder ob das nicht der Fall ist.

Man erkennt, wie sehr das Primat des Klerus und die einseitige Betonung des Lehramtes der kirchlichen Amtsträger verschoben werden zur Versammlung der Gemeinde. Theologisch gesprochen ist sie dadurch zu einer Gemeinschaft von Urteilsberechtigten und Handlungsbefugten geworden. Gepaart mit den gesellschaftlichen Entwicklungen ab dem 19. Jahrhundert war es von heute aus gesehen gar nicht anders denkbar als zu einer solchen

BAUER: ZUKUNFT EHRENAMT, EINE ANNÄHERUNG AUF NEUEN WEGEN

Zusammensetzung der Leitungsorgane in Kirchenvorständen und Synoden zu kommen wie wir sie nun seit geraumer Zeit in der Evangelischen Kirche haben.

Schon an diesem kurzen Aufriss erkennt man: „Das Ehrenamt ist für die Evangelische Kirche von entscheidender Bedeutung. Strategische Überlegungen zur Weiterentwicklung des Ehrenamtes gehören darum zur Aufgabe aller, die für die Leitung von Kirchengemeinden, Kirchenkreisen bzw. Dekanaten und Landeskirchen Verantwortung tragen“. So steht es programmatisch über dem Projekt mit dem Titel „Zukunft Ehrenamt“, das unter der Adresse www.evangelisch-ehrenamt.de zu finden ist.

Inhaltlich geht es bei diesem Projekt um Fragen der strategischen Weiterentwicklung des Ehrenamtes innerhalb der Evangelischen Kirche. Formal bzw. vom Prozess her ist „Zukunft Ehrenamt“ als ein Diskursprojekt unter dem Dach der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) aufgelegt, das Leitende auf allen kirchlichen Ebenen miteinander ins Gespräch bringen möchte. Von daher ist die Website nicht nur und nicht einmal primär als eine einseitige Informationsquelle aufgebaut, sondern vor allen Dingen als ein Forum, an dem sich grundsätzlich alle, aber vorwiegend leitende Ehrenamtliche und in der Kirche beruflich leitend Tätige beteiligen sollen und können. Gerade diese Art von dialogischem Prozess stellt innerhalb des EKD Rahmens ein Novum dar und deswegen gilt: Wir haben uns der „Zukunft Ehrenamt“ auf neuen Wegen genähert.

Die Idee dazu ist geboren worden auf der Konferenz der Ehrenamtsreferentinnen und Ehrenamtsreferenten aller Landeskirchen der EKD, die aus ihrer Mitte eine Steuerungsgruppe für Aufbau und Prozessbegleitung gebildet haben, die dann ihrerseits

mit dem zuständigen Oberkirchenrat im Kirchenamt der EKD alle Schritte gemeinsam geplant und durchgeführt hat.

Begleitet wird das Projekt von der Firma „Kerygma“ aus Köln.

Im Kern gibt es dabei die Möglichkeit, sich auf www.evangelisch-ehrenamt.de in fünf Teilbereichen zunächst schnell über grundlegende Fragen des Ehrenamtes heute zu informieren. Die Steuerungsgruppe hatte zu Beginn des Prozesses im Januar 2016 dann zudem zu jedem Teilbereich jeweils drei Thesen formuliert und ins Netz und damit zur Diskussion gestellt. Das war das eigentlich Neue an diesem Prozessablauf.

Die fünf Teilbereiche lauten:

- Kirche und Zivilgesellschaft
- Glaube und Beauftragung
- Beruflichkeit und Ehrenamt
- Partizipation und Leitung
- Monetarisierung und Prekarisierung

Der Aufbau der Teilbereiche ist dabei jeweils gleich. Ein Video mit Personen wie z. B. ZDF Moderatorin Gundula Gause soll das Thema anreißen und mit einer persönlichen Meinungsäußerung ins Gespräch bringen. Danach folgt ein Dossier, das in ganz unterschiedlicher Tiefe gelesen werden kann, was bedeutet, dass bei Interesse weitere Hintergrundinformationen angeklickt werden können. Ein Interview nimmt Gedanken des Dossiers auf und bringt sie ins Gespräch mit einer auf diesem Feld fachkundigen Person. Und schließlich ermöglicht eine Literaturliste darüber hinaus weitere Einblicke in das jeweilige Themengebiet.

Allein diese Bündelung aktueller Diskussionen und Informationen stellt einen hohen Wert dar. Damit ist zum ersten Mal eine Plattform geschaffen worden, auf die

man über alle Gliedkirchen der EKD hinweg Zugriff nehmen kann.

Der Diskussionsbereich hat ebenfalls einen in sich gleichen Aufbau. Jede These ist kommentierbar, d.h. man kann seine eigene Sichtweise dazu schreiben, auch neue Thesen lassen sich benennen und einstellen. Dazu hat jede Leserin und jeder Leser die Möglichkeit zu markieren, ob er/sie eine These genauso sieht oder eben nicht, d.h. Zustimmung oder Ablehnung können auch ohne weitere Erklärung kundgetan werden.

Um dem Missbrauch dieser technischen Möglichkeiten eines jeden Nutzers, einer jeden Nutzerin vorzubauen, wurde für jedes Themenfeld eine Patin, ein Pate bestellt, der/dem die Kommentare und neu eingestellten Thesen sofort zugespielt wurden und der/die die Möglichkeit gehabt hätte, z. B. bei Beleidigungen einzugreifen. Dazu ist es aber nie gekommen, was in Zeiten wie diesen ein gutes Zeichen ist. Die Diskussionen verliefen allesamt immer sachorientiert ab.

Nach über einem Jahr der Diskussionen auf der Website wird die Steuerungsgruppe im Frühjahr die Erfahrungen auswerten und einschätzen und Empfehlungen für die strategische Weiterarbeit an diesem Thema an verschiedene Adressaten innerhalb der Kirche formulieren. Diese Ergebnisse werden auf dem Kirchentag Ende Mai in Berlin auf dem Markt der Möglichkeiten vorgestellt. Sie sind dort dann auf dem Gemeinschaftsstand zum Thema „Ehrenamt“ einsehbar.

Da ich selbst das Feld „Beruflichkeit und Ehrenamt“ verantwortet habe, kann ich dazu aber schon jetzt erste Ergebnisse vorstellen. Aus den drei Ursprungsthese von uns als Redaktion sind in diesem Bereich 12 geworden, die insgesamt 37 mal,

zum Teil auch umfangreich kommentiert wurden und insgesamt 252 zustimmende und 26 ablehnende Klicks erhielten.

Die meiste Resonanz erhielten dabei folgende beide Thesen:

- „Eine evangelische Kirche, die sich dem Gedanken des ‚Priestertums aller Getauften‘ verpflichtet fühlt, sollte Ehrenamtliche nicht (mehr) als ‚Laien‘ bezeichnen. Auf diesen Begriff sollten wir ganz verzichten.“ (66 zustimmende – 3 ablehnende Klicks)
- „Es wäre ein Gewinn, wenn wir uns über die spezifischen Stärken des Ehrenamtes verständigen und solche benennen würden.“ (64 zustimmende – 3 ablehnende Klicks)

Begleitet wurde die Online Diskussion auch von einzelnen vor Ort Veranstaltungen in den Landeskirchen. Dort, so hat sich gezeigt, konnte jeweils gut über eingespielte Thesen und Kommentare der Website diskutiert und diese Diskussionen mit neuen Thesen und Kommentaren dann wiederum auf die Website zurückgespielt werden. Dieses Ineinandergreifen verschiedener Formate ist dabei ebenfalls eine weithin neue Erfahrung für uns als Kirche. Für abschließende Einschätzungen ist es sicher noch zu früh, aber es dürfte sich gezeigt haben, dass ein Online Portal eben auch davon lebt, vielfältig beworben zu werden und dies auch Zeit braucht. Ich selbst hätte mir eine noch größere Resonanz gewünscht, befürchte aber, dass es möglicherweise nicht an guten Ideen und Inhalten der Website gelegen haben dürfte, dass diese größere Resonanz ausgeblieben ist, sondern vor allem an nicht zustande gekommenen Wegen der Bewerbung. Wie wichtig das Thema „Zukunft Ehrenamt“ für die Evangelische Kirche ist, wird sich sicher an der Resonanz auf unseren Gemeinschaftsstand im Rahmen

BAUER: ZUKUNFT EHRENAMT, EINE ANNÄHERUNG AUF NEUEN WEGEN

des Kirchentages zeigen, dort also, wo die davon betroffene Zielgruppe so zahlreich und markant vertreten ist.

Die strategische Weiterentwicklung des Ehrenamtes ist auch und gerade für uns als Evangelische Kirche jedenfalls eine bleibende Aufgabe und es ist zu hoffen, dass nicht zuletzt das breite Reformationsgedenken im Jahr 2017 gerade auch diese Weiterentwicklung befördert. Die evangelische Kirche würde dann in guter Weise ihr eigenes Erbe wachhalten und ihre Grundeinsichten neu mit Leben füllen.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 6/2017.

AUTOR

Pfarrer Dr. Steffen Bauer ist Leiter der Ehrenamtsakademie der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Kontakt

✉ Steffen.Bauer@ekhn-kv.de

Weitere Informationen

🌐 www.ehrenamtsakademie-ekhn.de

INA WITTMEIER / DR. KRISTIN JUNGA

BILDUNG IM KIRCHLICHEN ENGAGEMENT VON JUGENDLICHEN – EIN AUSSCHNITT

Der Freiwilligensurvey 2009 hat gezeigt, dass die Bereitschaft zur Übernahme von längerfristigem Engagement Jugendlicher in der Altersgruppe zwischen 14 und 19 Jahren in den letzten 10 Jahren deutlich gesunken ist.¹ Entgegen dieser Tendenz weist die Sonderauswertung des Freiwilligensurveys des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland ein gewachsenes Engagement in der Altersgruppe der 14 bis 30 Jährigen in den Jahren von 1999 bis 2009 nach.²

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und ihre 20 Landeskirchen bieten in verschiedenen Strukturen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche. Kirchliches Engagement von Jugendlichen ist in eigenen Jugendverbänden, durch Jugenddelegationen in Landessynoden (-parlamente), durch Jugendvertretungsorgane auf Kirchengemeinde, Kirchenkreis- bzw. Dekanats- und Landessynodaler Ebene möglich. Eigene Angebote, wie kirchliche Jugendfreizeiten, Jugendtreffs und Jugendangebote in Gemeinden bieten ebenfalls Engagement-, Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort. Anhand dreier Beispiele soll hier vorgestellt werden, wie Jugendliche Kirche mitgestalten

und welche Bildungs- und Partizipationsangebote das fördern.

Beteiligungsprozess zur neuen Kinder- und Jugendordnung in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche)³

Angestoßen durch eine Initiative der Kinder- und Jugendarbeit in der Nordkirche beinhaltet die Nordkirchenverfassung einen in seiner Form für die Bundesrepublik einmaligen Artikel: Artikel 12 regelt, dass „Kinder und Jugendliche [...] in allen Belangen, die ihre Lebenswelt in der Kirche betreffen, an der Entscheidungsfindung in angemessener und altersgerechter Form zu beteiligen“ sind. Neben dieser kirchlichen Selbstverpflichtung verpflichtet die UN-Kinderrechtskonvention und das Sozialgesetzbuch VIII (§§ 11 und 12) zur Ermöglichung von Mit- und Selbstbestimmung von Kindern, Jugendlichen und damit auch jungen Ehrenamtlichen. Mit der Bereitstellung verlässlicher Mitbestimmungsstrukturen und -formen berücksichtigt die Nordkirche auch den aktuellen Stand der Kinder- und Jugendforschung. Denn:

- Die Ermöglichung von Mitbestimmung steigert die Attraktivität von Angeboten. Diese sind für junge Menschen

1 Freiwilligensurvey 2009, S. 148

2 Seidelmann, S.: Evangelisch Engagiert – Tendenz steigend. Sonderauswertung des dritten Freiwilligensurveys für die evangelische Kirche, Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2012, S. 25

3 Dieses Kapitel basiert auf: Herrmann, C. und Witt, C.: Auf der Suche nach neuen Formen der Beteiligung. Mit- und Selbstbestimmung für Kinder und Jugendliche. Evangelische Stimmen. April 2015

umso attraktiver, je mehr „reale Mitwirkungs- und Selbstorganisationsmöglichkeiten“ sie für sich sehen.⁴

- Mitbestimmung wirkt öffnend und spricht andere Zielgruppen an.⁵
- Mitbestimmung ist der bei weitem bedeutsamste Einflussfaktor für einen Zuwachs an Selbstwirksamkeit und Lebenszufriedenheit bei Kindern und Jugendlichen. Wenn Kinder und Jugendliche sagen, dass sie gut informiert sind, ihre Interessen gehört und sie ernst genommen werden, bestehen die größten Entwicklungs- und Bildungschancen für sie.⁶

Diese Erkenntnisse reflektiert umzusetzen erfordert eine angemessene Begleitung des Prozesses der Etablierung verlässlicher und aktualisierter Mitbestimmungsstrukturen.

Seit zweieinhalb Jahren ist eine Gruppe in der Nordkirche, unter Einbeziehung, Beteiligung und Mitbestimmung unterschiedlichster Akteure, mit der Entwicklung der neuen Ordnung befasst.⁷ In der Gruppe gab es im Laufe der Zeit einige Wechsel der Beteiligten, denn zweieinhalb Jahre liegen insbesondere für junge Menschen oftmals jenseits ihres Planungshorizonts. Der gemeinsam mit vielen über den Kreis der Gruppe hinausweisenden Akteuren entwickelte Ordnungsentwurf bezieht den aktuellen Forschungsstand ein. In der Umsetzung und im derzeitigen Entwurf sind folgende Aspekte bedacht und berücksichtigt:

- Gelungene Beteiligungsprozesse erfordern das Vorhandensein entsprechender Ressourcen. Unerlässlich sind entsprechende finanzielle sowie weitere materielle Ressourcen.
- Die Ermöglichung von Beteiligung erfordert eine beteiligungsfördernde Organisationskultur für Haupt- und Ehrenamtliche – also für alle Mitarbeitenden.⁸
- Die Ermöglichung und Begleitung beteiligungsfördernder Prozesse lässt sich nicht einfach verordnen: Nur wenn sich der oder die Einzelne intensiv mit dem Thema befasst, können sie gelingen.⁹ Dazu sieht der Entwurf Schulungen und Informationen vor.
- Soll Mitbestimmung gelingen und wirklich gelebt werden, bedarf es einer Haltung der gegenseitigen Anerkennung als Expertin oder Experte. Nur die Anerkennung des jeweiligen Gegenübers mit seiner oder ihrer Lebenswelt und entsprechend seiner oder ihrer Interessen ermöglicht partizipative Handlungsweisen.

Im Zuge der Diskussion um die neue Ordnung konnten Ideen zur Ermöglichung neuer Beteiligungsformen bei gleichzeitiger Wahrung erfolgreicher tradierter Formate entwickelt werden. Beispielsweise werden Formate wie ein Initiativrecht oder eine Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche diskutiert und bestehende Gremien verschlankt.¹⁰

4 Moser, S.: *Beteiligt sein. Partizipation aus der Sicht von Jugendlichen*. Wiesbaden 2010

5 Sturzenhecker, B.: „Wir werden ernst genommen“ – Partizipation in Jugendvertretungen im Nordelbischen Jugendwerk – Interpretation von drei Gruppendiskussionen. In: M. Corsa (Hrsg.): *Jugend im Verband Bd. 3: Praxisentwicklung im Jugendverband. Prozesse – Projekte – Modelle* (139-162). Opladen 2007

6 Albus, S. et al.: *Wirkungsorientierte Jugendhilfe*. Münster 2010.

7 Mehr Informationen zum Prozess: www.zukunft-jugendarbeit.de

8 Albus, S. et al. 2010; Pluto, L.: *Partizipation in den Hilfen zur Erziehung. Eine empirische Studie*. München 2007

9 Pluto, L. 2007

10 Dieses Kapitel basiert auf: Herrmann, C. und Witt, C.: *Auf der Suche nach neuen Formen der Beteiligung. Mit- und Selbstbestimmung für Kinder und Jugendliche*. Evangelische Stimmen. April 2015. Den Artikel finden Sie unter www.engagiert-nordkirche.de. Dr. Cora Herrmann gestaltet als Referentin für Jugendforschung & -politik im Jugendpfarramt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland den Prozess auf dem Weg zur Neuen Kinder- und Jugendordnung. Kontakt: cora.herrmann@jupfa.nordkirche.de Conrad Witt ist unter anderem Jugendsynodaler der Nordkirche.

Jugendliche in Leitungsgremien in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN)

Wahlberechtigt sind Jugendliche ab 14 Jahren in der EKHN schon seit längerem. Auf Antrag der Evangelischen Jugend in Hessen und Nassau (EJHN) beschloss die Kirchensynode (-parlament) im November 2013 als erste und bisher einzige Landeskirche, dass Jugendliche ab 14 Jahren in den Kirchenvorstand (das oberste Leitungsorgan der rechtlich eigenständigen Kirchengemeinden) gewählt werden können. Der Präses der EKHN-Kirchensynode Dr. Ulrich Oelschläger würdigte das Votum der Kirchensynode als „wichtiges Signal, dass wir die Anliegen Jugendlicher noch ernster nehmen als bisher“. Die Entscheidung zeige auch, „dass die Jugendlichen nicht nur die Zukunft der evangelischen Kirche sind, sondern schon in der Gegenwart verantwortungsvoll mitarbeiten“.¹¹ In der EKHN beträgt die Dauer der Amtsperiode für Kirchenvorstände sechs Jahre. Nach der Neuregelung konnte jede Gemeinde bei der Kirchenvorstandswahl 2015 nun bis zu zwei Jugenddelegierte wählen. Voraussetzung für die Kandidatur ist, dass Jugendliche evangelisch und bereits konfirmiert sind und die Eltern dem ehrenamtlichen Engagement zustimmen.¹² Die Jugenddelegierten können dann z.B. in Ausschüssen und bei Personal- und Bauangelegenheiten mitwirken und haben Einblick in alle Vorgänge ihrer Kirchengemeinde. Vor Vollendung des 18. Lebensjahres nehmen die Jugenddelegierten mit beratender Stimme teil, dann erhalten sie volle Rechte eines Kirchenvorstandsmitglieds. Die Amtszeit der neuen Kirchenvorstände be-

ginnt am 1. September 2015.¹³ In den 1151 Kirchengemeinden der EKHN wurden 258 Jugenddelegierte gewählt, d.h. dass in ca. 20 Prozent der Gemeinden Jugenddelegierte in Kirchenvorständen mitarbeiten.

Die Kirchengemeinden der EKHN sind eigenständige Körperschaften öffentlichen Rechts und somit im Verantwortungsgrad teilweise mit kleinen und mittelständigen Unternehmen vergleichbar. Sie sind u.a. Arbeitgeberinnen, beispielsweise für Kindertagesstätten oder Diakoniestationen in eigener Trägerschaft. Die ehrenamtlichen Kirchenvorstandsmitglieder tragen dafür die Verantwortung. Die EKHN ist wie alle Landeskirchen und auch die EKD strukturell demokratisch aufgebaut: aus den Gemeinden werden die Abgeordneten für die Dekanats-Synoden gewählt (ähnlich dem Kreistag), von dort die Synodalen der Kirchensynode (vergleichbar mit dem Landtag). In allen Gremien der EKHN ist die Verteilung von mindestens zwei Drittel Ehrenamtlichen und ein Drittel beruflich Tätigen gesetzlich verankert. 258 Jugenddelegierte sind bereit, diese Verantwortung zu übernehmen und sich in ihrem Leitungsgremium einzubringen. Sie haben sich, trotz gestiegener schulischen Anforderungen und vielen Lebensveränderungen dieser Altersphase in ein Amt mit sechs Jahren Amtszeit wählen lassen. Sie sammeln so Erfahrungen im Leitungshandeln, in Entscheidungsfindungen, in demokratischen Strukturen und bringen ihre Perspektive im hochverantwortlichen Feld ein.

Vor Amtsbeginn konnten die Jugenddelegierten an einem von drei Fachtagen unter dem Titel „Hurra ich bin gewählt – Und

11 EKHN Pressemitteilung vom 23. November 2013

12 Die Staatsbürgerschaft spielt bei Wahlen in der EKHN übrigens keine Rolle, Voraussetzung ist nur, dass man Mitglied einer Gemeinde auf dem Kirchengebiet ist.

13 Zur Werbung für Jugenddelegierte in den Kirchenvorständen entstand ein Video: <https://www.youtube.com/watch?v=X7jM4VuLoSk> Das Video wurde von der Medienhaus GmbH im Auftrag der Ehrenamtsakademie der EKHN produziert.

jetzt?“ teilnehmen. Die EJHN, die Ehrenamtsakademie der EKHN und der Fachbereich Kinder und Jugend im Zentrum Bildung der EKHN haben die Veranstaltungen konzipiert und geplant.

In einem Planspiel wurde eine Kirchenvorstandssitzung geprobt. Die Jugenddelegierten erhielten in Kleingruppen Rollen, die an die gängigen Gruppierungen in Kirchengemeinden/-vorständen angelehnt waren, z.B. Finanz- und Bauexpertinnen und -experten, Vertretende aus Gruppen und Kreisen, Erfahrungsträgerinnen und -träger, Jugenddelegierte und diakonisch oder sozial Engagierte. Auf der Tagesordnung standen die Wahl des Vorsitzes, die Wahl von Synodalen sowie eine Jahresplanung mit Gemeindeprojekten (Orgelsanierung, Jugendraum, barrierefreier Umbau des Gemeindesaals, Konfiprojekt...). Im Planspiel wurden Verhandlungsgeschick, Rhetorik, Durchsetzungsfähigkeit, das Interagieren in heterogenen Gruppen, Kooperationsfähigkeit, Konfliktlösungskompetenz sowie die Fähigkeit zur Wahrnehmung der eigenen Rechte trainiert. Wissen über rechtliche Hintergründe, wie z.B. die Struktur der EKHN, die Pflichtausschüsse, die Zuständigkeiten und Aufgaben des Kirchenvorstandes wurden vermittelt. Auch die Reflexion des Erlebten und der Ausblick auf die neue Rolle fanden ihren Platz. Ab 1. September werden die Jugendlichen regional begleitet und stehen über Gruppen in sozialen Netzwerken in Kontakt untereinander und mit den Fachstellen.

Einige Kirchengemeinden haben Bedenken zur Wahl von Jugenddelegierten z.B. mit Blick auf das Jugendschutzgesetz geäußert: Dürfen unsere Kirchenvorstandssitzungen dann noch länger als 22 Uhr dauern? Vergraulen wir die Jugendlichen nicht, wenn sie unsere Sitzungen miterleben müssen? Die Antwort der Ehrenamtsakademie darauf war immer: Es schadet

den Erwachsenen nicht, wenn die Sitzungen nicht bis Nachts dauern und anregend gestaltet werden. Die Tatsache, dass es in der Landeskirche nun Jugenddelegierte gibt, trägt dazu bei, über die Sitzungskultur nachzudenken und sie zu reflektieren. Sie wird sich auch auf die Methodik und Didaktik der Bildungsveranstaltungen für leitende Ehrenamtliche auswirken. Die EKHN schaut positiv gestimmt und mit Spannung darauf, wie sich die Jugenddelegierten auf die (Kirchenvorstands-)Arbeit auswirken und wie die kompetente, engagierten und motivierten Jugendlichen in der Altersmischung der Kirchenvorstände Sitzungsformen gestalten.

Die Teamercard der Nordkirche

Auch die Praxis der Kinder- und Jugendarbeit stärkt Arbeitsmodelle. Die Teamercard der Nordkirche ist ein Beispiel dafür.¹⁴ Mit dem kirchlichen Zertifikat sind nordkirchenweit Standards für die Qualifizierung Jugendlicher ab 14 Jahren gesetzt, die sich im Team in der Kinder-, Konfirmandinnen- und Konfirmanden- oder Jugendarbeit engagieren. Noch vor der Ausbildung zur Jugendgruppenleiterin oder zum Jugendgruppenleiter, die ab 16 Jahren möglich ist, bietet die Teamercard es im Anschluss an die Ausbildung an, im Team Teilverantwortungen zu übernehmen und aktiv und selbstbestimmt kirchliche Angebote wie beispielsweise Freizeiten, Konfirmandenunterricht, Konfirmationstage, Kinder- und Jugendveranstaltungen und Gottesdienste mitzugestalten.

In einer modularen Weiterbildung werden Jugendliche auf diese Aufgabe vorbereitet. Bei den Modulen geht es um persönliche und soziale, gruppenpädagogische und kommunikative, methodische, spirituelle und religionspädagogische, organi-

¹⁴ Mehr Informationen zur Teamercard unter www.teamercard.de

satorische und Projekt-Kompetenzen und den Umgang mit Rollenwahrnehmungen. „Die altersgerechte Reflexion über neue Rollen und die Option, diese in einem abgestimmten und begleiteten Rahmen auszuprobieren, zu üben und selbstständig zu füllen, ist eine wesentliche Bildungsaufgabe, die mit dem Bildungsangebot Teamercard von Beginn an verknüpft war“, so Tilman Lautzas, Landesjugendpastor der Nordkirche. „Diesen Raum begleitet zu gestalten und Eigenverantwortung wachsen zu lassen, ist dabei die große Kunst.“ In der Konzeption der Teamercard heißt es dazu: „Jugendliche können hier ihre Persönlichkeit und ihren Glauben entwickeln und die Erfahrung machen, für andere bedeutsam zu sein (Ich will dich segnen und du sollst ein Segen sein“, 1. Mo 12,2)“.¹⁵ Als Teamer im Konfirmandenunterricht dem nächsten Jahrgang Inhalte weiterzugeben, bedeutet diese auch selbst anders zu begreifen. Die Teamercard ist ein Erfolgsmodell. Die Nachfrage unter den Jugendlichen ist groß. Seit der Einführung im Oktober 2012 erwerben jährlich etwa 700 Jugendliche eine Teamercard. Eine Herausforderung ist die Rollenklärung in den jeweiligen Einsatzfeldern der Teamer. Sie sind ausgebildet für teilweise eigenständige Arbeit. Es gilt im Austausch mit den hauptberuflich Tätigen vor Ort ein gutes und konstruktives Miteinander zu entwickeln, das die Vorteile der jeweiligen Rollen für die gemeinsamen Bildungsangebote im Blick hat und sich im Miteinander und aneinander weiterentwickelt.

Kirche wächst an dem konstruktiven Umgang mit den Spannungen, die im Austausch um ein rollensensibles Miteinander lernend und lehrend zu bearbeiten sind,

¹⁵ Die Teamercard der Nordkirche, Handreichung für die Ausbildung jugendlicher TeamerInnen in der Arbeit mit Kindern, Konfirmandinnen und Jugendlichen. Jugendpfarramt und Pädagogisch-Theologisches Institut der Nordkirche.

z.B. die Spannung zwischen Aufgaben und Fähigkeiten und zwischen dem einzelnen und dem Team. Da die Teamercard zu Verantwortungsübernahme im Team qualifiziert, ist das Miteinander der Teammitglieder entscheidend für die gelingende Selbstwirksamkeitserfahrung der oder des Einzelnen. Wie im Team verschiedene Gaben und Fähigkeiten entdeckt und miteinander in den Austausch gebracht werden können, ist Teil der Bildungserfahrung im gemeinsamen Tun. „Eine bleibende Herausforderung ist die gute Abstimmung zwischen den Auszubildenden, den Pastorinnen und Pastoren und den hauptamtlich Mitarbeitenden in den Kirchengemeinden, die die Engagementfelder begleiten. Teamercardausbildungen sind einerseits Gaben-Entdeckungsorte und andererseits Orte, in denen möglichst konkret für reale Aufgaben vor Ort qualifiziert werden soll. Hier braucht es gute Rückkoppelungen und Möglichkeiten für die Jugendlichen in die Ausbildungen selbst einzubringen, was sie brauchen, und auch die Aufgaben mit zu beschreiben. So können sie ihre Potentiale entfalten und Über- oder Unterforderung vermieden werden. Damit umzugehen und Inhalte auch auf die jugendlich-vermittelnde Perspektive hin auszurichten, stärkt die Bildung. Für Pastorinnen und Pastoren und manche hauptamtliche Mitarbeitenden ist es eine Rollen-Umstellung, die ihren eigenen Prozess braucht und es erfordert, Jugendliche als Expertinnen und Experten anerkennen zu können,“ so Rainer Franke, Referent für die Arbeit mit Konfirmandinnen und Konfirmanden in der Nordkirche.

Die Entwicklungen im Jugendengagement sind Seismographen für den Wandel im Engagementverhalten. „Für die Jugendarbeit ist das Stichwort der Partizipation und die Forderung nach wirklicher Beteiligung und Mitbestimmung im Raum der Kirche

schon lange zentral.“¹⁶ Kirche reagiert mit unterschiedlichen Angeboten und Beteiligungskonzepten an verschiedenen Stellen darauf, z.B. in den drei genannten Beispielen. Da, wo Jugendliche schon vor vielen Jahren deutlich Spaß, das Einbringen der eigenen Fähigkeiten und den Erwerb von Fähigkeiten bei kirchlichen Angeboten gefordert haben und in diesen Forderungen von der kirchlichen Jugendarbeit gestärkt wurden, weisen ihre Forderungen kirchliche Angebote in die Zukunft.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 17/2015.

AUTORINNEN

Ina Wittmeier, Referentin der Ehrenamtsakademie der Evangelischen Kirche in

¹⁶ Uta Pohl-Patalong: Kirche im Übergang? Szenarien und ihre Konsequenzen für die Jugendarbeit. In Baugerüst, Mai 2015, S. 34

Hessen und Nassau, zuständig für die Fortbildung für leitende Ehrenamtliche und für die Beratung zum Thema Ehrenamt

Kontakt

✉ ina.wittmeier@ekhn-kv.de

Dr. Kristin Junga, leitet die Arbeitsstelle Ehrenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche). Die Arbeitsstelle vernetzt Angebote zur Engagementförderung im Rahmen der Nordkirche, organisiert gemeinsame Diskurse zum Thema Engagement in Kirche und Gesellschaft und begleitet Veränderungsprozesse und Strukturwandel in der Nordkirche.

Kontakt

✉ kristin.junga@ehrenamt.nordkirche.de

DR. PETRA POTZ / RAINER HUB

KIRCHE FINDET STADT - OHNE BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT KEINE QUARTIERSENTWICKLUNG

1. Kirche und Stadtentwicklung – Engagement als feste Größe der integrierten Quartiersentwicklung

Stadt ist ein soziales Gebilde, ein sozialer Raum. Die Stadt ist ein Ort der Hoffnung auf Integration, Unterstützung, sozialen Aufstieg, Toleranz und Lebensqualität. Trotz aller augenfälligen Ungleichheiten wird hier ein Alltag des Zusammenlebens praktiziert. Neben der kommunalpolitischen Steuerung und dem Ausgleich und Aushandeln fragmentierter Interessen durch Stadtplanung, Ordnungsrecht etc. sind es zivilgesellschaftliche Institutionen wie Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Bürgerstiftungen, Gewerkschaften, Genossenschaften, Vereine und andere gemeinwohlorientierte Einrichtungen, die immer dazu beitragen, Integration zu ermöglichen, Prozesse anzustoßen und Gemeinwesen zu gestalten.

Teilhabeorientierung, die Bekämpfung der Folgen von Armut und Ausgrenzung und die nachhaltige Gewähr eines sozialen Profils im (benachteiligten) Quartier gehören zu den Leitlinien kirchlich-verbandlichen Handelns. Integrierte Stadtentwicklungsplanung trifft hier auf einen lokal verankerten Partner für die Schaffung besserer Lebensbedingungen, der mit Kirchengemeinden und sozialen Einrichtungen verlässliche Orte der Identifikation und Teilhabe bereitstellt. Kirchliche Gemeinden und Initiativen mit dem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, kirchlich-verbandliche Träger von sozialen Diensten und Infrastruktureinrich-

tungen der sozialen Daseinsvorsorge (Kitas, Familienbildungsstätten, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, für Senioren oder Handlungsfelder städtischer Armut, Gesundheitsförderung und Prävention) wirken mit der Öffnung und Umnutzung von Kirchengebäuden und Zentren bei der nachhaltigen Stabilisierung und Gestaltung von Quartieren mit. Dies sind Aktivitäten, die eine hohe Anschlussfähigkeit an fachübergreifende und ressourcenbündelnde Handlungsprinzipien der integrierten Stadtentwicklung haben.

Kommunale Handlungsfelder und Rahmenbedingungen werden immer vielschichtiger:

- die strukturelle kommunale Finanzkrise und der Steuerungsverlust der Kommunen
- der ökonomische, digitale und arbeitsmarktpolitische Strukturwandel
- demografische Herausforderungen (Migration und Flucht, Armutszuwanderung, Alterung) und Aufrechterhalten der Versorgungsstrukturen
- zunehmende Individualisierung und soziale Ausgrenzung in Quartieren
- Nutzungsvielfalt vs. unterschiedliche Artikulationsfähigkeit von Einzelinteressen – vielfältige Lebensstile, aber auch Lebenslagen, Generationen, Herkunft etc.
- Wohnen & Arbeiten, Bildung & Kultur, Engagement & Teilhabe, Klima & Umwelt, Mobilität & Verkehr etc. in ihren sich gegenseitig verstärkenden Wechselwirkungen

Angesichts dieser Komplexität leben die Nachbarschaft oder der Sozialraum, so die Erfahrungen aus den Pionierstandorten des ökumenischen Projekts Kirche findet Stadt, welches der Deutsche Caritasverband und Diakonie Deutschland mit den beiden großen christlichen Kirchen durchführen¹, neben der Verantwortungsübernahme von Profit- und Nonprofitunternehmen im Gemeinwesen Quartier vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger, die sich in diese Prozesse einbringen. In Anlehnung an das Jahresthema der Diakonie sei gesagt: „Gute – und schlechte – Nachbarschaften muss man pflegen“. Nur mit dem bürgerschaftlichen Engagement können solche Prozesse gelingen. Aber, wie immer, wenn es um Engagement geht – die Bürgerinnen und Bürger werden gebraucht, können und sollen solche Prozesse aber nicht alleine bewerkstelligen. Es bedarf der Ressourcen, Kompetenzen, teilhabefördernder Angebote und engagementfördernder Infrastrukturen. Eine der zentralen Kernaussagen des Zweiten Engagementberichts trifft auch auf Erfahrungen dieses Projektes zu: „Damit fußt Engagement auch auf einem aktiven Staat und auf Voraussetzungen, für die er Verantwortung trägt. Engagementförderliche Strukturbedingungen sind auch auf regionaler und lokaler Ebene in den Blick zu nehmen“.²

Teilhabe und Partizipation am Gemeinwesen

Stadtsoziologen warnen seit den 1980er Jahren vor zunehmender Armutsentwicklung und vor den sich verschärfenden Tendenzen der Polarisierung und Ausgrenzung; räumlich wie sozial hat sich die

Stadt in zunehmend fragmentierte und segregierte Stadtbereiche geteilt.³ Gesellschaftliche Teilhabe manifestiert sich in vielen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Bereichen. Parallel zu gutverdienenden, selbstbewussten Personengruppen mit mobilen und multilokalen Lebensentwürfen gibt es Personen, die aufgrund mangelnder materieller und sozialer Ressourcen nur eingeschränkt mobil sind und ihre gesellschaftliche Teilhabe und die Stärkung des Selbstwerts vor Ort im Quartier umsetzen müssen. Sie sind auf integrationsfähige Quartiere angewiesen, in denen günstiger Wohnraum und eine soziale Infrastruktur mit Bildungseinrichtungen, Gemeinschafts- und Begegnungsstätten als förderliches Umfeld für stabile Nachbarschaften zur Verfügung stehen. All diese Themenkonstellationen bedürfen neuer, übergreifender Ansätze und Wege.

Denn mehr denn je benötigt wird der Erhalt des Gemeinwesens Stadt, die Nachbarschaft im Quartier und die Verteidigung des Gemeinwohlgedankens inklusive all seiner unterstützenden und mitgestaltenden Arten von Engagement. Dazu gehört auch die Einmischung der sozialorientierten zivilgesellschaftlichen Akteure sowie die Eigeninitiative und Selbsthilfe der Bürgerinnen und Bürger. Die Leipzig Charta von 2007⁴ bietet hierfür ein städtisches Leitbild, das den Mehrwert integrierten und solidarischen Handelns vieler Akteure in den Blickpunkt rückt. Gemeint ist damit die „gleichzeitige und gerechte Berücksichtigung der für die Entwicklung von Städten relevanten Belange und Interessen“. In diesem Prozess soll eine Koordination zentraler städtischer Politikfelder in räumlicher, sachlicher und zeitlicher Hinsicht stattfinden. Die Einbeziehung der

1 Kirche findet Stadt (www.kirche-findet-stadt.de) wird seit 2011 als ökumenisches Kooperationsprojekt vom Deutschen Caritasverband mit Diakonie Deutschland im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Bundesbauministerium durchgeführt.

2 BMFSFJ 2017: 10-11

3 Seidel-Schulze et al. 2012

4 Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt 2007

wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure, Interessengruppen und der Öffentlichkeit ist hierbei unabdingbar. Dies wird auch im Engagementmonitor 2016 zum Zweiten Engagementbericht konstatiert: „Bedingungen guten Lebens gestalten sich am Lebensort. Sie brauchen neue Formen eines kooperativen Regierens und Verwaltens im Sinne einer Good Governance. Sie muss alle gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure ... beteiligen“.⁵

Das Quartier bietet den Handlungsrahmen für soziale Gestaltungsprozesse. Die zukunftsichere Entwicklung von lebenswerten, integrationsfähigen Quartieren kann nur eine gemeinsame Aufgabe verschiedener Akteure sein. Hier bündeln sich Ressourcen und Kräfte, finden Bürger/innen, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammen, um sektorale, nur auf einzelne Zielgruppen bezogene Lösungen zu überwinden. Soziale Stadtentwicklung ist dabei in einer doppelten Bedeutung zu verstehen: zum einen als Aufforderung an Stadtpolitik und Verwaltung, den Sozialraum Stadt zu erhalten und zu stärken, Konflikte zu entschärfen, Partizipation und Teilhabe auf Augenhöhe zu ermöglichen, zum anderen als ein Programm der Städtebauförderung des Bundes und der Länder⁶. Für ländliche Räume gelten solche Tendenzen und Entwicklungen gleichermaßen; wenn auch in anderen quantitativen Dimensionen. Immer gilt: Wertschätzung führt zu Wertschöpfung!

Die Soziale Stadt im Städtebau

Den Investitionsprogrammen der Städtebauförderung wurde eine Art Steuerungs- und Scharnierfunktion für eine ganzheitliche integrierte Quartiersentwicklung

⁵ BMFSFJ 2017: 11

⁶ <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/bauen-wohnen/stadt-wohnen/staedtebau/soziale-stadt/soziale-stadt-node.html>

übertragen, mit dem Ziel, in die Verbesserung von Lebenschancen in Stadträumen zu investieren, nichtrentierliche Kosten aufzufangen, Quartiersmanager als Ansprechpartner vor Ort einzusetzen, bürgerschaftliche Verfügungs- und Quartiersfonds zu speisen und aus den so genannten benachteiligten Stadtteilen wieder selbstständig lebensfähige Quartiere mit eigener positiver Zukunftsperspektive zu machen. Kirchlich formuliert: „Suchet der Stadt Bestes“ (Jeremia 29, 7).

Soziale Stadt als Teil der Städtebauförderung fördert in erster Linie bauliche Investitionen der Stadterneuerung in Gebäude, Wohnumfeld, Freiraum und Infrastruktur, wie z.B. Quartierszentren. Das ist wichtig, um sichtbar zu machen, dass es im Quartier voran geht, dass es nicht vergessen wird. Es ist aber auch wichtig, um weitere private und zivilgesellschaftliche Investitionen vor Ort anzustoßen. Allerdings braucht eine positive Trendwende in benachteiligten Stadtquartieren mehr als nur bauliche Investitionen; sie braucht auch längerfristige Steuerung und Begleitung sozialer Umstrukturierungsprozesse.

Das Programm Soziale Stadt ist daher vom Anspruch her ein integratives Programm. Es wurde als handlungsfeldübergreifendes Entwicklungsinstrument konzipiert, das immer auf komplementäre Förderstrategien anderer Ressorts, auf die Bündelung von Ressourcen und übergreifendes Handeln angewiesen war. Die Verbindung von baulichen Investitionen mit sozialintegrativen Maßnahmen, etwa der Beschäftigungsförderung, der Bildungspolitik und Kinder- und Jugendhilfe, des Gesundheitswesens oder der Kultur, erfordert die Abkehr von sektoralen Handlungsweisen und Ressortegoismen. Alle trisektoralen Akteure im Quartier und in der Stadt müssen zusammenwirken, was oft hohe Anforderungen an die Umsetzungspraxis stellt.

POTZ/HUB: KIRCHE FINDET STADT

Eine soziale Stadtpolitik soll die Lebensbedingungen so gestalten, dass soziale Folgekosten rechtzeitig erwogen und möglichst vermieden werden. Engagements vielfältiger Art, Eigeninitiative und Selbsthilfe der Bürgerinnen und Bürger müssen in größtmöglichem Umfang gefördert und gefordert und sodann angeregt und erleichtert werden.

Kirchen und Verbände mit ihren Einrichtungen als notwendiger Seismograf

„Kirchen sind in der großen Breite ihrer amtskirchlichen wie gesellschaftlichen Organisationsformen bedeutende Akteure in der Zivilgesellschaft, auch wenn das damit verbundene Selbstverständnis keineswegs überall in den Kirchen hinreichend ausgeprägt ist. Doch die zu beobachtenden Entwicklungen sind deutlich und hoch dynamisch.“⁷ Dementsprechend sind die Kirchen und ihre Sozialverbände als zivilgesellschaftliche Akteure der Stadtentwicklung in diesem Kontext so wichtig. Dies aus mehreren Gründen: Kirche ist noch immer ein Kristallisationspunkt in der Stadt und zumeist mitten im Quartier präsent, ihre Gebäude sind identitätsstiftende Orte und Räume in der Stadt. Kirche kann und muss damit ein wichtiger Impulsgeber für eine soziale Stadt- und Quartiersentwicklung sein. Sie ist nahe an den Menschen, an der Öffentlichkeit vor Ort, und sie ist oftmals gut informiert durch ihre pastorale und soziale Arbeit. Diese seismografische Funktion der kirchlich Engagierten im Stadtteil kann Kirche – richtig verstanden – zum zentralen Experimentierfeld für eine neue soziale Öffentlichkeit und zum Forum von Diskussionen und Auseinandersetzungen um das Quartier und das Gemeinwesen machen. Sehr deutlich wird dies am Beispiel der Samariterstiftung Nürtingen mit der Stiftung Zeit für Menschen ([\[fuer-menschen.de\]\(http://fuer-menschen.de\)\), die, angestoßen von der Wohlfahrtseinrichtung, mit Kommune, Politikerinnen und Politikern, Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen am Ort bereits 2004 gegründet wurde, um „Verantwortung im Gemeinwesen zu übernehmen und dem Gemeinwohl zu dienen“.](http://www.zeit-</p></div><div data-bbox=)

Dennoch gilt in der Fläche betrachtet noch immer das von der damaligen Bundesbauministerin Barbara Hendricks als selbstkritisch betonte Versäumnis, aber auch die einsetzende Veränderung in der Wahrnehmung: „Die Kirchen besitzen ein großes Vor-Ort-Wissen über die Chancen und Probleme der einzelnen Stadtviertel. Und dennoch haben wir die Kirchen in der Vergangenheit zu wenig als Akteure der Stadtentwicklung angesehen – und sie selber haben sich auch nicht immer als solche empfunden.“⁸

2. Sozialraumorientierung in den kirchlichen Verbänden als Innovation und Öffnung

Bei den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden vollziehen sich Perspektiv- und Haltungswechsel: Mit sozialraum- und gemeinwesenorientierten Konzepten öffnen sich Diakonie und Caritas seit einigen Jahren zunehmend für den sozialen Nahraum.⁹ Kirchen und ihre Verbände verstehen sich dabei als Teil des Gemeinwesens und loten ihre Spielräume in neuen verbands- und handlungsfeldübergreifenden Netzwerken und Strukturen aus. Bürgerinnen und Bürger mit ihren vielfältigen Engagements sind dabei wesentlich mitzudenken, ja unerlässlich.

Kirche findet Stadt

„Kirche findet Stadt“ ist ein Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik,

⁸ Hendricks 2017: 4

⁹ Deutscher Caritasverband 2013; Diakonisches Werk der EKD 2007

⁷ Klein et al. 2015

das in Kooperation vom Deutschen Caritasverband und Diakonie Deutschland mit 18 Pionierstandorten durchgeführt wird. Für die beteiligten Akteure ist es ein zentrales Zukunftsprojekt, dokumentiert doch die „gute Praxis“ zivilgesellschaftlicher Leistungen von Kirche und ihren Verbänden die der Stadtentwicklung. Unter dem Titel „Innovations- und Experimentierfelder für eine partnerschaftliche Entwicklung lebenswerter Quartiere“ arbeitet die bundesweite Plattform „Kirche findet Stadt“ die Potenziale einer integrierten sozialräumlichen Strategie für den kirchlich-verbandlichen Bereich heraus und zeigt strukturelle und förderpolitische Hemmnisse, vor allem aber auch Schnittmengen bei der Umsetzung auf.¹⁰

Sektorübergreifend werden Brücken zwischen Kommunen, Kirchen, kirchlichen Verbänden, Sozial- und Wohnungswirtschaft geschlagen. Der innovative Aspekt liegt in den Kooperationsformen und ungewöhnlichen Allianzen in der Stadtentwicklung: „Partnerschaftliche Entwicklung findet Stadt“. Dabei ist der zivilgesellschaftliche Anteil am Gelingen solch kooperierender, vernetzter Aktivitäten im Quartier, wie oben bereits angedeutet, immens. Was noch nicht zufriedenstellend gelungen ist, ist die Mitwirkung von Wirtschaftsunternehmen als Akteure im Quartier oder im Dorf. „Kirche findet Stadt“ unterstützt die Verständigung auf und zwischen den verschiedenen Umsetzungsebenen von Bund, Ländern und Kommunen. Mit einem neuen Denken können sich Innovationen und „Erfahrungsräume“ vor Ort entwickeln, die für die weitere Überzeugungsarbeit im institutionellen Rahmen notwendig sind. Die Anforderungen an eine als integrierte Querschnittsaufgabe verstandene soziale Daseinsvorsorge werden dabei neu ausgelotet.

¹⁰ <http://www.kirche-findet-stadt.de>

Gute und innovative Praxis vor Ort beinhaltet ein breites Spektrum von Aktivitäten – bei denen engagierte Bürgerinnen und Bürger stets eine exponierte Rolle mit(!)-spielen:

- Stabilisierende Stadt- und Quartiersentwicklung als Handlungsfeld sozialer Akteure im beruflichen wie ehrenamtlichen Bereich identifizieren
- Neue Kooperationsformen zwischen Verbänden und Kirchengemeinden erproben
- Kirchlich-verbandliche Liegenschaften öffnen bzw. umnutzen
- Aktivitäten und Ressourcen bündeln und Verbundstrukturen schaffen
- Vom Denken in Fürsorgekategorien und „Versorgungsketten“ hin zu Sozialraumorientierung und selbstbestimmter Teilhabe gelangen
- (Sozial-)Planung, integrierte Entwicklungskonzepte, lokale Aktionspläne abstimmen
- Gemeinwohl, Inklusion und Daseinsvorsorge als Querschnittsfelder und Daueraufgabe einer integrierten Stadtentwicklung einbringen¹¹

Kirche findet Stadt hat vier quartiersrelevante Handlungsfelder mit wichtigen Fachlichkeiten und Kompetenzbereichen kirchlich-verbandlichen Handelns identifiziert.

Dort kommen sozial- und stadtentwicklungspolitisch relevante Ansätze zusammen:

1. Wohnen und Bekämpfung der Folgen von Armut und Ausgrenzung
2. Generationenübergreifendes Zusammenleben
3. Zentren und Orte der Begegnung und Integration
4. Gesundheitsförderung, Prävention und Inklusion

¹¹ Vgl. Potz 2014

An den 18 kirchlich-verbandlichen „Pionierstandorten“ werden in den Handlungsfeldern verschiedene Kooperationsformen und die Bündelung von Ressourcen erprobt, um partnerschaftliches Handeln für eine zukunftsgerechte Stadtentwicklung verbindlicher zu etablieren. Die Arbeit der Pionierstandorte vor Ort erweist sich häufig als mutig, experimentell und (Ressort-)Logiken überschreitend, benötigt aber noch viel mehr Rückhalt in den jeweiligen verbandlichen und kirchlichen Strukturen. Viel zu häufig stoßen Bottom-up-Strategien örtlicher Kirchengemeinden oder sozialer Träger, die sich gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern ins Quartier, in den Sozialraum öffnen, schnell an ihre Grenzen.

Neue Suchräume und Nahtstellen: SGB trifft BauGB

Auch in den kirchlichen Verbänden gibt es eine „versäulte“ Handlungslogik - wie in den Kommunen. Viel zu oft liegt sie quer zu den Bedarfen an integriertem Handeln und erfordert dringend ein Angehen der Schnitt- bzw. Nahtstellenprobleme, die in den gesetzlichen Grundlagen einerseits der Hilfefelder (insbes. SGB), andererseits z.B. der bau- und planungsrechtlichen Grundlagen (BauGB) angelegt sind. Dabei geht es um die Frage, wie man den fallunspezifischen (sozial-raumbezogenen) Handlungsansatz stärker in die Sozialgesetzgebung mit ihrem vorrangig individuellen Rechtsanspruch integrieren kann.

Bezüglich der Rolle von Kirchen und Verbänden ist ein Experimentierfeld notwendig, um in „Suchräumen“ herauszufinden, wie neue Allianzen in der Stadtentwicklung unter den spezifischen örtlichen Rahmenbedingungen geschmiedet werden können und wie diese insgesamt dazu beitragen können, dass sich gerade auch schwierige

Stadtteile stabilisieren lassen¹². Exemplarisch dafür stehen die Erfahrungen von Pfarrer Nollmann mit dem Umbau der Friedenskirche am Pionierstandort Bochum-Stahlhausen zum interkonfessionellen Stadtteilzentrum Q1 – Haus für Kultur, Religion und Soziales: „Kirche in unserem Verständnis von Sozialraumorientierung dient heute nicht der Befriedigung der ‚Vereinsmitglieder‘, sondern der Verbesserung der Lebensqualität und der Teilhabechancen aller Menschen im Quartier – ob und egal welcher Konfession. Somit werden auch der Anbau der Begegnungsstätte und die neue Kita eine ‚Kirche‘ für alle sein.“¹³

Die Rolle der Kommune als bündelnde Kraft vor Ort ist unstrittig. Sie ist in der Verantwortung für eine gesamtstädtische Perspektive. Die zivilgesellschaftlichen Kräfte, zu denen auch Kirchen und Verbände zu zählen sind, können und sollten dabei selbstbewusst mitmischen und Anstöße für den sozialen Zusammenhalt geben. Sodann gilt auch: „Entwicklung findet Kirche und Stadt“.

Kommunen haben die Aufgabe, eine ressortübergreifende Zusammenarbeit zu ermöglichen und integrierte Entwicklungskonzepte zu erarbeiten und zu gestalten. Somit sind sie vorbereitend, begleitend und verstetigend tätig. Diese verantwortungsvolle Rolle zieht oft einen Lernprozess nach sich: nach innen – dezernatsübergreifend, sowie nach außen – bei der Kooperation mit anderen Akteuren. Im Bereich der sozialen Stadtentwicklung sollte eine verbindliche und gesicherte Einbindung von Kirchen und Verbänden mit ihren Erfahrungen beim sozialräumlichen Zugang zu Zielgruppen unabdingbar werden, denn weitere Akteure und Ko-Finanzierer sind nötig. Kein Akteur kann Zukunftsaufgaben der Daseinsvorsorge allein bewältigen.

¹² vgl. MBWSV NRW et al. 2014

¹³ MBWSV NRW 2014: 53

Die ressortübergreifende Strategie des Bundesbauministeriums „Nachbarschaften stärken – Miteinander im Quartier“ bietet in diesem Zusammenhang einen wichtigen Anstoß für die Verankerung sozialräumlicher Ansätze in anderen Ressorts und auf der zivilgesellschaftlichen Ebene. Die Strategie zielt auf eine Abstimmung der Verantwortlichkeiten für die „soziale Integration“, Aktivitäten und Programmatik der Nachbarressorts auf Bundesebene werden mit dem „Leitprogramm Soziale Stadt“ auf Synergien und Kopplungspotenziale geprüft.¹⁴ Die Anknüpfungsmöglichkeiten für Aktivitäten der Zivilgesellschaft im Sinne von Kirche findet Stadt sind dabei evident (vgl. auch Vorhoff, Beneke 2018).

3. Soziale Stadt- und Quartiersentwicklung – Anforderungen an ein komplexes und unabdingbares Handlungsfeld für Kirche und Stadt

Integriertes und kooperatives Handeln zwischen Kirche und Stadt

Eine integrierte Quartiersentwicklung in Partizipation der Bürgerinnen und Bürger ist der Dreh- und Angelpunkt für den sozialen Zusammenhalt und letztlich für den sozialen Frieden. Für die Etablierung integrierter Stadtentwicklung und kommunaler Netzwerkstrukturen braucht es eine politische Agenda, die weit über die derzeitigen Aktivitäten verschiedener Ressorts oder einzelner zivilgesellschaftlicher Akteure wie den Kirchen hinausgeht. Politische Rücken- deckung ist für integrierte Quartiersprozesse unerlässlich: In den Kommunen muss soziale und kooperative Quartiersentwicklung zur Pflichtaufgabe werden. Bedarf an integriertem kommunalen Handeln besteht insbesondere zwischen den Bereichen Stadtentwicklung, Bildung, Kinder, Jugend, Familie, Alter, Inklusion, Zuwanderung, Ge-

sundheitsförderung, Mobilität, Besondere Lebenslagen und Kultur.

Kirche ist ein zivilgesellschaftlicher Akteur in Suchbewegung und als solcher einzubinden

Kirche als Institution und die Kirchengemeinden vor Ort sind heute oft mit ihren internen Umstrukturierungsprozessen beschäftigt, bringen sich daher zu wenig in das Gemeinwesen ein und überlassen die soziale Arbeit allzu häufig ihren Trägern: Diakonie und Caritas haben nach eigener Aussage bereits „einen langen Weg des Lernens im Quartier“¹⁵ zurückgelegt. Die Kooperation mit den städtischen Partnern ist in der Regel eingeübt. Kirchengemeinden hingegen tun sich da oft schwer, aber ihre Handlungsspielräume sind oft auch begrenzt. Sie müssen sich wieder ihrer Rolle als aktiver Teil des politischen Gemeinwesens gewahr werden, mit Stimme und Macht gegen Ausgrenzung, Segregation und räumliche Abschottung argumentieren.

Stadt- und Quartiersentwicklung ist ein zentrales Handlungsfeld für Gemeinwohl und sozialen Zusammenhalt

Die Kirche könnte eine deutlich größere Rolle in der inklusiven Quartiersentwicklung spielen. Die Ermöglichungsstrukturen, die mit Kirche findet Stadt aufgebaut wurden, haben große Potenziale für die Stabilisierung und Verbesserung der Lebensqualität vor Ort, in den Stadtteilen und Quartieren aufgezeigt. Hier geht es um ein Querdenken, das an Haltung und Selbstverständnis von Institutionen und den in ihnen agierenden Menschen ansetzt. Ressortübergreifendes Handeln und das Bündeln finanzieller und immaterieller Ressourcen unterschiedlichster Art und Reichweite bilden eine institutionelle Innovation, die sich auch in der Umsetzung

14 BMUB 2016

15 Vgl. Lilie 2017

der Prinzipien integrierter Stadtentwicklung als komplex erweist. Für die Identifizierung dieser Schnittstellen braucht es weitere beharrliche Überzeugungsarbeit, „capacity building“ bei allen Beteiligten sowie Gelegenheiten zum Erproben und Lernen in der Praxis vor Ort.

Neue Kooperationsformen erproben: Verbände & Kirchengemeinden & Kommunen & weitere Akteure

Zentrale Herausforderung ist es, einen Paradigmenwechsel einzuleiten und strategische Verantwortungsgemeinschaften zu bilden. Soziale, integrative, lokalökonomische und bauliche Maßnahmen müssen ineinander greifen. Aus verschiedenen Praxiserfahrungen wird deutlich: Bürgerstiftungen und Kooperationsmodelle mit geteilter Verantwortung statt einer nur konfessionellen Ausrichtung können eine breitere Akzeptanz erzielen. Neben den Kommunen mit ihren Bürgerinnen und Bürgern sind dazu z.B. Wohnungsunternehmen, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Religionsgemeinschaften und soziale Träger und Verbände, Vereine, Stiftungen, Gesundheitseinrichtungen und die lokale Wirtschaft etc. mit ihren Interessen und Ressourcen einzubinden.

Kirchlich-verbandliche Liegenschaften für die gemeinwohlorientierte Quartiersentwicklung öffnen

„Kirche“ ist vor Ort präsent, relativ flächendeckend und im Nahraum. Damit hat sie auch eine strategische liegenschaftspolitische Rolle, ohne sich dessen immer bewusst zu sein. Sie kann eine wichtige Rolle im Sinne einer gemeinwohlorientierten Steuerung ihrer Immobilienbestände einnehmen, muss sich dazu aber auch öffnen und vernetzen, so dass sie in die Debatten vor Ort eingebunden ist. Überall dort, wo sich Kirchengemeinden auch

gegen Widerstände auf das Querdenken eingelassen haben, haben sie ihre Präsenz in der Gemeinde gestärkt. Ein großes Potenzial bei der Neu- und Umnutzung kirchlicher Immobilien liegt in alternativen Projektentwicklungen und gezielten Konzeptvergaben zugunsten z.B. von gemeinwohlorientierten Projekten. Die Potenziale kirchlicher Flächen und Liegenschaften für einen Vielfalt ermöglichenden Wohnungsbau sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Auch um ihr eigenes Profil als zivilgesellschaftlicher Akteur für einen sozialen Zusammenhalt und ihre gesellschaftliche Relevanz zu erhalten, sollten Kirchengemeinden, aber auch die kirchlichen Bauämter auf Bistums- oder Landesebene deutlichere Schritte in diese Richtung gehen.

4. Quellen

- BMFSFJ (2016): Zweiter Engagementbericht 2016. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung. Engagementmonitor 2016 Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- BMUB (2016): Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt: Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier. Kabinettsbeschluss vom 29.08.2016. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
- Deutscher Caritasverband (2013): Solidarität im Gemeinwesen – Eckpunkte zur Sozialraumorientierung. Freiburg: DCV
- Diakonisches Werk der EKD (2007): Handlungsoption Gemeinwesendiakonie. Die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt als Herausforderung und Chance für Kirche und Diakonie. Stuttgart: DW EKD
- Hendricks, B. (2017): Zwischenbilanz aus Bundessicht. In: Vorhoff, K.; Beneke, D. (Hg.): Kirche findet Stadt. Dokumentation der Zwischenbilanz am 22.11.2016

in Berlin, S. 4-5. Verfügbar unter: http://www.kirche-findet-stadt.de/pdf/downloads/kfs/Doku_Zwischenbilanz_web.pdf (zuletzt geprüft: 04.06.2018)

- Klein, A. et al. (Hg.) (2015): Kirchen in Bewegung. Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 28, H. 1
- Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt (2007): Angenommen anlässlich des Informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25. Mai 2007
- Lilie, U. (2017): Zwischenbilanz aus Bundesicht. In: Vorhoff, K.; Beneke, D. (Hg.): Kirche findet Stadt. Dokumentation der Zwischenbilanz am 22.11.2016 in Berlin, S. 9-11. Verfügbar unter: http://www.kirche-findet-stadt.de/pdf/downloads/kfs/Doku_Zwischenbilanz_web.pdf (zuletzt geprüft: 04.06.2018)
- MBWSV NRW (2014): Stadtentwicklungsbericht 2013. Düsseldorf: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW
- MBWSV NRW et al. (Hg.) (2014): Kirche als Akteur in der Stadt- und Quartiersentwicklung in NRW. Potenziale und Strategien für zukunftsfähige Quartiere. Düsseldorf: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW. Verfügbar unter: http://www.kirche-findet-stadt.de/pdf/downloads/KfS_Doku-NRW-2014.pdf (zuletzt geprüft: 04.06.2018)
- Potz, P. (2014): Kirche findet Stadt. Soziale Quartiersentwicklung mit neuen Partnern. In: Kirche und Stadt. Magazin Innenstadt. Netzwerk Innenstadt NRW, Münster, S. 10-14
- Seidel-Schulze, A., Dohnke, J., Häußermann, H. (2012): Segregation, Konzentra-

tion, Polarisierung – Sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007 bis 2009, difu-Impulse. Berlin

- Vorhoff, K.; Beneke, D. (Hg.) (2018): Kirche findet Stadt. Zusammenleben im Quartier - Entwicklungspartnerschaften für lebenswerte Quartiere. Leitfaden. Verfügbar unter: http://www.kirche-findet-stadt.de/pdf/downloads/kfs/KfS_Leitfaden_2018.pdf (zuletzt geprüft: 04.06.2018)

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 17/2017, aktualisiert Juni 2018.

AUTOR*INNEN

Dr. Petra Potz ist Stadtplanerin mit dem Büro location³ - Wissenstransfer, Berlin. Sie betreut die Kirche findet Stadt-Transferstelle für die beiden Projektträger Deutscher Caritasverband und Diakonie Deutschland.

Kontakt

✉ potz@location3.de

Rainer Hub ist Bundesreferent der Diakonie Deutschland, Berlin. Er hat das Projekt „Kirche findet Stadt“ seitens der Diakonie Deutschland seit 2015 bearbeitet. In dem sozialpolitischen Zentrum Engagement, Demokratie und Zivilgesellschaft ist er für Freiwilliges Engagement und Freiwilligendienste zuständig. Im BBE wirkt er in Arbeitsgruppen und im Koordinierungsausschuss mit.

Kontakt

✉ rainer.hub@diakonie.de

EHRENAMT IN DER EVANGELISCHEN KIRCHE FÖRDERN: ENTWICKLUNGEN, CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN IN STRUKTUR UND KIRCHE

1. Strategische Entwicklungen von systematischer Ehrenamtsförderung in Kirche

Die Evangelischen Landeskirchen in Deutschland sind als soziale Organisationen in ihrer Kultur und Struktur durch eine langjährige Geschichte geprägt, die sich unter anderem durch einen reformatorischen Geist und die Gleichzeitigkeit etablierter Traditionen auszeichnet. Die 20 Gliedkirchen arbeiten als Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) gemeinsam an den alle Gliedkirchen betreffenden Fragen für Entwicklungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Die Evangelische Kirche in Deutschland zählt laut aktueller Statistik bei etwa 236.000 beruflich Tätigen über eine Million ehrenamtlich und freiwillig Engagierte¹.

Sie sehen sich – wie andere Verbände – gesellschaftlichen Phänomenen wie demographischen Umbrüchen, Digitalisierung, Austrittswellen und einem Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Diese Herausforderungen verlangen nach längerfristigen Strategien. Ein Zukunftsthema für die Gestaltung notwendiger Weiterentwicklungen ist die Zukunft ehrenamtlichen Engagements.

Schon 2006 hat die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) unter dem Titel „Kirche der Freiheit. Perspektiven für das 21. Jahrhundert“ ein Impulspapier veröffentlicht. Es nennt zwölf „Leuchttürme“ für die Zu-

kunftsgestaltung der Kirche. Bezeichnend für die Bedingungen der Ehrenamtsförderung sind darin zwei Punkte.

Als eines wird das freiwillige Engagement genannt. Darin heißt es, dass Ehrenamt bedeutender wird, wo die Fläche nicht mehr mit Hauptamtlichkeit versorgt werden kann. Der spezielle Beitrag der Evangelischen Kirche sei es, „die ehrenamtliche Beauftragung darin zu würdigen, dass sie gottesdienstliches Leben am jeweiligen Ort ermöglicht.“² Es beschreibt damit eine Grundthematik für evangelisches Ehrenamt: Nachlassende finanzielle und personale Ressourcen bedingen neue Engagementformen und eröffnen Chancen, führen jedoch gleichzeitig in die Konfliktlinie zwischen Haupt- und Ehrenamt.

Das Impulspapier der EKD versucht mit einem weiteren, zweiten Leuchtturm für Klarheit zu sorgen. Denn der Beruf der Pfarrerinnen und Pfarrer wird als „Schlüsselberuf der evangelischen Kirche“ benannt. In Bezug auf das Ehrenamt kommt dieser Berufsgruppe die Aufgabe der Anleitung und Begleitung zu, insbesondere im gottesdienstlichen Handeln. Das Impulspapier führt die Rollenklärung der beiden Gruppen so aus: „Pfarrerinnen und Pfarrer bleiben gleichwohl – vor allem durch ihre klar definierte Amtshandlungszuständigkeit für die Menschen in der Region – die wichtigsten Ansprechpartner,

1 Siehe https://www.ekd.de/statistik/hauptamt_ehrenamt.html

2 Kirche der Freiheit, Impulspapier der EKD, Hannover 2006, S. 68.

obschon sie nicht zu jeder Zeit und an jedem Ort zu erreichen sind.“³

Die EKD-Synode hat 2009 das Thema Ehrenamtsförderung als Zukunftsauftrag bestärkt. Zeitgleich wurde in Ökumenischen Tagungen über die nötigen Handlungsfelder und gemeinsamen Aufgaben debattiert.⁴ Aktuell führen auf dem EKD-Ehrenamts-Portal⁵ verantwortlich Leitende in den Landeskirchen online den Austausch darüber, was es zu klären gilt, wenn der Anspruch an das Zukunftsthema Ehrenamtsförderung in der Kirche strategisch gefüllt werden soll: Welche Bezeichnungen für die Engagementvielfalt sind hilfreich? Wie gelingt Ehrenamtsmanagement und -koordination in kirchlichen Strukturen? Oder wie sind diakonische und kirchlich verfasste Engagementförderung aufeinander zu beziehen und wie können sie einander bereichern?

Was sich im Impulspapier der EKD ablesen lässt, spiegelt sich in den Diskursen der Ökumenischen Tagungen, in Beiträgen im Portal und in den unterschiedlichsten Ebenen der Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen wider. Das Portal nimmt als Online-Diskurs-Plattform die Tatsache auf, dass, sowohl über Landeskirchen, als auch über Verantwortungsebenen hinweg, Menschen zur strategischen Förderung von Ehrenamt als Experten ins Gespräch kommen müssen – und das über die synodalen beschlussfassenden Verantwortlichkeiten hinaus. Diese Diskursform ist daher sinnvoll, um Entwicklungen aus verschiedenen Ebenen zu verbinden und strategisch weiterzudenken. Und doch zeigt sich die fehlende Übung im Diskurs über Landeskirchengrenzen hinweg, der auch synodale Strukturen verbinden will und über Gespräche von Fachexpertinnen

und Fachexperten hinausgeht. Ebenso wird deutlich, wie verschieden Ehrenamtsreferate in den Landeskirchen in Deutschland aufgestellt und eingebunden sind.

Trotz der EKD-Synoden (Parlamente), die gute Beispiele für gelingende Entscheidungsprozesse sind, zeigt sich, wie wichtig Ebenen übergreifende Diskurse sind. Die synodalen Entscheidungen entsprechen den in der kirchlichen Verfassung verankerten basisdemokratischen Grundgedanken, der sich von der Kirchengemeinde bis hin zu den landeskirchlichen Synoden zieht. Beteiligung Ehrenamtlicher ist so auf einer bestimmten strukturellen Ebene selbstverständlich – Anfragen daran, wie neue Formen von Engagement auf diese Strukturen bezogen werden können, greifen daher in die Grundstruktur und in das Selbstverständnis von Kirche ein.

Von innen wie von außen wird deutlich: Es muss sich etwas ändern.

Das bietet Ansatzpunkte für die partielle Umsetzung und Weiterentwicklung von Ehrenamtsförderung in den Evangelischen Kirchen durch Fortbildungen für Netzwerkarbeit im Bereich der Seniorenbildung, vernetzte Bildungsangebote, Freiwilligentage oder virtuelle Ehrenamtsportale und Ehrenamtsakademien.

2. Herausforderung der Konzeptentwicklung einer kirchenspezifischen Ehrenamtsförderung

Bei der Einführung einer strategischen Ehrenamtsförderung stehen die Verantwortlichen vor einer Reihe von Herausforderungen, wenn diese als gezielter Veränderungsprozess gestaltet wird. Ehrenamtlich Engagierte im kirchlichen Ehrenamt finden sich zunehmend einbezogen in das evangelische Spezifikum als Teil des „allgemeinen Priestertums“. Dieser Idee Martin Luthers folgend sind alle „Mitglieder“ verantwort-

3 Kirche der Freiheit, Impulspapier der EKD, Hannover 2006, S. 69.

4 Weitere Informationen zum Diskurs der Ökumenischen Tagungen auf www.wir-engagieren-uns.org

5 www.evangelisch-ehrenamt.de

lich, selbstverständlich und selbstverantwortlich Kirche mitzugestalten.

Eine Chance und Herausforderung steckt in der fortschreitenden Professionalisierung des freiwilligen Engagements. Besonders deutlich ist sie bereits in den Feldern der kirchlichen Seelsorge. Entsprechende Fortbildungskonzepte reagieren schon darauf, wie etwa in der Telefonseelsorge.

Der Blick auf die Metaebene der Organisationsentwicklung zeigt, dass innerhalb der Evangelischen Kirche bei der Einführung eines übergreifenden Ehrenamtskonzeptes Widerstände ausgelöst werden. Sie treten beispielsweise in formalen Prozessen bei rechtlichen Regelungen, aber auch auf unterschiedlichen Ebenen in subtilen personifizierten Konfliktlinien zu Tage. Auf formaler und persönlicher Ebene tragen Haupt- und Ehrenamtliche Konflikte aus, die Energie kosten und durch systematische Klärung vermieden werden könnten.

In den Veränderungsprozessen wird die Rolle der Ehrenamtlichen und der Freiwilligen in den Fokus gerückt und viel Wert auf Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements, vor allem neuer Engagierter gelegt. Dabei geraten die Hauptamtlichen und ihre Ansprüche nicht selten aus dem Blick. Sie sind es allerdings, die in der Engagementförderung in besonderer Weise gefragt sind.

Im Zuge der Professionalisierung und des Ausbaus von Hauptamtlichkeit in der evangelischen Kirche in den 1970er Jahren und in der Reaktion von Hauptamtlichkeit auf die Ehrenamtsbewegungen, beispielsweise die Akademiebewegung, die Männerarbeit im 19. Jahrhundert oder die Frauenarbeit, hat sich eine „Zielgruppenorientierte Arbeit“ in Kirche etabliert. Ehrenamtsförderung muss diese geübte Zielgruppenorientierung überwinden beziehungsweise klug einbinden.

Kirchliche Einrichtungen und Dienste stehen vor der Herausforderung, sich im Bereich der Ehrenamtsförderung vermehrt an den Interessen des Individuums zu orientieren und gleichzeitig weniger die Organisation selbst in den Fokus zu nehmen. Das ist bei einer gleichzeitigen Strukturveränderung von Kirche auf allen Ebenen (Landes-, Bezirks- und Gemeindeebene) eine besondere Aufgabe. Konkret bedeutet es, dass Ehrenamts-Biografien wahrgenommen und begleitet werden müssen, um eine Bindung von Engagierten über einen mittelfristigen Zeitraum zu sichern. Dafür fehlen derzeit noch durchgängige Modelle und Konzepte. Gerade im Übergang von Engagementbereichen in unterschiedlichen Lebensphasen wird die einzelne Person sich selbst überlassen oder steht gar im Zentrum eines für die Organisation Kirche nicht hilfreichen Konkurrenzgebarens unterschiedlicher Dienste.

Eine Ehrenamtsförderung bedeutet für die Organisation Kirche derzeit, von freien zu besetzenden Aufgaben her zu denken. Eine Orientierung an den Fähigkeiten und Bedarfen der einzelnen Engagierten wäre neu und bildet damit einen Teil der Begleitung eines lebenslangen Lernens. Dies erfordert ein Umdenken von einer rein funktionalen Ziel- und Aufgabenorientierung hin zu einer Personenorientierung, die Freiräume und Partizipation ermöglichen.

Das heißt: Auch wenn kirchliche Strukturen durch synodale Strukturen partizipativ aufgestellt sind, geben aktuelle Entwicklungen Anlass zu neuen selbstgewählten Mitmachformen. Die Engagementwelle in der Arbeit mit Geflüchteten hat die kirchlichen Begleitstrukturen zur Vernetzung aufgefordert und Engagementkulturen durch – auch glaubensungeübte – Engagierte herausgefordert. Es ist ein Beispiel für eine Engagementbewegung, die mithilfe von social media gezeigt hat, wie viel selbstorganisiert gelingen kann. Gerade diese neuen

Formen gilt es zu synodalen Strukturen in Beziehung zu setzen und Partizipationsstandards zu etablieren, die modernen Mitbestimmungsformen gerecht werden.

Vier Herausforderungen ergeben sich aus der Vielgestaltigkeit der Engagementformen in Kirche:

- Es gilt erstens Ehrenamtskoordination als Leitungsaufgabe in kirchlich gewachsenen Strukturen zu etablieren.
- Zweitens stellt eine verengende Wahrnehmung im Bereich der Verkündigung (also im Pastoralen Dienst) eine Herausforderung dar, vor allem in strukturschwachen Regionen. Dort wird die Förderung von Ehrenamt gerade beispielsweise in der Prädikantenarbeit (ehrenamtliche Verkündigungsdienst) als Verdrängung der Hauptamtlichkeit wahrgenommen.
- Drittens ist der Anstoß, der aus dem diakonischen Bereich erwächst, auf die Weiterentwicklung von Engagementförderung in die gesamtkirchlichen Entwicklungen zu beziehen.
- Und viertens ist die Aufmerksamkeit der kirchlichen Akteure auf die zivilgesellschaftlichen Partner, auf die „außen“ Aktiven, stärker als bisher zu lenken.

Ein Beispiel des Gelingens vor allem der Herausforderungen drei und vier ist die Weiterbildungskooperation der Diakonie Hamburg und der Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreise Hamburg-West-Süd-Holstein und Hamburg-Ost. Vor fast zehn Jahren auf den Weg gebracht, bieten die drei Akteure gemeinsam – im und für das Aktivoli-Landesnetzwerk - Freiwilligen-Koordinierung und Freiwilligen-Management-Kurse an.⁶

⁶ Informationen zur Bildungskooperation der Diakonie Hamburg und der Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreise Hamburg-West-Süd-Holstein und Hamburg-Ost unter www.ehrenamt-hamburg.de

Strategische Ehrenamtsförderung ist ein neues wachsendes Feld in der Kirche, in dem es gilt, die Orte der strategischen Engagementförderung zwischen Öffentlichkeitsarbeit, Organisationsberatung, Leitungsberatung und Strategieentwicklung sowie Weiterbildung zu etablieren und ihnen, neben gesetzten Ansprechpartnern, Raum zu geben. Nur selten sind Ehrenamtsstellen als Stabstelle der Leitungsorgane der Landeskirchen etabliert. Gute Beispiele dafür sind unter anderem Baden⁷ und die Ehrenamtsakademie der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau⁸.

Strategische Ehrenamtsförderung in der evangelischen Kirche fordert eine spezifische geistliche Dimension. Dies gilt nicht nur für die operationale Ebene, sondern auch die strukturelle Managementebene als Organisationsentwicklungsprozess sichtbar zu halten. Die Frage: „Welche Rolle spielt hierbei denn der Heilige Geist?“ weist auf die Vielschichtigkeit innerkirchlicher Diskurse hin, zeigt aber auch die Erwartungen an christlich geprägte Engagementförderung.⁹

Es geht darum, der unverfügbaren Wirkkraft des Heiligen Geistes in komplexen

⁷ Mehr Informationen zur Fachstelle Ehrenamtsförderung der Evangelischen Kirche in Baden unter http://www.ekiba.de/html/content/fachstelle_ehrenamt474.html

⁸ Informationen zur Ehrenamtsakademie in der Evangelischen Kirche von Hessen-Nassau unter <http://ehrenamtsakademie.ekhn.de/Startseite.html>

⁹ Der Gaben- oder auch talentorientierte Ansatz rückt derzeit stärker in den Blick. So kommen Menschen, die ein Ehrenamt suchen oder die ihr bisheriges Engagement überprüfen wollen, ihren Gaben und Talenten auf die Spur. Dazu gibt es verschiedene konzeptionelle Ansätze. Insbesondere Silke Obenauer hat mit ihrer Veröffentlichung „Vielfältig begabt – Grundzüge einer Theorie gabenorientierter Mitarbeit in der Evangelischen Kirche“ diese Entwicklung gefördert. Einen Überblick über die aktuellen Modelle bietet der Fachtag „Talentorientierung“ der Bayrischen Landeskirche (<http://www.ehrenamt-evangelisch-engagiert.de/fortbildungen-veranstaltungen>)

Strukturen zu vertrauen. Die Besonderheit des Glaubens zeigt sich im Mut, vom Vertrauten abzuweichen, Neues auszuprobieren und gegen einen inneren oder äußeren Erfolgsdruck durchzuhalten.¹⁰ Wie das für den Bereich systematische Engagementförderung gelingt, muss noch herausgearbeitet werden.¹¹ Wünschenswert wäre es zu fördern, dass aus der Komplexität der Situation eine „spirituelle Kultur“ erwächst, die gemeinsam mit einer Ehrenamtskultur so etwas wie ein spezifisch evangelisches Ehrenamt als Teil der Unternehmenskultur ins Bewusstsein rückt.

3. Anforderungen durch den Kontext anderer Akteure

Die Konkurrenz ist gut aufgestellt. Flexibles und modernes Handeln ist für die traditionsorientierte Organisation Kirche notwendig. Das zeigt auch der Blick in den aktuellen Freiwilligensurvey: Die Entwicklung des Ehrenamtes in den vergangenen fünf Jahren zeigt, nach der Verortung in Organisationsformen, einen Trend des sinkenden Anteils in Verbänden und Vereinen bei gleichzeitiger Zunahme von individuell organisiertem Engagement. Diese Entwicklung trifft die evangelischen Kirchen in Deutschland in vollem Maße und stellt die Landeskirchen vor die Frage der Zukunftsorientierung. Der Freiwilligensurvey resümiert: „Trotz sinkender Mitgliederzahlen in der evangelischen und katholischen Kirche hat das Engagement in Kirche und Religion zwischen 1999 und

10 Vgl. Isabel Hartmann/Reiner Knieling: Gemeinde neu denken. Geistliche Orientierung in wachsender Komplexität, Gütersloher Verlagshaus 2014.

11 Vgl. Michael Herbst „Von den erweckten Gründerpersönlichkeiten zu den begeisterten Gospelchören – Zur Bedeutung der Frömmigkeit für die Stärkung des Ehrenamtes“ und Eberhardt Hauschildt „Kirchliche Strategie ehrenamtlichen/freiwilligen Engagements und die ‚Theologie des Ehrenamtes‘“ Beide in epd-Dokumentation Theologie des Ehrenamtes, Nr. 21 von 2013.

2014 in Deutschland zugenommen; im Vergleich zu anderen Engagementbereichen fällt der Anstieg jedoch eher moderat aus.“¹²

Konkret bedeutet diese Entwicklung, dass sich Menschen verstärkt individuell organisierten Gruppen in ihrem freiwilligen Engagement anschließen, während Kirche als große soziale Organisation auf einem Status Quo verweilt.¹³ Unterstrichen wird diese Analyse, mit Blick auf die Zahlen der Menschen, die sich zukünftig freiwillig engagieren wollen. Mit einem Anteil von 50 Prozent der Befragten liegen hier deutliche Zuwachspotenziale für alle Engagementfelder. Der Bereich „Kirche oder religiöser Bereich“ landet in der Befragung des Freiwilligensurvey 2014 allerdings auf dem letzten Platz.¹⁴

4. Herausforderungen der Etablierung

Im Diskursportal Ehrenamt der EKD werden die Fragen der Infrastruktur neu gestellt: Welche Infrastruktur hat die Evangelische Kirche? Welche Elemente der Engagementförderung sind wo angesiedelt? Wie wird nach außen sichtbar, in wie vielen Zuständigkeiten Ehrenamtsförderung bei Kirche aufgestellt ist und Verantwortliche vernetzt miteinander arbeiten müssen.

12 Freiwilligensurvey 2014, S. 131.

13 Der größte Anstieg von Engagement wurde bei der Organisationsform „Individuell organisierte Gruppen“ mit einer Steigerung von 11% auf 16% festgestellt. (Freiwilgigensurvey 2014, S. 523).

14 Die meisten der gesellschaftlichen Bereiche haben jedoch nur ein Zuwachspotenzial von weniger als zwei Prozentpunkten. Auffällig ist das unterschiedliche Verhältnis zwischen Potenzial und tatsächlicher Abdeckung der einzelnen gesellschaftlichen Bereiche. So liegt im Bereich Sport und Bewegung sowie in Kirche oder religiösem Bereich das Potenzial bei circa eins zu zehn im Vergleich zu den tatsächlich dort Engagierten. Der Bereich Justiz oder Kriminalitätsprobleme hingegen könnte auf über das Doppelte anwachsen, sollte sein Potenzial ausgeschöpft werden. (Freiwilgigensurvey 2014, S. 170).

Soll beispielsweise ein Weiterbildungskonzept auf die Bedingungen Engagierter heute zugeschnitten werden, sind verschiedene Entscheidungsebenen und meist innerhalb von Kirche mehrere Akteure an einen Tisch zu bringen. Diese Akteure schauen nicht selbstverständlich mit dem spezifischen Engagementförderblick auf die Entwicklungen, sondern auch mit den Interessen ihrer „etablierten“ Einrichtungen. Für die einzelnen Felder sind häufig auch einzelne Leitungen verantwortlich. Mitunter formieren sich Mitentscheidende immer wieder neu.

Für die bisher noch wenigen Ehrenamtsmanagerinnen und -manager in den Landeskirchen heißt das zu prüfen:

- An welchen Stellen braucht es neue Aufgabenbeschreibungen?
- Welche Aufgabenbeschreibungen müssen mit den Inhalten der Engagementförderung immer aktuell gefüllt werden?
- Wie werden die Akteure, die unterwegs sind, mit den aktuellen Anforderungen und Entwicklungen erreicht und wie können fachliche Inhalte in die Breite gestreut werden?
- Wer entscheidet wie und mit welcher Konsequenz?
- Wie kann unter den gegebenen Machtverhältnissen eine einflussreiche Stelle zur Ehrenamtsförderung verankert werden?

Die Auflösung von Organisationsgrenzen und der flexiblere Umgang mit Engagement und Mitgliedschaft verstärken diese Fragen. Ebenso sind die Grenzen der Steuerung von Engagement gerade im Bereich der Flucht deutlich geworden.

Immer wieder bestimmen innerkirchliches Konkurrenzdenken die nötigen Reformprozesse („das sind unsere Ehren-

amtliche“) und den Rahmen für nichtgelingende Vernetzung derart, dass sie die strategische Engagementförderung auf landeskirchlicher Ebene blockieren. Die Frage „Wo beheimaten sich diese ehrenamtlich Engagierten?“ steht der systemischen Herausforderung „Für welche Formen von Zugehörigkeit sind kirchliche Angebote heute aufgestellt?“ gegenüber. Am Beispiel der Digitalisierung in Kirche wird deutlich, wie die Neugestaltung von Partizipation und die Selbstverständlichkeit von Eigenaktivität auf der einen Seite mit herausfordernden Marketingsituationen für komplexe Organisationen auf der anderen Seite verbunden sind.

5. Ausblick

Es wird deutlich, dass Organisationen wie Landeskirchen und ihre Untergliederungen in Dekanaten oder Kirchenkreisen für Engagierte unter Einbeziehung aktueller Standards klare Regelungen beispielsweise für Versicherung, den Zugang zu Räumen oder die Verwaltung von Finanzen brauchen. Mit diesem Anspruch ist gleichzeitig auch eine der wesentlichen Strukturveränderungsaufgaben angerissen, für die Engagementsförderstellen starke Leitungsmandate brauchen.

Diese umzusetzen gelingt da besonders gut, wo neben Strukturanalysen und -veränderungen auch die Entwicklung einer Organisationskultur¹⁵ in den Blick kommt. Dabei werden die notwendigen klassischen „hard-facts“ der Struktur durch

15 Mit seiner Veröffentlichung „Organizational Culture and Leadership“ begründete Edgar Schein 1985 den Begriff der Organisationskultur als neuen Ansatz in der Organisationstheorie. Schein beschreibt darin Werte, Normen und Grundannahmen, die sich aus der persönlichen Lerngeschichte der Individuen und einer Organisation ergeben. Das Dreiebenen-Modell (Artefakte, herausgestellte Werte, grundlegende Annahmen und Werte) stellt ein Instrument zur Bewertung einer Unternehmenskultur dar und bietet in der Folge Ansätze der Organisationsentwicklung.

„soft-skills“ der Ehrenamtskultur ergänzt. Denn erst dann wird deutlich, wie „Widerstände“ gegenüber Ehrenamtskoordination und -management überwunden werden können. Ob theologisch begründet, organisationsimmanent oder persönlich – erst wenn die Widerstände überwunden sind, kann Ehrenamtsmanagement in der evangelischen Kirche als Changemanagement wirken.

Erschienen im BBE-Newsletter 20/2016.

AUTOR*INNEN

Detlev Meyer-Düttingdorf, Geschäftsführer der Fachstelle Ehrenamt, Diplom-Religionspädagoge und Master of Arts, Fachrichtung Management in Social Organizations, ist als Geschäftsführer der Fachstelle Ehrenamt in der Badischen Landes-

kirche und Anlaufstelle für Ehrenamtliche und für grundsätzliche Fragen zum Ehrenamt innerhalb der Badischen Landeskirche.

Kontakt

✉ detlev.meyer-duettingdorf@ekiba.de

Dr. Kristin Junga, leitet die Arbeitsstelle Ehrenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche). Die Arbeitsstelle vernetzt Angebote zur Engagementförderung im Rahmen der Nordkirche, organisiert gemeinsame Diskurse zum Thema Engagement in Kirche und Gesellschaft und begleitet Veränderungsprozesse und Strukturwandel in der Nordkirche.

Kontakt

✉ kristin.junga@ehrenamt.nordkirche.de

JENS PETER KRUSE/ CHRISTINE SCHÖPS

SOZIALES ENGAGEMENT DER ÄLTEREN IN KIRCHE UND GESELLSCHAFT

Kirche als Ort und Motivquelle des Ehrenamtes im Alter

Viele Seniorinnen und Senioren schenken mit ihrem Engagement anderen Menschen ihr Wissen und ihre Zeit, fördern dadurch den sozialen Zusammenhalt und ermöglichen sich und anderen gesellschaftliche Teilhabe. Nicht wenige tun dies, weil sie darin eine Chance sehen, dem eigenen Leben nach der Beendigung der Erwerbsarbeit Sinn und Bedeutung zu geben.¹ Die Verfasser des Zweiten Berichtes über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements deuten den Beginn des Engagements nach dem Ausstieg aus dem Berufsleben als Kompensationseffekt.² Die Vermutung liegt nahe, dass mit der Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit der Wunsch nach Beheimatung verbunden ist.

Dass sich gerade Ältere in der Kirche stark engagieren, liegt nicht zuletzt am Altersdurchschnitt der Kirchenmitglieder. Schon heute gehören viele der Generation 60plus an. Prognosen legen nahe, dass ihr Anteil in

den nächsten Jahren rapide ansteigen wird. 2030 werden nach diesen Berechnungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 40 % der Kirchenmitglieder über 60 Jahre alt sein, in der Gesamtbevölkerung wird diese Zahl erst etwa 30 Jahre später erreicht.³ Dass die Kirchen damit die Chance des Vorreiters haben, wird leider nicht immer und überall wahrgenommen.

Nach wie vor haben die Kirchen ein ambivalentes Verhältnis zur älteren Generation. Einerseits erfahren sie „eine große Loyalität von älteren Menschen. Andererseits wird es nicht selten als ein Defizit angesehen, dass die Kirchen bei vielen Aktivitäten auf die älteren Menschen angewiesen sind.“⁴ Noch zu häufig werden die Alten nur als zu Betreuende gesehen. Dass aber die Potenziale der jungen Alten und deren Bereitschaft zum Engagement eine Chance für die Kirche ist, gerät dabei aus dem Blick. Und das, obwohl schon heute viele Aufgaben in den Kirchengemeinden ohne das Mittun der Älteren nicht mehr wahrgenommen werden könnten.⁵

1 „Der Ruhestandeffekt, das heißt die (Wieder-)Aufnahme eines Engagements nach dem Ende des Berufslebens, ist also deutlich stärker geworden.“ Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik, BMFSFJ 2017, Seite 191

2 „Durch das Ausscheiden aus dem Beruf verlieren insbesondere jene an sozialem Prestige, die zuvor in leitender oder verantwortlicher Position beschäftigt waren. Das Engagement könnte dann dazu beitragen, soziale Anerkennung zu gewinnen und den Verlust damit zumindest partiell auszugleichen.“ Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik, a.a.O. Seite 193.

3 Vgl. Interne Modellrechnungen des Statistikerats der EKD vom Februar 2011. Vgl. Interne Modellrechnungen des Statistikerats der EKD vom Februar 2011.

4 Eine neue Kultur des Alters. Altersbilder in der Gesellschaft, Erkenntnisse und Empfehlungen des sechsten Altenberichts, BMFSFJ 2010, Seite 18.

5 Der Alterssurvey führt die Zunahme des Engagements der Älteren vor allem auf folgende Entwicklung zurück: verbesserte Engagementstrukturen, Veränderung des Altersbildes, Aufwertung des ehrenamtlichen Engagements, bessere gesundheitliche Ressourcen und höhere formale Bildung der Älteren. Vgl. Clemens Tesch-Römer (Hrsg.) Altern im Wandel. Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey, Berlin 2016, Seite 81 ff.

Die Kirche ist aber nicht nur ein großer Bereich und bedeutender Ort für ein ehrenamtliches Engagement, „sie ist (auch eine) Motivquelle des Ehrenamts, die in die Gesellschaft ausstrahlt.“⁶ Christinnen und Christen, so heißt es in einer EKD-Kundgebung, „bringen sich ein in Initiativen, Gemeinwesenprojekte und Organisationen in den Bereichen Kultur und Bildung, Sozialdienste und Sport, Politik und Arbeitswelt. Sie öffnen so die Kirche für die Welt und bewahren sie damit vor Selbstgenügsamkeit und Milieuverengung.“ Dies wird durch die Sonderauswertung des vierten Freiwilligensurveys 2014 durch das Sozialwissenschaftliche Institut (SI) der EKD deutlich. Sie weist auf das überdurchschnittliche Engagement der Evangelischen hin: „Mit 48,7 Prozent sind die (landeskirchlichen) Evangelischen häufiger engagiert als der Durchschnitt der Befragten (43,6 %).“⁷ Dieser Wert liegt deutlich über dem der Konfessionslosen (36,3 %) und wird nur von den Mitgliedern der Evangelischen Freikirchen (68,2 %) übertroffen.⁸ Was übrigens abgesehen von den mindestens 75-Jährigen für alle Altersgruppen gilt. Und noch ein Unterschied fällt in der SI-Untersuchung auf: Während im Durchschnitt aller Befragten ab 65 Jahren der Anteil der Männer (39,6 %) um ca. 10 % höher ist, als der der Frauen (29,7 %), engagieren sich in den Kirchengemeinden vor allem (ältere) Frauen.

6 Synode der EKD, Beschluss zur Kundgebung zum Schwerpunktthema: Ehrenamt. Evangelisch. Engagiert, Seite 1 (im Original ohne Seitenangabe) 2009.

7 Petra-Angela Ahrens, Evangelische Kirche ist Plattform und Motor für zivilgesellschaftliches Engagement – Sonderauswertung des vierten Freiwilligensurveys 2014, in: eNewsletter Wegweiser bürgergesellschaft.de der Stiftung Mitarbeit vom 26.4.2017, Seite 2.

8 Auf den Zusammenhang zwischen Kirchenbindung und ehrenamtlichem Engagement weist auch die Generali Altersstudie 2017 hin. Neben Bildung, Gesundheit und soziale Kontakte hat die Kirchenbindung einen großen Einfluss auf die Bereitschaft zum Engagement. Generali Altersstudie 2017, Heidelberg 2017, Seite 82.

Das Engagement der Älteren wächst

Zu den auffälligsten Ergebnissen des Freiwilligensurveys der Jahre 1999 bis 2014 gehört der besonders starke Anstieg der Engagementquote der Älteren. Schon in dem Freiwilligensurvey 2009 wurden die Steigerungsraten der älteren Generation als der „auffälligste und interessanteste Trend“ bezeichnet.⁹ Dass diese Entwicklung keine „Eintagsfliege“ ist, zeigt die Sonderauswertung des vierten Freiwilligensurveys 2014 durch das SI. In allen Altersgruppen ab dem 60sten Lebensjahr ist der Anteil der ehrenamtlich Tätigen noch einmal deutlich angestiegen: in der Altersgruppe 60 bis 64 Jahre von 32 % im Jahre 1999 auf 36 % im Jahre 2009 und 46 % im Jahr 2014. Noch deutlicher war der Anstieg in der Altersgruppe 65 bis 69 Jahren. Waren hier 1999 nur 29 % ehrenamtlich aktiv, so waren es im Jahr 2004 bereits 37 % und im Jahr 2014 sogar 44 %. Eine ähnliche Steigerung ist in der Altersgruppe der 70- bis 74-Jährigen zu beobachten: von 24 % im Jahr 1999, auf 30 % im Jahr 2004 und 40 % im Jahr 2014. Erst bei den mindestens 75-Jährigen sinkt die Beteiligungsquote ab. Doch selbst hier waren im Jahr 2014 mit 26 % deutlich mehr ehrenamtlich engagiert als in den Jahren 1999 (17 %) und 2004 (20 %).¹⁰ Bedenkt man, dass in dieser Altersgruppe auch die inzwischen stark steigende Kohorte der Hochaltrigen ab 85 Jahren mit berücksichtigt sind, deren gesundheitliche Situation oft eine ehrenamtliche Tätigkeit nicht mehr zulässt, und auch Altersgrenzen ein Engagement der

9 Der Alterssurvey führt die Zunahme des Engagements der Älteren vor allem auf folgende Entwicklung zurück: verbesserte Engagementstrukturen, Veränderung des Altersbildes, Aufwertung des ehrenamtlichen Engagements, bessere gesundheitliche Ressourcen und höhere formale Bildung der Älteren. Vgl. Clemens Tesch-Römer (Hrsg.) Altern im Wandel. Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey, Berlin 2016, Seite 81 ff.

10 Petra-Angela Ahrens, a.a.O., Seite 2.

über 75-Jährigen verhindern¹¹, ist dies eine sehr beachtliche Zahl. Dies erklärt auch, warum der Anteil der Personen mit Leitungs- und Vorstandstätigkeiten im freiwilligen Engagement bei den Älteren ab 65 Jahren mit 29,9 % geringer ist als in der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen (33,2 %). Doch selbst die über 65-Jährigen liegen trotz des Rückgangs noch über dem Durchschnitt der Befragten (27,5 %).

Interessen- und Gemeinwohlorientierung gewinnen an Bedeutung

Interessant ist die in der Sonderauswertung des SI vorgenommene Darstellung der Bereiche des Engagements der Evangelischen in den verschiedenen Altersgruppen.¹² Dabei fällt auf, dass die über 60-Jährigen 2014 überproportional in sozialen Aufgabenfeldern (20 % gegenüber ca. 10 % der 30- bis 59-Jährigen) tätig waren. Auch in den Bereichen „Kultur und Musik“ wie auch „Kirche und Religion“ und „Freizeit und Geselligkeit“ erzielten sie, wenn auch nur leicht, höhere Werte als alle anderen Altersgruppen. Lediglich in den Bereichen „Sport“, „Schule“ und „Jugendarbeit“ sind die Älteren seltener aktiv als die Jüngeren.

Ebenfalls interessant ist, was der Vierte Freiwilligensurvey 2014 über die Motive des Engagements aussagt.¹³ Danach ist der Motivwandel im Ehrenamt inzwischen

auch bei den Älteren angekommen.¹⁴ Auch die älteren Menschen ab 65 Jahren stimmen mit 93,7 % „voll oder eher“ der Aussage zu, dass ihnen ihr Engagement Spaß macht. Damit erreichen sie Punktgenau den Durchschnittswert für alle Befragten. Schaut man sich dagegen die Werte für „Mit anderen Menschen zusammenkommen“ (86,7 %), „Gesellschaft mitgestalten“ (81,6 %) und „Mit anderen Generationen zusammenkommen“ (85,7 %) genauer an, fällt auf, dass die Älteren bei diesen Motivgruppen über dem Durchschnitt der Befragten liegen. Die Motive „Qualifikationen erwerben“, „Ansehen und Einfluss gewinnen“, „Beruflich vorankommen“ oder „Dazuverdienen“ spielen bei ihnen dagegen nur eine untergeordnete Rolle.

Auf die wachsende Bedeutung des karitativen Aspektes für Ältere weist auch die Sonderauswertung des Dritten Freiwilligensurveys 2009 für die evangelische Kirche durch das SI hin.¹⁵ Die Studie unterscheidet drei Motivationstypen freiwilliger Tätigkeit: Gemeinwohl-, Interessen- und Geselligkeitsorientierung. Sie stellt fest: Die Anteile der drei Motivationstypen haben sich zwischen 1999 und 2009 unter den in der evangelischen Kirche Engagierten besonders stark verändert: Gemeinwohl- und Interessenorientierte nehmen zu, der Anteil der Geselligkeitsorientierten ist rückläufig. Beim Engagement der Evangelischen außerhalb der Kirche hat bei Gemeinwohlorientiert um

11 In vielen Landeskirchen dürfen z. B. 70-Jährige ein Ehrenamt als Mitglied im Kirchenvorstand, als Prädikant oder Lektor nicht mehr ausüben. In vielen Landeskirchen dürfen z. B. 70-Jährige ein Ehrenamt als Mitglied im Kirchenvorstand, als Prädikant oder Lektor nicht mehr ausüben.

12 Petra-Angela Ahrens, a.a.O., Seite 3.

13 Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zusammenfassung zentraler Ergebnisse des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys, BMFSFJ 2016, Seite 40.

14 Gemeint ist der von Helmut Klages postulierte Wertewandel von den Pflicht- und Akzeptanzwerten zu Selbstentfaltungswerten: die Suche nach dem Ich-Erlebnis, eigene Fähigkeiten und Kenntnisse einbringen und weiterentwickeln, sich selbst aktiv halten, interessante Leute kennen lernen und Spaß haben wollen. (Vgl. Helmut Klages, Traditionsbruch als Herausforderung. Perspektiven der Wertewandelgesellschaft, Frankfurt 1993).

15 Stephan Seidelmann, Evangelische engagiert – Tendenz steigend. Sonderauswertung des dritten Freiwilligensurveys für die evangelische Kirche, SI, Hannover 2012, Seite 17ff.

6 % und bei den Interessorientiert um 3 % zugenommen, das Motiv Geselligkeit hat dagegen deutlich an Bedeutung verloren (von 36 % auf 27 %). Auffallend ist das Engagementmotiv der Evangelischen in der Kirche. Fast die Hälfte der Evangelischen bringt sich hier ein, um anderen zu helfen und etwas für das Gemeinwohl zu tun.¹⁶ Es scheint, dass es den „Ehrenamtlichen in der Kirche ... deutlich wichtiger (ist), sozial Benachteiligten zu helfen, als das Leben in vollen Zügen zu genießen.“¹⁷ Das wird auch daran deutlich, dass die Gemeinwohlorientierten in der Regel mehrere Tätigkeiten wahrnehmen und erheblich mehr Zeit aufwenden, als andere Freiwillige. Diese Entwicklung ist auch bei den Älteren zu beobachten. Hier fällt besonders der starke Anstieg des interessen geleiteten Engagements auf (von 24 % auf 35 %) wie auch der Bedeutungsverlust von Geselligkeit (von 35 % auf 27 %). Typisch für die ehrenamtliche Tätigkeit ist schließlich auch, „dass ältere Personen stabiler einem einmal bestehenden Engagement nachgehen, als jüngere Personen“.¹⁸

Alte Menschen engagieren sich laut Freiwilligensurvey 2009 im Vergleich zur Gesamtgesellschaft sehr viel stärker für ältere Menschen, also für Menschen der eigenen Altersgruppe: Junge Alte 11 %, Ältere 29 % und Hochbetagte 38 %. Aber bereits an zweiter Stelle folgt bei ihnen das Engagement für Kinder und Jugendliche: Junge Alte 21 %, Ältere 12 % und Hochbetagte 10 %.¹⁹ Auf diese Weise trägt das Engagement der Älteren sowohl zur

intergenerationellen wie auch zur intragenerationellen Gerechtigkeit bei. Im Letzteren konkretisiert sich die Beteiligungsgerechtigkeit: „Ältere Menschen beteiligen sich im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten und im Kontext entsprechender Rahmenbedingungen an der Erbringung der Solidarität, ältere Menschen partizipieren aber genauso als Empfänger an eben dieser Solidarität.“²⁰

Konsequenzen für die Seniorenarbeit in der Kirche

Viele Kirchengemeinden nehmen heute die jungen Alten stärker in den Blick, um die klassischen Betreuungs- und Versorgungsangebote der Kirchengemeinden für die Älteren zu ergänzen. Denn seniorenfreundlich ist eine Gemeinde, die nicht nur die Bedürftigen versorgt, sondern den alten Menschen Raum bietet für Partizipation und Mitverantwortung. Sie tut dies, weil durch Teilhabe erlebbar wird, für andere Bedeutung zu haben, von ihnen wahrgenommen, anerkannt und wertgeschätzt zu werden. Wo die Chance dazu verweigert oder entzogen wird, ist die Würde des Menschen beeinträchtigt. Ältere Menschen mit einer Gemeinwohlorientierung wollen teilhaben, sich nützlich machen, ihre Fähigkeiten und Kompetenzen einbringen können und darin einen Lebenssinn entdecken. Letztlich braucht „jeder Mensch ... eine Tagesdosis an Bedeutung für andere, damit er weiß, wofür er eigentlich noch lebt“ (Klaus Dörner).²¹ Nach diesem Verständnis speist sich das

16 46 % nehmen gemeinwohlorientierte Aufgaben wahr, 33 % interessenorientierte und nur noch 21 % geselligkeitsorientierte. (Stephan Seidelmann, a.a.O., Seite 19).

17 Stephan Seidelmann, a.a.O., Seite 23.

18 Clemens Tesch-Römer (Hrsg.) Altern im Wandel, a.a.O. Seite 91.

19 Monitor Engagement. Wie und wofür engagieren sich ältere Menschen, Ausgabe 4, BMFSFJ 2011, Seite 14.

20 Ursula Nothelle-Wildfeuer, Arbeit und Ehrenamt – Beteiligungsgerechtigkeit im Alter, In: Stephan Ernst (Hrsg.), Alter und Altern, Herausforderungen für die theologische Ethik, Fribourg 2016, Seite 163.

21 Klaus Dörner, Isabella Müller, Gepflegt alt werden. <https://chrismon.evangelisch.de/artikel/2010/1358/gepflegt-alt-werden-aber-wo> ; vgl. auch Klaus Dörner, An den Potenzialen des Alters geht kein Weg vorbei – Das Dilemma unseres Sozialsystems, in: Potenziale des Alters, Statements und Beiträge zum EAFA – Symposium 2004, S.22.

Ehrenamt aus einem „altruistischen Individualismus“, der die legitime Gleichzeitigkeit von Gewinn für sich selbst im Tun für andere betont.

Dass Fähigkeiten und Kompetenzen Geschenke sind, die zur Aufgaben werden wollen, hat die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der EKD (EaFA) bereits 2003 mit dem Satz „Gott schickt nicht in Rente“ zum Ausdruck gebracht. In diesem Slogan drückt sich die Einsicht aus, dass christliches Engagement als eine Gabe zu verstehen ist, die ihr Gravitationszentrum im anderen und nicht in der eigenen Persönlichkeit sieht.

Der damit verbundene Paradigmenwechsel in der kirchlichen Seniorenarbeit, hat sich in vielen Kirchengemeinden bereits vollzogen. War früher die zentrale Frage der kirchlichen Seniorenarbeit: „Was kann, was muss die Gemeinde für die Alten tun?“ So wird heute auch gefragt: „Was können die Alten für das Zusammenleben der Menschen in der Gemeinde tun?“ „Künftig wird sich die (evangelische) Altenarbeit daran messen lassen, ob und inwieweit sie einen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration älterer Menschen liefert, die Beteiligung der Betroffenen sicherstellt, ihre Solidarität stärkt und latente Produktivitätspotenziale älterer Menschen fördern hilft.“²² In diesem Sinn möchte eine am Gemeinwohl orientierte Seniorenarbeit die Potenziale des Alters für die Gesellschaft nutzbar machen und das bürgerschaftliche Engagement Älterer stärken. Indem sie dies tut, fördert sie zugleich das Wohlbefinden, die Gesundheit und die Lebensqualität der Betroffenen.

Doch nicht alle, die aus dem Berufsleben ausscheiden, wollen sich sofort wieder in

²² Vgl. Gerhard Naegele, Aktuelle Herausforderungen vor Ort – ein Überblick, in: Demokratie konkret – Kommunale Seniorenpolitik, Gütersloh 2012, Seite 17 f.

Vorhaben einbinden lassen. Viele wollen eigenen Interessen nachgehen, Selbstverantwortung leben, neue Kenntnisse erwerben oder Erfahrungen vertiefen. Diesen Interessenorientierten dient die Selbstorganisierte Seniorenarbeit. Die Aufgabe der Kirchengemeinde besteht hier im Wesentlichen darin, älteren Menschen Raum zu geben und sie darin zu unterstützen, ihre Interessen und Bedürfnisse eigenständig zu organisieren. Das Ziel einer selbstorganisierten Seniorenarbeit ist es, Gelegenheitsstrukturen zu schaffen, um Eigenständigkeit und Sozialkompetenz zu fördern wie auch Teilhabe und Engagement zu erleichtern – weniger die Nutzung der Potenziale des Alters für die Gemeinde. Und doch führt auch diese Form der Seniorenarbeit zu einem Engagement im Sozialraum. Denn die Entwicklungsstufen der sich so gebildeten Gruppen verlaufen in der Regel in folgenden Stufen: Ich für mich – ich mit anderen für mich – ich mit anderen für andere – andere mit anderen für mich.²³

Raum geben für eine sich selbst organisierende Altenarbeit erfordert von der Kirchengemeinde eine Haltung der Uneigennützigkeit. Die vorrangige Frage ist letztlich nicht, ob die Kirchengemeinde dadurch einen Gewinn hat, sondern, wie sie dazu beitragen kann, dass ältere Menschen im Ort oder Quartier besser leben können. Paradoxe Weise wirkt sich diese Haltung der Uneigennützigkeit in aller Regel positiv aus. Das zeigt ein Blick in die Geschichte.²⁴ Christliche Gemeinden mussten sich dann weniger um ihre Zukunft sorgen, wenn sie nahe bei den Menschen waren. Mit Worten aus der fünften EKD-Erhebung über Kirchenmit-

²³ Vgl. Sylvia Kade, Altern und Bildung. Eine Einführung, Bielefeld 2009, Seite 121ff.

²⁴ Vgl. Uta Pohl-Patalong, In: Unterwegs als Nachbarn. Ein Reisekoffer. Diakonie Hessen (Hrsg.) Frankfurt 2017.

KRUSE/SCHÖPS: SOZIALES ENGAGEMENT DER ÄLTEREN

gliedschaft: „Wie die Daten zeigen, scheint eine entsprechende Gruppenzugehörigkeit über längere Zeit die religiöse Bindung zu stärken. Wenn man diese Beobachtung mit der Diskussion zu ›niederschwelligen Angeboten‹ und dem Argument der strukturellen Offenheit für solche Freiwilligen-Gruppen zusammenbringt, dann spricht einiges dafür, dass die evangelische Kirche hier ihre Anstrengungen eher verstärken als reduzieren sollte.“²⁵

Fazit

Die Kirche kann also mit den jungen Alten wachsen – auch mit den „religiös unmusikalischen“ unter ihnen. Die jungen Alten sind ein Zukunftspotenzial für die Kirche, ein Schatz, den es allerdings noch zu heben gilt. Das Engagement dieser Gruppe ist al-

²⁵ Vernetzte Vielfalt. Kirche angesichts von Individualisierung und Säkularisierung, Die fünfte EKD-Erhebung über die Kirchenmitgliedschaft, Heinrich Bedford Strohm und Volker Jung (Hrsg.), Gütersloh 2015, Seite 300.

lerdings nicht mehr selbstverständlich. Will die Kirche die jungen Alten erreichen, muss sie sich dieser Zielgruppe aktiv mit für sie attraktiven Angeboten zuwenden. Denn das Engagement und die Bindung der jungen Alten in der Kirche sind nicht (mehr) selbstverständlich. Der Satz „Mit dem Alter kommt der Psalter“ hat seine Gültigkeit zumindest für die Jungen Alten verloren.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 16/2018.

AUTOR*INNEN

Für die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der EKD:

Jens Peter Kruse, Vorsitzender der EAfA, Hannover.

Christine Schöps, stellv. Vorsitzende der EAfA, Haßloch/Pfalz.

Kontakt

✉ eafa@ekd.de

JOHANNA FLIERL/ DR. KRISTIN JUNGA

WERTSCHÄTZUNGSKULTUR IN DER EVANGELISCHEN KIRCHE – ANSPRUCH, AUFTRAG UND AUFGABE

1. Wertschätzen und Anerkennen – Anspruch

Anerkennung ist ein menschliches Grundbedürfnis, ohne sie ist es unmöglich zu leben. Deshalb ist Anerkennung im Ehrenamt (und auch im Beruf) eine wichtige Voraussetzung, damit Zufriedenheit entsteht. Bei der Anerkennung geht es nicht nur um das An-Erkennen der geleisteten Arbeit sondern um das Erkennen, das Sehen, Wahrnehmen und Ernstnehmen der Person, die dahinter steht.

Insbesondere im Blick auf den Wandel im Ehrenamt ist deshalb eine Anerkennungs- und Wertschätzungskultur für die Arbeit von Ehrenamtlichen und Freiwilligen wichtig.

Als Kirche wurden wir – auch durch die Entwicklungen der Engagementförderung in den vergangenen zwanzig Jahren – neu aufmerksam gemacht auf das, was eines unser Markenzeichen genannt werden kann, denn: Anerkennung entspringt einer liebenden, wertschätzenden Grundhaltung, die den anderen Menschen als einen von Gott geliebten Menschen versteht. Unabhängig von Status, Leistung, Geschlecht, sexueller Orientierung, Einschränkung, Nationalität, Krankheit, Behinderung oder Alter ist sie die Basis für ein gutes Miteinander. Aus dieser wertschätzenden Haltung erwachsen viele Zeichen gegenseitiger Anerkennung. Sie macht, dass Ehrenamtliche und Berufliche gerne arbeiten und eigene Fähigkeiten kreativ ausschöpfen. Wertschätzung

heißt, den Blick auf die Gaben des anderen zu richten, nicht auf seine „Fehler“. Das bedeutet nicht, dass es keine Kritik geben darf. Denn gerade konstruktive Kritik kann zeigen, dass die Person und ihre Aufgaben ernstgenommen werden und wichtig sind.

Anerkennung hat viele Ausdrucksformen. Sie zeigt sich in den Grundformen von Höflichkeit wie z. B. Tür aufhalten, ungeteilte Aufmerksamkeit schenken, sorgsam mit der Zeit des anderen umgehen oder in einer unterstützenden Geste (z. B. beim Aufräumen helfen). Aber es geht auch darum, das Denken, Fühlen, Handeln und Reden des Anderen ernst zu nehmen, selbst dann, wenn man eine andere Meinung vertritt.

Anerkennung im „Gießkannenprinzip“ ist kontraproduktiv. Sie darf nicht mit Lob verwechselt werden. Lob ist zwar eine anerkennende Äußerung, aber ein Lob stellt einen Hierarchieunterschied zwischen dem Lobenden und dem/ der Belobigten her und damit gerade in der Zusammenarbeit von beruflich und ehrenamtlich Arbeitenden auch eine Schiefelage.

2. Theologische Wurzeln der Anerkennung im Miteinander – Auftrag

Der Evangelischen Kirche liegt Anerkennung und Wertschätzung besonders nahe, denn jedes Geschöpf Gottes ist wertvoll und verdient Wertschätzung. Jeder Mensch hat zudem besondere Gaben und

Fähigkeiten. Diese sind unterschiedlich, aber gleichwertig. Einen Menschen ehrlich anzuerkennen, heißt, sich dessen Fähigkeiten bewusst zu machen.

Dieses Verständnis beruft sich auf einen Ausschnitt aus der Bibel in dem Paulus in Korinth das Zusammensein von Gemeinde beschreibt als einen Leib mit vielen Gliedern. Die Gemeinde, der Leib, setzt sich aus unterschiedlichen Gliedern (ehrenamtlich und beruflich Mitarbeitenden und Mitgliedern) zusammen. Diese Glieder haben verschiedene, sich insgesamt ergänzende Aufgaben und Funktionen. Sie ergänzen einander und niemand braucht alles zu können.

Das theologische Verständnis entspricht den neuen Ansätzen in Ehrenamtskoordination und -management, die für die Gewinnung und Begleitung vermehrt auf Talentorientierung und -förderung sowie mehr Beteiligung und Mitsprache setzen.

3. Aufgabe für die Zusammenarbeit von beruflich und ehrenamtlich Mitarbeitenden

Eine große, repräsentative Untersuchung der Ehrenamtlichkeit in der bayerischen Landeskirche¹ aus 2012 bestätigt die Bedeutung der Wertschätzung für Ehrenamtliche. Die Wertschätzung durch Hauptberufliche steht an dritter Stelle der gewünschten Rahmenbedingungen. Und knapp 84 Prozent derer, die sich Wertschätzung wünschen, erhalten sie.

Die Wertschätzung durch die Zielgruppe steht bei den gewünschten Rahmenbedingungen auf Platz sechs von 29 und ist damit ebenso ein wichtiger Teil des Engagements.

1 Hrsg.: Amt für Gemeindedienst | Ulrich Jakubek: EHRENAMT SICHTBAR MACHEN – Evaluation der Ehrenamtlichkeit in ELKB und deren Konsequenzen, 2015, Nürnberg.

In einer erneuten Untersuchung in 2017 wird darüber hinaus nach der Wertschätzung durch andere Ehrenamtliche gefragt werden. Obwohl in der evangelischen Kirche ein großer Anteil beruflicher Ansprechpartner vorhanden ist (im Vergleich zu anderen Organisationsformen²), ist auch gegenseitige Wertschätzung von Ehrenamtlichen wichtig. Zumal Ehrenamtliche in vielen Bereichen der kirchlichen Arbeit die Aufgabe der Ehrenamtskoordination zum Teil qua Amt wahrnehmen, zum Beispiel als Kirchenvorsteher/innen oder im Kirchengemeinderat.

Im Portal Ehrenamt der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland)³ werden derzeit aktuelle Themen des Ehrenamtes und seiner Bedeutung in der Kirche diskutiert. Ein hoch diskursives Feld ist der Themenstrang zwischen Beruflichkeit und Ehrenamtlichkeit. Welche Rollen spielen Ehrenamt und Beruflichkeit in Kirche im Blick auf sich wandelndem Partizipationsverhalten, dem Strukturwandel in der Ehrenamtlichkeit, rückgängiger Abschlusszahlen in den Pastoralen Berufsgruppen. Beruflichkeit und Ehrenamtlichkeit scheinen mitunter wie Bruder und Schwester in einem Aufmerksamkeits-Kampf zu stecken. Der Hinweis aus der Ehrenamtskoordination, dass Berufliche für die Anerkennung zuständig sind, trifft auf die Bedingungen in Kirche nur unzureichend zu, wirkt aber stark und verschleiert an einigen Stellen die mögliche Rollenflexibilität.

Interessant ist die Untersuchung der ELKB (Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern) auch im Blick auf die Dankeskultur. „Dankesagung“ steht an erster Stelle der erfüllten Rahmenbedingungen. Sie steht zudem an erster Stelle in der Kombination aus erfüllt, aber nicht erwünscht (knapp 26 Prozent

2 Vgl. Freiwilligensurvey 2014, Seite 524 f. (Langfassung).

3 www.evangelisch-ehrenamt.de

der Befragten). Daraus lassen sich verschiedene Deutungen ableiten: Entweder die Ehrenamtlichen erhalten zu viel Dank (Überschüttung mit Dankesworten ist kontraproduktiv), sie möchten nicht bedankt werden („Das ist doch nicht nötig ...“), sie lehnen die Form des Dankens ab (individuelle Anerkennung vs. für alle gleich) oder für ihr Tun ist Ihnen ein Dank nicht wichtig.

4. Besondere Preiskultur als ein Beispiel der Anerkennung

Anerkennung macht etwas sichtbar. Und dafür sind auch öffentliche Verleihungen hilfreiche Instrumente. Indem Ehrungen auf die Bedarfe medialer Sichtbarkeit und des ehrlichen Gesehenwerdens angepasst werden, dienen Sie den Engagierten, aber auch der Strukturverbesserung und der Orientierung. Ein gelungenes Beispiel ist der Ehrenamtspreis der ELKB.

Seit 2010 verleiht sie einmal im Jahr einen Ehrenamtspreis an besonders eindrückliche, ehrenamtlich getragene Projekte. Die Ausschreibung und Auswahl erfolgt durch den Fachbeirat Ehrenamt, ein Gremium der ELKB, das sich je zur Hälfte aus Hauptberuflichen und Ehrenamtlichen zusammensetzt und die Aufgabe hat, Ehrenamt in der ELKB zu fördern.

Die ELKB ist mit rund 2,4 Millionen Gemeindegliedern in 1538 Kirchengemeinden die drittgrößte evangelische Landeskirche in Deutschland. Ihr Gebiet ist fast deckungsgleich mit dem Bundesland Bayern. In der ELKB engagieren sich rund 160.000 Menschen ehrenamtlich. Entgeltlich beschäftigt sind rund 28.000 Männer und Frauen sowie knapp 2500 Theologinnen und Theologen.

Der Fachbeirat Ehrenamt dankt mit der Verleihung des Ehrenamtspreises einigen ehrenamtlichen Mitarbeitenden exem-

plarisches, rückt Projekte in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit und ermöglicht durch das Preisgeld in Höhe von 1000 € ausgewählten Projekten eine selbstgewählte Investition. So rückt die Vielfalt des ehrenamtlichen Engagements in der ELKB ins öffentliche und kirchliche Bewusstsein und so kann der Preis dazu beitragen, die Rahmenbedingungen ehrenamtlichen Engagements regelmäßig zu bedenken und gegebenenfalls zu verbessern. Durch einen umfangreichen Fragebogen in der zweiten Bewerbungsphase erhalten Projekte und Gruppen die Gelegenheit, im Arbeiten an den Fragen, sich ihrer eigenen Stärken und Gelingensfaktoren bewusst zu machen, also auch sich selbst und die Menschen in ihrer Gruppe gezielt wertzuschätzen.

Nicht alle Projekte und Angebote, die in der ELKB Raum finden, werden ausgezeichnet. Das liegt in der Natur des Preises. Alle Bewerberinnen und Bewerber finden sich jedoch auf einer interaktiven Landkarte⁴ wieder, auf der die Projekte der vergangenen Jahre kurz vorgestellt werden. So wird auch das Engagement in der Fläche der bayerischen Landeskirche sichtbar und gewürdigt.

Bei der Auswahl der Preisträger achtet der Fachbeirat Ehrenamt unter anderem darauf, dass die Projekte hilfreiche Anregungen für andere bieten und darin Vorbild sein können. Immer wieder werden auf diese Weise Preisträger-Projekte in andere Regionen überführt.

Die Preisverleihung findet immer um den internationalen Tag des Ehrenamts (5. Dezember) statt. Das macht deutlich, dass kirchliches Ehrenamt eingebunden ist in ein Netzwerk bürgerschaftlichen Engagements weit über kirchliche und diakonische Grenzen hinaus.

⁴ <http://www.ehrenamt-evangelisch-engagiert.de/ehrenamtspreis/landkarte/>

Besonders ist dem Preis das Prinzip der Zweistufigkeit: in einer ersten Phase wird man vorgeschlagen, in der zweiten erhält man dann einen Bewerbungsbogen und bewirbt sich aktiv selbst mit umfangreicher Reflexionsmöglichkeit. Das ist herausragend, fand die Nordkirche und übernahm diese Zweistufigkeit bei der Entwicklung des Initiativ-Preises der Landessynode. Am 3. März 2017 verleiht sie erstmals den Initiativ-Preis Nordstern im Rahmen ihrer Landessynode zum Thema Initiativen zur Arbeit mit Geflüchteten. „Wir freuen uns über diese Gelegenheit, ehrenamtliches Engagement in guter Zusammenarbeit mit beruflich Engagierten auf diese Weise sichtbar zu machen und danken den Bayern, dass wir an diese Idee anknüpfen konnten“, sagt Dr. Andreas Tietze, Präses der Landessynode der Nordkirche.⁵

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 25/2016.

⁵ Mehr Informationen zum Initiativpreis der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland unter <https://www.nordkirche.de/portal-der-landessynode/initiativpreis-nordstern/>

AUTORINNEN

Johanna Flierl ist Referentin für Ehrenamt im Amt für Gemeindedienst der ELKB (afg), in der Geschäftsstelle des Fachbeirats Ehrenamt ist sie zudem u.a. für die Organisation des Ehrenamtspreises zuständig. Das Amt für Gemeindedienst ist mit der Bearbeitung und Vernetzung des Themas Ehrenamt in der ELKB beauftragt und hat die Geschäftsführung des Fachbeirats Ehrenamt inne.

Kontakt

✉ johanna.flierl@afg-elkb.de

Dr. Kristin Junga, leitet die Arbeitsstelle Ehrenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche). Die Arbeitsstelle vernetzt Angebote zur Engagementförderung im Rahmen der Nordkirche, organisiert gemeinsame Diskurse zum Thema Engagement in Kirche und Gesellschaft und begleitet Veränderungsprozesse und Strukturwandel in der Nordkirche.

Kontakt

✉ kristin.junga@ehrenamt.nordkirche.de

HEIKE VON BASSEWITZ

WERTSCHÄTZUNGSKULTUR IN DER JÜDISCHEN GEMEINSCHAFT IN DEUTSCHLAND

Das freiwillige Engagement, d. h. ohne entsprechende Gegenleistung präsent sein für andere Menschen, ist vor dem Hintergrund der „Zedaka“, des jüdischen Wohlfahrtsprinzips zu sehen. Die „Zedaka“, Leitbild der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST), hat sich im Judentum zu einer allgemeingültigen Bezeichnung für Wohltätigkeit entwickelt.¹ Sie wird als ein Gebot zum Schutz der Benachteiligten begriffen, mehr noch, sie ist eine „Mitzwa“, eine Pflicht, die von jedem Juden erfüllt werden muss. Dazu gehören ehrenamtliche Aktivitäten in den Gemeinden, denen oft die erforderlichen Ressourcen fehlen, um ein umfassendes Angebot für ihre Gemeindemitglieder bereitzustellen. Sei es die Leitung eines Seniorenklubs, die Unterstützung der Sozialberatung, sei es die Organisation eines Jugendzentrums, seien es die religiösen und sozialen Dienste einer „Bikkur Cholim“ (Krankenbetreuung) oder einer „Chewra Kadisha“ (Beerdigungsbruderschaft), die zur Grundstruktur jeder jüdischen Gemeinde gehören. Auch die zertifizierten Schulungen für ehrenamtliche Demenzbegleiter stoßen auf zunehmendes Interesse. Die Förderung des Ehrenamtes im Bereich der Seniorenarbeit dient der Stabilisierung von Strukturen in den jüdischen Gemeinden, in denen die Generation der über 60-Jährigen mittlerweile 47 % umfasst. Freiwillige Aktivitäten im Bereich

der Jugendarbeit sind unentbehrlich für die Nachwuchsförderung und eröffnen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung Perspektiven für die zukünftige Gemeindeflandschaft.

Die gut besuchten Seminarreihen der ZWST zur Gründung, Leitung und täglichen Praxis der Bikkur Cholim und Chewra Kadisha zeigen beispielhaft, wie hoch Interesse und Bedarf sind, in diesen Bereichen ehrenamtlich aktiv zu sein. Diese Seminare vermitteln praktisches Wissen zum Aufbau, Organisation und Führung von Gruppen, beinhalten aber auch die Weitergabe jüdischer Religion und Tradition als Basis der ehrenamtlichen Krankenbetreuung sowie der Beerdigungsbruderschaft. Die ZWST versteht dieses Angebot auch als Würdigung und Anerkennung eines Engagements, was belastend sein kann, eine gewisse innere Balance voraussetzt und immer wieder Distanzierung erfordert. Dies gilt ebenso für die Tätigkeit als Demenzbegleiter, für die Mitarbeit in den von der ZWST initiierten Angeboten für Überlebende des Holocaust oder auch im Bereich der Arbeit mit Menschen mit Behinderung.

Die Fortbildungen dienen in erster Linie der Wissensvermittlung, Schulung und Training und bilden ein Forum für Kontakt und Austausch. Gleichzeitig bieten sie psychologische Unterstützung und verdeutlichen den Teilnehmern den hohen Wert ihrer vielfältigen Aktivitäten.

¹ „Zedek“, hebr.: Recht oder Gerechtigkeit

„Dankeschön-Nachmittage“ für Ehrenamtler

Über 400 Teilnehmer in Bochum, Stuttgart und Frankfurt/Main, Hamburg und München

Die jüdischen Gemeinden und die ZWST wären heute nicht so breit aufgestellt, wären da nicht die vielen Ehrenamtlichen, die die Fortbildungen der ZWST besuchen und in den Gemeinden als Multiplikatoren wirken.

Im Rahmen ihres 100-jährigen Jubiläums war es daher der ZWST ein Anliegen, mit einem besonderen Event den freiwillig Engagierten ihren Dank auszusprechen und ihr Engagement zu würdigen. Dieses Angebot richtete sich an Teilnehmer der ZWST-Seminare für Ehrenamtliche, die in ihren Gemeinden aktiv sind. Darüber hinaus sollten auch aktive Ehrenamtler angesprochen werden, die die Gemeindearbeit unterstützen, aber bisher das Fortbildungsangebot der ZWST noch nicht genutzt haben. Sie sollten motiviert werden, vom vielfältigen Seminarangebot der ZWST zu profitieren. Initiiert und organisiert von Jutta Josepovici, Leiterin des ZWST-Sozialreferates, in Kooperation mit den jüdischen Gemeinden in Bochum, Stuttgart und Frankfurt, kamen die Teilnehmer zu einem geselligen Nachmittag mit Kaffee, Kuchen und Musik zusammen. Zum Programm gehörte ein spannender Vortrag der Gemeinderabbiner über Ehrenamt im Judentum und die Überreichung einer Urkunde. Grußworte von den jeweiligen Vorständen und Geschäftsführern verdeutlichten den Freiwilligen den hohen Wert ihres Engagements als eine Säule der Gemeindearbeit und der Arbeit der ZWST.

In Bochum kamen rund 150 Teilnehmer aus den Gemeinden in NRW zusammen, in Stuttgart waren es rund 90 Ehrenamt-

ler aus Stuttgart und anderen Gemeinden in Baden-Württemberg, im Frankfurter Gemeindezentrum nahmen rund 60 Personen aus jüdischen Gemeinden in Hessen, Thüringen und Rheinland-Pfalz teil. Diese Teilnehmerzahlen symbolisieren den Erfolg und die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements und zeigen, wie wichtig ein positives Feedback ist: für die Motivation aktiver Freiwilliger und die Gewinnung neuer Ehrenamtler. Weitere „Danke-schön-Events“ für Ehrenamtler wurden 2018 in München und Hamburg organisiert.

„Herzlichen Dank für die Organisation der schönen Veranstaltung. Die Ehrenamtler aus Köln haben einen wunderschönen Nachmittag gehabt, waren auf der Rückfahrt glücklich und zufrieden und haben sich sehr über die Urkunden gefreut.“ Chana Bennett, Synagogen-Gemeinde Köln

Fortbildungen, Seminare, besondere Events und auch Danke-schön-Päckchen für Jugendbetreuer und Jugendleiter nach den Sommercamps der ZWST – diese Form der Anerkennung ist symbolhaft für eine kontinuierliche Wertschätzung, die vor dem Hintergrund der „Zedaka“ niemals abgeschlossen sein kann.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 25/2017, aktualisiert Juni 2018.

AUTORIN

Heike von Bassewitz, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.

Kontakt

✉ Bassewitz@zwst.org

Weitere Informationen

🌐 www.zwst.org

DANIELA BRODA

WERTSCHÄTZUNGSKULTUR IN DER EVANGELISCHEN JUGEND UND DIE BEDEUTUNG VON EHRENAMT IN DER KINDER- UND JUGENDARBEIT

Einleitung

Ein besonderes Merkmal der Evangelischen Jugend sind die vielen jungen ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen, ohne die die vielzähligen und vielfältigen Angebote der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit nicht möglich wären. So lebendig und vielfältig wie die Evangelische Jugend ist, so vielzählig sind ihre Anerkennungsformen.¹

Ehrenamtliches Engagement in der Evangelischen Jugend

Die evangelische Kinder- und Jugendarbeit bietet in ihren unterschiedlichen Formen, Methoden und Möglichkeiten einen großen Gestaltungsrahmen für ehrenamtliches Engagement von jungen Menschen. Die Besonderheit zeichnet sich durch das Grundverständnis von Beteiligung und Mitsprache aus. Die Kinder- und Jugendarbeit im Jugendverband motiviert zur Selbstentfaltung, fördert die Selbstbestimmung und regt zur gesellschaftlichen Teilhabe und Mitverantwortung an. Junge Menschen bringen sich ein, entwickeln ihre Vorstellungen und setzen sie in Angeboten für Kinder und Jugendliche um. Klare Motivlagen sind dabei eine wirkungsvolle Mitbestimmung, der Freiraum zur Gestaltung und insbesondere die An-

erkennung der persönlichen Kompetenzen. Das Erlebnis in der Gemeinschaft ist dabei ebenso entscheidend, wie der Spaß im Ehrenamt.²

Ehrenamt braucht Anerkennung und Wertschätzung

Neben einer Grundhaltung zum Ehrenamt ist es eine wesentliche Aufgabe, angemessene Anerkennungsformen zu leben und zu gestalten, die sich daran orientieren, was ehrenamtliche Mitarbeiter*innen brauchen und was sie motiviert. Anerkennung für Engagement und Wertschätzung sind im Ehrenamt unerlässlich und müssen entsprechend von allen Mitarbeiter*innen, ob haupt- oder ehrenamtlich, gelebt werden. Grundvoraussetzung ist die gegenseitige Achtsamkeit sowie die Anerkennung für die geleistete Arbeit, wie auch für die jeweilige Person, die dahinter steht.

Bei der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej) werden ausscheidende ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter*innen, die sich im Bundeskontext der aej engagiert haben, auf der Mitgliederversammlung verabschiedet. Das betrifft ehren- und hauptamtliche Delegierte gleichermaßen wie den Bundesvorstand oder Referent*innen aus der aej-Ge-

1 Corsa, Mike/ Freitag, Michael. Lebensräume – Lebensräume: Bericht über die Lage der jungen Generation und die evangelische Kinder- und Jugendarbeit. 2008 Hannover: edition aej.

2 vgl. Corsa, Mike/ Freitag, Michael. Lebensräume – Lebensräume: Bericht über die Lage der jungen Generation und die evangelische Kinder- und Jugendarbeit. 2008 Hannover: edition aej.

schäftsstelle. In einem feierlichen Gottesdienst werden die Ehren- und Hauptamtlichen verabschiedet sowie neue Mitarbeiter*innen eingeführt. Neben dem Gottesdienst gehört ein festliches Abendprogramm zur Kultur. Zu Beginn einer jeden Mitgliederversammlung erhalten neue Delegierte die Möglichkeit, an einer „Einführung für Neue“ teilzunehmen. Bei diesem Angebot werden die Strukturen der aeJ vorgestellt und die neuen Delegierten in die Arbeitsgrundlagen der Mitgliederversammlung eingeführt.

Eine andere Anerkennungsform bietet der evangelische Jugendprojektpreis „JUPP“. Die aeJ verleiht den Förderpreis in einem zweijährigen Rhythmus beim Deutschen Evangelischen Kirchentag. Der Preis würdigt zukunftsweisende Projekte der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit, die neue Zielgruppen ansprechen, neue Räume öffnen und modellhaft für weitere Projekte gelten. Prämiert werden Projekte und die Personen, die dieses Projekt initiiert haben.³

Anerkennungsformen wie die Auszeichnung und Ehrung in Form von Ehrennadel, Medaille oder Plakette für langjähriges Engagement haben eine hohe Bedeutung. Die aeJ verleiht das Goldene Kugelkreuz zur Anerkennung besonderer Verdienste um die Förderung der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit. Das Goldene Kugelkreuz ist die höchste Auszeichnung der Evangelischen Jugend in Deutschland.⁴ Im Ehrenamt ist diese Form wichtig. Bedacht werden muss, dass eine Würdigung für

Jugendliche nicht erst gegeben werden kann, wenn das Engagement über Jahrzehnte hinausgeht. Zeitgemäße und attraktive Anerkennungsformen sind ebenso wichtig.

Blickt man in die evangelische Kinder- und Jugendarbeit, zeigen sich viele unterschiedliche Anerkennungsformen bei den Mitgliedsverbänden der aeJ. Neben verschiedenen Gottesdiensten zu besonderen Anlässen werden sehr unterschiedliche gemeinschaftsfördernde Erlebnisse für ehrenamtliche Mitarbeiter*innen angeboten. Das kann der Besuch eines erlebnispädagogischen Kletterparks sein, eine große Party oder eine Wochenendfreizeit für ehrenamtliche Mitarbeiter*innen.

Eine weitere wesentliche Anerkennungsform in der Jugendarbeit ist die Förderung von Ehrenamt. Die Ausbildung zum/ zur ehrenamtlichen Jugendleiter*in ist in der Kinder- und Jugendarbeit eine Besonderheit, die mit dem Erwerb der sogenannten Jugendleiter*innen-Card (Juleica) mündet.⁵ Durch die Juleica werden einerseits das Engagement und die Qualifikationen dokumentiert. Andererseits erfüllt die Juleica die Funktion einer gesellschaftlichen Anerkennung für das ehrenamtliche Engagement. Die Juleica Seminare finden in den Jugendverbänden statt. Ebenso die vielen Fortbildungsmöglichkeiten, die sich an den Anforderungen der Kinder- und Jugendarbeit, aber auch an den Bedürfnissen der Ehrenamtlichen orientieren.

Neben der Qualifizierung ist die professionelle Begleitung von ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen wichtig. In der Arbeit können viele Fragen und auch Herausforderungen auftreten, die gemeinsam beraten und reflektiert werden müssen. Zuverlässige Ansprechpersonen, die ein offenes

³ <https://www.jupp-der-preis.de/jupp/jupp-start/> (Stand 28.02.2018).

⁴ Erläuterung: Die Evangelische Jugend trägt als Zeichen das Kreuz auf der Weltkugel – das sogenannte Kugelkreuz. Seit der Gründung der Jugendkammer der Evangelischen Jugend Deutschlands im Jahre 1946 als Vorläufer der heutigen aeJ wird dieses Zeichen durch die Evangelische Jugend in Deutschland und durch ihre Mitglieder sowie deren Gliederungen ausgegeben.

⁵ <https://www.juleica.de> (Stand 28.02.2018).

Ohr für die jeweiligen Anliegen haben, stärken das Engagement der ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen.

Auseinandersetzung mit Digitalisierung im Ehrenamt

Die Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung spielen in der Kinder- und Jugendarbeit eine nicht unwesentliche Rolle. Die Evangelische Jugend setzt sich mit dem Themenfeld intensiv auseinander. Unter dem Namen #FreiraumNetz veranstalten aej und die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (<http://www.politische-jugendbildung-et.de/>) regelmäßig das Jugend- und Netzpolitische Forum.

Das Forum denkt Jugend- und Netzpolitik zusammen und möchte die fachliche Praxis weiterentwickeln und dabei konkrete Vorschläge für eine jugendgerechte Netzpolitik entwickeln. Für ehren- und auch hauptamtliche Mitarbeiter*innen sind solche Veranstaltungsformate für die Arbeit besonders wichtig. Sie bieten Raum sich mit den Themen wie Big Data, Urheberrecht, Hardware sowie mit der Medienpädagogik auseinanderzusetzen. Ehrenamtliche und Hauptberufliche wollen in der Kinder- und Jugendarbeit die Chancen der Digitalisierung nutzen, aber auch dazu beitragen, dass gesellschaftliche Werte und Rahmenbedingungen in der digitalen Gesellschaft mit Kindern und Jugendlichen kritisch diskutiert und im Sinne der Interessensvertretung entsprechend in politischen Debatten eingebracht werden.⁶

Das Ausprobieren und der Einsatz von sogenannten „digital tools“ und Methoden binden ehrenamtliche Mitarbeiter*innen immer stärker in ihre Arbeit ein. Dazu zählen insbesondere Tools, die Planungspro-

zesse unterstützen, wie zur Vorbereitung von Freizeitprogrammen oder für die konzeptionelle Erarbeitung von Projekten. Digitale Werkzeuge werden darüber hinaus gezielt von vielen Jugendverbänden in der Gremienarbeit eingesetzt wie beispielsweise „ANTRAGSGRÜN“ für die Texterarbeitung und Antragsberatung.⁷

Bedeutung von Ehrenamt bei jungen Menschen

Junge Menschen engagieren sich in ihrer Freizeit für die unterschiedlichsten Dinge. Das Ehrenamt hat dabei nach wie vor einen hohen Stellenwert. Die Sonderauswertung des Freiwilligensurveys von 2017 verdeutlicht dies: Fast die Hälfte aller jungen Menschen zwischen 14 und 25 Jahren (49,2 %) engagiert sich in Deutschland freiwillig.⁸

Die Studie „Realität und Reichweite von Jugendverbandsarbeit am Beispiel der Evangelischen Jugend“ hat die Frage des Engagements in der Evangelischen Jugend in den Blick genommen. 10 % der Befragten haben geantwortet, dass sie an den Aktivitäten der Evangelischen Jugend partizipieren und sich aus ihrer Sicht über das Maß einer üblichen Aktivität hinaus engagieren. Bei 1,35 Millionen erreichten jungen Menschen in der Evangelischen Jugend sind dies ca. 135.000 ehrenamtliche Mitarbeiter*innen.⁹

In den vergangenen Jahren wurde viel zum Thema Strukturwandel im Ehrenamt

⁷ <https://jugend.beteiligen.jetzt/werkzeuge/tools> (Stand 02.03.2018).

⁸ Kausmann, Corinna/ Simonson, Julia/ Hameister, Nicole (2017). Freiwilliges Engagement junger Menschen Sonderauswertung des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys. 2017 Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

⁹ Fauser, Karin/ Fischer, Arthur/ Münchmeier, Richard (2006). Jugendliche als Akteur im Verband – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der Evangelischen Jugend. 2006 Opladen.

⁶ <http://freiraumnetz.de> (Stand 02.03.2018).

BRODA: WERTSCHÄTZUNGSKULTUR IN DER EVANGELISCHEN JUGEND

diskutiert. Festzustellen ist, dass die Veränderungen der Lebenslagen junger Menschen die Form ihres Engagements beeinflusst. Die Kinder- und Jugendarbeit greift dies in der stetigen Weiterentwicklung ihrer Konzepte entsprechend auf.

Junge Menschen haben den Wunsch nach Kontakt und Gemeinschaft, nach Selbstbestimmung und Anerkennung. Im Ehrenamt können sie neue Erfahrungen sammeln. Die erworbenen Kompetenzen und Kenntnisse werden in anderen Lebensbereichen eingesetzt.

Ehrenamt braucht gute Strukturen und Rahmenbedingungen

Ehrenamtliche engagieren sich bei der Leitung von Gruppen, bei Ferienfreizeiten und Zeltlagern, in der Projektarbeit, aber auch in der Aus- und Fortbildungsarbeit sowie in der Gremienarbeit. Sie investieren viel Zeit und Engagement. Damit Ehrenamt gelingen kann, werden gute Strukturen und Rahmenbedingungen benötigt, die gesichert, aber auch weiterentwickelt werden müssen. Für die aej wie auch für die Jugendarbeit bedeutet dies, sich für gute rechtliche und politische Rahmenbedingungen einzusetzen sowie sich für die Förderungen von Ehrenamt stark zu machen. Hindernisse müssen im Ehrenamt abgebaut werden, so dass Freiraum für Engagement möglich ist, denn Ehrenamt ist und bleibt eine der wichtigsten Grundpfeiler unserer Demokratie.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 6/2018.

AUTORIN

Daniela Broda ist Referentin für Kinder- und Jugendpolitik bei der Arbeitsge-

meinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej) und stellvertretende Vorsitzende im Deutschen Bundesjugendring. Als Projektleiterin war sie für das Projekt „youngPOINTreformation“ der Evangelischen Jugend im Rahmen des Reformationsjubiläums 2017 mitverantwortlich. Darüber hinaus hat Frau Broda viele Jahre als Jugendreferentin und Einrichtungsleitung für die Evangelische Kirche in Frankfurt gearbeitet. Als langjährige ehrenamtliche Mitarbeiterin in der Kinder- und Jugendarbeit der Evangelischen Jugend sowie in der Evangelischen Kirche konnte sie vielfältige Erfahrungen in der ehrenamtlichen Arbeit sammeln.

Kontakt

✉ db@aej-online.de

Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej) ist der Zusammenschluss der Evangelischen Jugend in Deutschland. Als Dachorganisation vertritt die aej die Interessen der Evangelischen Jugend auf Bundesebene gegenüber Bundesministerien, gesamtkirchlichen Zusammenschlüssen, Fachorganisationen und internationalen Partnern. Ihre derzeit 32 Mitglieder sind Bundeszentrale evangelischer Jugendverbände und Jugendwerke, Jugendwerke evangelischer Freikirchen und die Kinder- und Jugendarbeit der Mitgliedskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Acht evangelische oder ökumenische Verbände, Einrichtungen und Fachorganisationen sind als außerordentliche Mitglieder angeschlossen. Die aej vertritt die Interessen von ca. 1,35 Millionen jungen Menschen.

Weitere Informationen

🌐 <https://www.evangelische-jugend.de>

DR. HEIDE MERTENS

ANERKENNUNGSKULTUR IM EHRENAMT IN DER KATHOLISCHEN FRAUENGEMEINSCHAFT DEUTSCHLANDS (KFD)

Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) ist ein Verband ehrenamtlich arbeitender Frauen, die durch christliche Werte geprägt sind. Mit knapp 500.000 Mitgliedern in etwa 5000 pfarrlichen Gruppen bundesweit ist es der größte Frauenverband in Deutschland.

Die pfarrlichen kfd-Gruppen werden durch gewählte ehrenamtliche Vorstände oder Leitungsteams in den Regionalkonferenzen oder Diözesanversammlungen vertreten. Diese wiederum delegieren gewählte Vertreterinnen in die Bundesversammlung der kfd, die einen ehrenamtlich tätigen Bundesvorstand auf eine Amtszeit von vier Jahren wählt. Die kfd versteht sich als Anwältin für Themen, die aus Sicht von Frauen besondere Aufmerksamkeit erfordern, und tritt für die Anliegen von Frauen ein.

Ihr ehrenamtliches Engagement kommt Frauen hier bei uns und weltweit zugute. Die Mitglieder sind insofern sowohl in ihren Gemeinden und Gruppen tätig, wo sie vielfältige Bildungs- und Begegnungsangebote organisieren, als auch überregional in Interessensvertretungen, in Bildungs- und Projektarbeit und durch Lobby- und Vernetzungsarbeit. Somit engagieren sich die ehrenamtlichen Mitglieder in ihren Gemeinden sowohl füreinander als auch für Frauen in allen Lebenslagen. Darüber hinaus sind sie politisch bis auf Bundesebene organisiert und eine starke Stimme für Frauen in Kirche und Gesellschaft.

Jede Pfarrgemeinschaft wählt einen eigenen Vorstand mit mehreren satzungsmäßig definierten Vorstandsämtern. Diese wiederum vertreten ihre Gruppen in den übergeordneten Gremien bis hin zur Bundesversammlung. Auf Diözesan- und Bundesebene vertreten die Anliegen der kfd ebenfalls ehrenamtlich gewählte Vorstände. In einigen Diözesen gibt es auch ehrenamtliche Vorstände auf Kreisdekanats- oder Regionalebene. An der Basis in den pfarrlichen Gruppen gibt es darüber hinaus das besondere Ehrenamt „der Mitarbeiterin im Besuchsdienst der kfd“: Sie trägt die Verbandszeitschrift „Frau und Mutter“ an die Mitglieder aus und hält so Kontakt vor Ort zu den in manchen Gruppen 100, 200 oder gar 500 Mitgliedern.

Hauptamtliche MitarbeiterInnen beschäftigt der kfd-Bundesverband in einigen Diözesangeschäftsstellen sowie in der Bundesgeschäftsstelle. Die kfd lebt als großer demokratischer Frauenverband deshalb fast ausschließlich vom Ehrenamt. Umso wichtiger ist die Dankes- und Anerkennungskultur im Verband. Die Pflege und Weiterentwicklung dieser Anerkennungskultur ist kontinuierliche Aufgabe aller Gremien in der kfd. Dabei ist deutlich, dass es um weit mehr geht als um ein Dankeschön zu bestimmten Jahreszeiten oder Anlässen: Es geht um die grundsätzliche Anerkennung der im Ehrenamt geleisteten Arbeit als wichtiger Beitrag zum kirchlichen und gesellschaftlichen Leben. Es geht um die Wertschätzung der Quali-

fikationen und Kompetenzen, die Frauen im Ehrenamt in ihren Verband und weit darüber hinaus einbringen, und es geht auch darum, an jeder Stelle im Verband und in der Gesellschaft Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Frauen insgesamt ermöglichen, diese Form von Ehrenamt mit ihren spezifischen Anliegen und Aufgaben zu leben. Wir reden somit von vier verschiedenen Formen der Anerkennung und Wertschätzung des Ehrenamtes in unserem Frauenverband:

1. Geschenke und Veranstaltungen als Dankeschön im Jahresverlauf.
2. Die Anerkennung des Ehrenamtes als notwendige Arbeit neben Erwerbsarbeit und Familienarbeit.
3. Die Wertschätzung der Qualifikationen und Kompetenzen, die Frauen in ihren Verband und in die verbandliche Arbeit ehrenamtlich einbringen.
4. Die Schaffung guter Rahmenbedingungen, um ehrenamtlich arbeiten zu können.

Im Folgenden werden einige Beispiele der Anerkennungskultur im Verband beschrieben:

Eine Umfrage unter den pfarrlichen Vorständen über die Mitarbeiterinnen im Besuchsdienst der kfd in 2016 hat ergeben, dass in den meisten pfarrlichen Gruppen nach wie vor Mitarbeiterinnen im Besuchsdienst der kfd unterwegs sind und die Mitgliederzeitschrift austragen sowie die Verbindung unter den Mitgliedern aufrecht erhalten. Die pfarrlichen Vorstände unternehmen – wie die Umfrage ergeben hat – große Anstrengungen, sich jedes Jahr bei den Mitarbeiterinnen im Besuchsdienst der kfd zu bedanken. Dies findet statt im Rahmen des Jahresausfluges, an dem die Mitarbeiterinnen im Besuchsdienst der kfd in der Regel kostenlos bzw. vergünstigt teilnehmen, oder bei Weihnachtsfeiern, in denen gleichzeitig liebevoll selbst gebastelte Geschenke

überreicht werden. Der Bundesverband versendet mit dem Weihnachtsversand für alle Mitarbeiterinnen in der kfd einen Jahreskalender.

Gleichzeitig erfahren die Frauen wichtige Informationen und Weiterbildungsangebote im Rahmen regelmäßig stattfindender Mitarbeiterinnenrunden, die auch dem Austausch über Erlebtes und Erfahrungen im Zusammenhang mit ihrer Aufgabe und ihrem Engagement dienen. Der Vorstand bemüht sich, die Rahmenbedingungen für die Mitarbeiterinnen gut zu gestalten und Schwierigkeiten jeweils in den Mitarbeiterinnenrunden anzusprechen.

Unterschiedliche Formen der Anerkennung gibt es für die Mitglieder der örtlichen Vorstände. Sie bestehen i.d.R. aus Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden, Kassenwartinnen und Geistlichen Begleiterinnen/Leiterinnen. Die örtlichen Vorstände oder Leitungsteams erfahren durch die Diözesanverbände zahlreiche Angebote der Weiterbildung, Beratung und Begleitung.

Vor allem für das besondere Amt der Geistlichen Begleiterinnen/Leiterinnen in der kfd gibt es in einigen Diözesanverbänden und auf Bundesebene spezielle Ausbildungskurse. Geistliche Begleiterinnen/Leiterinnen werden entweder vom Diözesanvorstand oder Bischof beauftragt, um in einer Kirche, in der Frauen nicht alle Ämter zugänglich sind, ihre Charismen als Frau in besonderer Weise leben zu können. Die Beauftragung der Geistlichen Begleiterinnen/Leiterinnen wird zum Teil mit einer liturgischen Feier verbunden. Dazu bekommen sie etwa im Diözesanverband Paderborn ein besonderes Kreuz zum Umhängen als sichtbares Zeichen ihres Auftrages.

Die örtlichen Vorstände, die Diözesanvorstände und der Bundesvorstand werden in

den jeweiligen in den Satzungen vorgesehenen Versammlungen gewählt. Sie werden z. B. durch eine Segensfeier in ihre Ämter eingeführt. Ausscheidende Mitglieder werden im Rahmen der Mitgliederversammlungen bzw. Bundesversammlung oder Diözesanversammlungen verabschiedet.

Eine besondere Form der Anerkennung stellen die Nachweise über Qualifikationen aus dem Ehrenamt dar, die die kfd im Rahmen der existierenden Landesnachweise für Ehrenamt ausstellen darf. Hier gilt: jeweils die nächsthöhere Ebene stellt diese Nachweise für die Ehrenamtlichen der darunterliegenden Ebene aus. Allerdings geschieht dies in der Praxis oftmals nur, wenn die ausscheidenden Vorstandsmitglieder ausdrücklich um einen solchen Nachweis bitten.

Eine weitere Form der Anerkennung stellen die zahlreichen Weiterbildungsangebote für Leitungsteam und Vorstandsfrauen dar, die sowohl die Diözesanverbände im Rahmen ihrer Bildungsprogramme als auch der Bundesverband speziell für die Diözesanleitungsteams anbieten. Diese Veranstaltungen betreffen kirchen-, gesellschafts- und verbandspolitische Inhalte, die speziell auf die Situation von Frauen und die verbandlichen Fragen zugeschnitten sind. Sie werden von den Ehrenamtlichen als besonderes Highlight ihrer Tätigkeit sowie als motivierend und inspirierend für die ehrenamtliche Arbeit vor Ort erlebt. Der Verband bietet sie für seine Mitglieder kostengünstig an. Im Rahmen der meist mehrtägigen Veranstaltungen ist zudem Zeit für gesellige Momente mit Raum für den persönlichen Austausch. Auch das stellt eine Form von Dank und Anerkennung dar, wie Ehrenamtliche immer wieder berichten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Verantwortung für die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements zum

einen in den verbandlichen Gremien (Regional-, Diözesan-, Bundesversammlung) liegt, die die ehrenamtlichen Vorstände wählen, zum anderen in der jeweils nächsthöheren verbandlichen Ebene. Das bedeutet: der Bundesvorstand unterstützt und fördert Diözesanvorstände, Diözesanvorstände unterstützen und begleiten ihre Regional- bzw. Pfarrvorstände.

Auch im großen Verband der kfd mit einer an der Basis mehr als hundertjährigen Tradition ist die Weiterentwicklung und jeweilige Aktualisierung von Formen der Anerkennung und Wertschätzung eine kontinuierliche Aufgabe. Gerade die Schwierigkeit, in allen örtlichen Gruppen immer wieder neue Vorstände zu finden, die die Aufgaben für mehrere Jahre übernehmen, zeigt, wie wichtig und existentiell eine funktionierende Dankes- und Anerkennungskultur ist.

Gesamtgesellschaftlich besteht die Herausforderung, eine Anerkennungskultur für Ehrenamt bzw. zivilgesellschaftliches Engagement zu schaffen. Denn wie das Beispiel der kfd zeigt, wirkt ehrenamtliches Engagement nie nur innerhalb des eigenen Verbandes, sondern weit darüber hinaus. Die kfd fordert deswegen in ihrer Stellungnahme (Dez. 2017) zum Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung als Anerkennung und Wertschätzung für die Ehrenamtlichen:

- gute gesellschaftliche Rahmenbedingungen, um Familie, Beruf und Ehrenamt vereinbaren zu können,
- eine rentenrechtliche Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit,
- die Vereinheitlichung und Bekanntmachung der bereits existierenden Landesnachweise zur Anerkennung von Qualifikationen aus dem Ehrenamt, um Übergänge von ehrenamtlichen zu beruflichen Tätigkeiten zu erleichtern.

MERTENS: ANERKENNUNGSKULTUR IM EHRENAMT IN DER KFD

Verbandspolitisch fordert die kfd die Förderung und Unterstützung verbandlicher Bildungsangebote für die in den Verbänden ehrenamtlich Tätigen:

Weiterbildungsangebote, verbunden mit Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten, sind durchaus Teil einer Anerkennungskultur im Ehrenamt.

LITERATUR

- Positionspapier Ehrenamtlich arbeiten: <http://www.kfd-bundesverband.de/artikel/positionspapier-ehrenamtlich-arbeiten.html>
- Broschüre Macht unsichtbare Qualifikationen sichtbar! <http://www.kfd-bundesverband.de/artikel/macht-unsichtbare-qualifikationen-sichtbar-aktuelle-broschuere-zum-engagements-nachweis.html>
- Stellungnahme zum Zweiten Engagementbericht: <https://www.kfd-bundes->

verband.de/fileadmin/Media/Themen/Ehrenamt/171204_kfd_Stellungnahme_Engagementbericht.pdf

- Studie Mitarbeiterin im Besuchsdienst: <http://www.kfd-bundesverband.de/projekte/mitarbeiterinnen-im-besuchsdienst.html>

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 25/2017. Die Autorinnenangaben wurden aktualisiert.

AUTORIN

Dr. Heide Mertens, Abteilungsleiterin Theologie/Politik/Bildung bei der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands, Bundesverband e. V.

Kontakt

✉ heide.mertens@kfd.de

Weitere Informationen

🌐 www.kfd.de

DR. URSULA SCHELL/ DR. HEIKE BERGER

WERTSCHÄTZUNGSKULTUR IM KATHOLISCHEN DEUTSCHEN FRAUENBUND E.V. – EINE GESCHLECHTERBEZOGENE PERSPEKTIVE

Ehrenamtliches Engagement ist inhärenter Bestandteil des sozialetischen und gesellschaftspolitischen Selbstverständnisses der beiden großen christlichen Kirchen. Im Kontext der katholischen Kirche nimmt dabei – analog zur gesamtgesellschaftlichen Situation – ehrenamtliches Engagement in Verbänden eine besonders große Rolle ein. Im Bereich der katholischen Verbandslandschaft wird gemeinhin zwischen Personal- oder Mitgliederverbänden (z. B. Katholische Arbeitnehmer-Bewegung) sowie den Wohlfahrtsverbänden (z. B. Deutscher Caritasverband) unterschieden. Unter den Mitgliederverbänden gibt es sowohl gemischt- als auch getrenntgeschlechtliche Verbände.

Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) ist ein bundesweit agierender Verband mit 200.000 Mitgliedern, der von demokratisch gewählten, ehrenamtlich geführten Vorständen geleitet wird.

Innere und äußere Anerkennung

In der Wirtschaft ist Anerkennung Chefsache und wird häufig über finanzielle Gratifikationen, Aufstiegsmöglichkeiten oder größere Verantwortungsspielräume ausgedrückt. Im ehrenamtlichen Engagement ist dies nicht möglich, da die entsprechenden Steuerungsinstrumente in der Zusammenarbeit nicht greifen. Funk/Winter prägten in diesem Zusammenhang bereits in einer Studie von 1993 über die Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG) die Begriffe

„innere und äußere Anerkennung“.¹ Unter „innerer Anerkennung“ wird demnach die Wertschätzung verstanden, die Ehrenamtliche sich selbst in ihrer Arbeit entgegenbringen, aber auch die Achtung, die sie in ihrer eigenen Organisation (z. B. Gruppe, Verband, Pfarrgemeinde, Gremien) erfahren. Unter „äußerer Anerkennung“ versteht man die Wertschätzung, die den Engagierten selbst oder ihrer Arbeit von außen entgegen gebracht wird, z. B. vom persönlichen sozialen Umfeld wie der eigenen Familie, den Freund*innen, den Arbeitskolleg*innen aber auch von einem größeren gesellschaftlichen Umfeld wie der Kirche, der Politik oder der gesellschaftlichen Öffentlichkeit und den Medien.

Im Folgenden konzentriert sich der Beitrag vornehmlich auf die Anerkennungskultur der ehrenamtlichen Vorstandsarbeit im KDFB.

Traditionen und Herausforderungen der Anerkennung von ehrenamtlicher Leitung und Führung

Auch wenn es bei einem katholischen Frauenverband nahezu liegen scheint, werden die (frauenspezifischen) spirituellen Räume von den Ehrenamtlichen als etwas ganz Besonderes und als wichtige Ressource für die Arbeit im Verband und das persönliche Leben betont. Frauenbundfrauen erleben diese spirituellen Zugänge

1 Funk, Heide / Winter, Reinhard: Das modernisierte Ehrenamt, Bonn 1993, S. 41 -114.

als eine zentrale Form der Anerkennung ihrer Arbeit, die sie, laut eigenen Angaben, in anderen (auch kirchlichen) ehrenamtlichen Kontexten so nicht vorfinden.

Anerkennung im Verband drückt sich ebenfalls in den angebotenen Qualifikations- und Weiterbildungsangeboten aus. Neben den „allgemeinen“ Veranstaltungs- und Bildungsprogrammen sind für den KDFB hier vor allem die Angebote für die amtierenden, bzw. zukünftigen Führungskräfte zu nennen. (z. B. Führungskräfte-Handbuch, regelmäßige Schulungen,...) Ehrenamtliche Vorstandsfrauen im KDFB haben vielfach Personalverantwortung in den Geschäftsstellen des Verbandes. Als Delegierte entscheiden sie bei der Bundesdelegiertenversammlung, dem höchsten beschlussfassenden Gremium, auch über den Haushalt des Verbandes.

Insbesondere diese Mitgestaltungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume bei Entscheidungen in den politischen Gremien des Verbandes werden als Form der inneren Anerkennung empfunden.² Auch das Kennenlernen von neuen Menschen sowie die Erweiterung des persönlichen Beziehungsgeflechtes und kulturellen Nahraumes werden als bereichernd erfahren. Durch „ihren“ Verband können Frauenbundfrauen Kontakt zu Expert*innen und Vertreter*innen aus Politik, Kirche und Wissenschaft aufnehmen und Unterstützung für eigene Anliegen erhalten. Es ergeben sich auf diese Weise Kontakte, die weit über das Engagement im Verband hinaus bestehen bleiben und als Gewinn und Bereicherung für das eigene Leben erlebt werden. Auch gute infrastrukturelle Rahmenbedingungen, wie z. B. der Zugang zu Räumen, Schlüsseln, Materialien, Fahr-

zeugen und Geräten oder die unbürokratische Abrechnung von Kosten werden als Form der Anerkennung empfunden, da sie die Arbeit unterstützen und erleichtern

Im KDFB gibt es zudem eine tradierte innere „formale“ Anerkennungskultur durch Verleihung von Ehrennadeln und Auszeichnungen. Diese richtet sich nach Dauer der Mitgliedschaft bzw. der Amtsausübung. In der Regel wird die Auszeichnung durch eine Vertretung der nächsthöheren Verbandsebene vorgenommen. Diese Praxis hat insbesondere mit Blick auf die höchste Auszeichnung, die Lapislazuli-Nadel, eine hohe Bedeutung, sowohl für die inner- als auch für die außerverbandliche Anerkennung, denn Frauenbundfrauen „tragen“ ihre Auszeichnungen sowie ihre Identifikationen mit dem KDFB nach außen, nehmen mit „der Nadel am Revers“ außerverbandliche Netzwerktreffen oder politische Vertretungen vor Ort wahr. Darüber hinaus sind in den letzten Jahren innerhalb des Verbandes weitere, ritualisierte Formen von kleinen Willkommens- und Dankesgeschenken entwickelt worden, auch, um die Frauenbundfrauen anzusprechen, für die „Ehrennadeln“ mittlerweile eher etwas Antiquiertes haben. Auch äußere Anerkennungsformen durch Preisverleihungen oder Ehrungen im kommunalen Raum oder auf Landesebene sind im Frauenbund fest verankert. Insbesondere im süddeutschen Raum, in dem der KDFB seine mitgliederstärksten Diözesanverbände (= orientiert an den Diözesen Deutschland, vergleichbar mit der Ebene der Landesverbände in anderen Strukturen) hat, wird dem Verband und seinen Vertreterinnen eine hohe Anerkennung sowohl von politischer als auch kirchlicher Seite zuteil. Bei bundesweiten Ausschreibungen für ehrenamtliches Engagement nimmt der KDFB ebenfalls mit Projekten teil, bzw. werden die Verbandsebenen ausdrücklich von Seiten des Bundesverbandes dazu eingeladen, sich zu bewerben.

² Ursula Schell: Zwischen Lust und Frust. Frauen in ehrenamtlichen kirchlichen Leitungsfunktion, Ostfildern 2012, Unterstützungssysteme S. 189-192; persönliche Leitbilder S.193-207.

Dennoch lassen sich auch im KDFB Problemfelder in der Anerkennungskultur feststellen, das gilt sowohl mit Blick auf die unterschiedlichen Verbandsebenen als auch im Verhältnis von ehren- und hauptamtlichen Tätigen. Ein Dank, eine Auszeichnung wird nur dann wirklich als Anerkennung verstanden, wenn die Rahmenbedingungen insgesamt wertschätzend und – um einen strapazierten Begriff zu verwenden – auf Augenhöhe stattfinden.

In der Regel wird ein ehrenamtliches Engagement aufgenommen, weil persönliche Beziehungen gewachsen sind und ein Interesse an bzw. eine Übereinstimmung mit den Anliegen und Werten des jeweiligen Verbandes, zumindest zu großen Teilen, besteht. Diese Übereinstimmung wird als Chance und Möglichkeit begriffen. Der Verband verschafft seinen Mitgliedern für deren Anliegen eine Lobby und gibt ihnen die Möglichkeit, gemeinsam etwas zu bewegen, was der einzelnen Person unter Umständen allein nicht möglich wäre.

Störungen in der Anerkennungskultur können zum Beispiel durch eine zunehmende Diskrepanz zwischen den eigenen Werten und den Werten, bzw. Positionen „des“ Verbandes entstehen. So sind in den letzten Jahren im Frauenbund auch immer wieder Stimmen laut geworden, welche die bundesverbandliche politische Interessenvertretung und Lobbyarbeit als nicht deckungsgleich mit den Zielen, bzw. Bedarfen auf Zweigvereinsebene (=Ortsebene) ansahen. An diesen Stellen lassen sich auch (unbewusste) Wertehierarchien und Interessenkonflikte ablesen, etwa zwischen „denen da oben“ und der „Basis des Verbandes“ oder zwischen „politisch wichtigen und eher unwichtigen“ Themen. Auch innerhalb von Vorständen kann es durch die Verteilung der Zuständigkeiten von als (offen oder verdeckt) wichtig, bzw. weniger wichtig geltenden Themen zu fehlender

Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit jener Vorstandsfrau kommen, welche für die vermeintlich nicht prioritären Aufgaben zuständig ist. In der Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt sind auch im Frauenbund ähnliche Problemfelder der gegenseitigen Anerkennung wie in anderen Verbänden zu benennen. (z. B. Fachliche Expertise vs. politische Entscheidung; Theorie vs. praktische Umsetzbarkeit.)

Zu nennen sind zudem auch geschlechterstereotype Selbst- und Fremdzuschreibungen, die tragfähige Anerkennungskulturen belasten können. Bereits Funk/Winter konstatierten: „Die Arbeit durch ehrenamtliche Leiterinnen und Leiter schien innerverbandlich wie außerhalb der DPSG ‚unsichtbar‘ zu sein.“³ Auch andere Studien zeigen⁴, dass in der Regel die Übernahme eines Leitungsamtes nicht mit einer (wahrnehmbaren) Zunahme von Anerkennung verbunden war. Weder im jeweiligen Verband selbst noch in der kirchlichen oder gesellschaftlichen Öffentlichkeit erlebten Frauen (und Männer), dass ihr Engagement entsprechend gewürdigt wurde. Teilweise war sogar das Gegenteil der Fall. Das eigene Umfeld reagierte mit Unverständnis und sah das Engagement als Zeitverschwendung oder sogar als Dummheit an. Auch die gewachsenen Anforderungen, die das jeweilige Amt mit sich brachte, wurden kaum gesehen. Ist das Amt der Vorsitzenden erst einmal (oder auch: endlich) besetzt – so der nicht seltene Eindruck – wurde die Arbeit als selbstverständlich betrachtet.

Diese Beobachtungen treffen sicherlich für den Frauenbund nicht in Gänze zu. Anschlussfähig bleibt aber die Frage nach der äußeren Anerkennung durch das soziale Umfeld und nicht zuletzt durch engagementpolitische Rahmenbedingungen.

³ Ebd. S. 60.

⁴ Vgl. Erfahrungen aus dem Projekt „Lustvoll im Amt“ des BDKJ Augsburg, Projektdokumentation 2001.

Zudem zeigen sich auch bei der inneren Anerkennung, im Selbstverständnis der ehrenamtlichen Leitungen, Brüche.

So lässt sich die Tendenz wahrnehmen, dass ehrenamtliches Engagement von Frauen, insbesondere die Übernahme von Leitungsfunktionen im Verband vor allem dann vom sozialen Umfeld begrüßt wird, wenn Frauen nicht erwerbstätig sind, bzw. sich in familienbedingten Erwerbsunterbrechungen befinden. Die Möglichkeiten der (Neu-)orientierung beim beruflichen Wiedereinstieg, bei der Weiterentwicklung sozialer und/oder fachlicher Kompetenzen wird in der Regel begrüßt. Im Prozess des Wiedereinstiegs wird jedoch häufig das Ehrenamt hintangestellt, bzw. muss aufgegeben werden. Da berufliche Wiedereinsteigerinnen in der Regel nach wie vor hauptzuständig für Sorge- und Hausarbeit bleiben, sind ihre Ressourcen für die weitere Ausübung des Ehrenamtes stark beschränkt, bzw. nicht mehr vorhanden. Auch fehlt es häufig an Akzeptanz in Partnerschaft und Familie, dass zur Umbruchsituation des beruflichen Wiedereinstiegs zusätzlich „auch noch“ Zeit für das Ehrenamt eingeräumt werden soll. An dieser Stelle sind selbstverständlich auch die engagementpolitischen Rahmenbedingungen in den Blick zu nehmen. Diese müssen aus Sicht des KDFB zum einen die Ausübung ehrenamtlichen Engagements sicherstellen und fördern. Zum anderen muss die Übernahme ehrenamtlichen Engagements in den Lebensläufen von Frauen und Männern ohne ein erhöhtes Altersarmutsrisiko besser ermöglicht werden. Der KDFB fordert in diesem Zusammenhang eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt, etwa durch die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf befristete Teilzeit oder eine bundeseinheitliche Regelung der Freistellungsmöglichkeiten.

Zusätzlich ist es notwendig, dass Frauen in Leitungsfunktionen ihre eigene Arbeit be-

wusster wahrnehmen und wertschätzen. In Gesprächen wird immer wieder deutlich, dass Frauen ihren eigenen Beitrag zum Gelingen einer Aktion nur sehr gering einschätzen und ihn oft als selbstverständlich abtun. „Ich mache doch nur...“ oder „Ich bin in diesem Gremium halt drin“ sind häufige Aussagen. Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, dass die Frau das Gremium leitet, maßgeblich die Vorbereitung in Händen hält, wichtige Gedanken und Ideen einbringt und Verantwortung für die Teilnehmenden, die Beziehungen untereinander, die Inhalte, Methoden und die Arbeitsatmosphäre übernimmt. Die Themenfelder „Führen und Leiten“ müssen daher zentrale Elemente in den Qualifizierungs- und Weiterbildungsangeboten des Verbandes sein, denn nur was bewusst ist, kann auch gegenüber anderen kommuniziert werden.

Eine weitere Herausforderung stellt in diesem Zusammenhang ebenfalls die in der Verbandsarbeit übliche Form der außer-verbandslichen Interessenvertretung dar. Manchen Frauen ist diese als „Selbstdarstellung“ verstandene Form der öffentlichen Präsenz fremd. Insbesondere im pastoralen katholischen Raum gibt es teilweise noch innere Bilder bei den Frauen selbst oder als Anspruch von außen formuliert, dass „eine Frau im Hintergrund und im Verborgenen wirkt“.

Verschiedene Studien zeigen, dass der Zusammenhang zwischen Motivation, Anerkennung, Gestaltungsmöglichkeiten und der Bereitschaft, eine Aufgabe über einen längeren Zeitraum mit Elan zu übernehmen, nicht überschätzt werden kann.⁵

⁵ Vgl. BMFSFJ (Hg.), Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland, 2017; BMFSFJ (Hg.), Freiwilliges Engagement in Deutschland Zusammenfassung zentraler Ergebnisse des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys 2014, S. 407- 426; Schell, Lust, 2012, S.183-189.

Abschließend bleibt es daher zu betonen, wie notwendig es ist, innerhalb von Verbänden auch neue Formen der Anerkennung zu entwickeln und eine Wertschätzungskultur dauerhaft zu etablieren, die sowohl die unterschiedlichen Verbandsebenen in den Blick nimmt als auch für die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt greift. Darüber hinaus bleibt es wichtig, die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken, um Erfolge der konkreten Arbeit vor Ort sowie die übernommene Verantwortung für die Sicherung und Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft zu verdeutlichen.

Der KDFB stellt sich dieser Aufgabe und erarbeitet derzeit im Rahmen seines Verbandsentwicklungsprozesses eine Arbeitshilfe zur Sicherung und Weiterentwicklung einer Anerkennungs- und Wertschätzungskultur im Frauenbund, die voraus-

sichtlich im Februar 2018 erscheinen wird. Die Broschüre ist über den KDFB-Diözesanverband Augsburg erhältlich.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 25/2017.

AUTORINNEN

Dr. Ursula Schell, Geistliche Begleiterin des KDFB-Diözesanverbandes Augsburg und Diözesanreferentin der Frauenseelsorge im Bistum Augsburg

Kontakt

✉ Ursula.Schell@bistum-augsburg.de

Dr. Heike Berger, Gesellschaftspolitische Referentin, KDFB-Bundesgeschäftsstelle

Kontakt

✉ heike.berger@frauenbund.de

NUSHIN ATMACA

EHRENAMT UND BÜRGERSINN AUS MUSLIMISCHER PERSPEKTIVE

Seit einigen Jahren können wir eine oftmals emotionale Debatte verfolgen, die sich intensiv mit dem Thema „Religion und Zivilgesellschaft“ auseinandersetzt, dabei jedoch häufig um das Verhältnis einer ganz bestimmten Religion zur Gesellschaft kreist: Es geht um die Frage, ob der Islam zu Deutschland passe oder gehöre, ob Musliminnen und Muslime bereit seien, sich zu integrieren, und wie das Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft funktionieren könne. Einige dieser Fragen sind tatsächlich relevant und bedürfen der Diskussion und Klärung durch unterschiedliche gesellschaftliche Akteure; wieder andere dienen nicht der Lösung eines Problems, sondern der Aufrechterhaltung von Aversionen und Ressentiments. In allen Fällen wird dabei oft verpasst, auf eine Lebenswirklichkeit muslimischer Menschen in diesem Land hinzuweisen, die in den besagten Debatten oftmals ausgeblendet wird: Viele Musliminnen und Muslime gestalten unsere Gesellschaft aktiv mit.

Deutlich wurde dies vor allem in der Hilfe für Geflüchtete: 44 Prozent der im Rahmen des Religionsmonitors der Bertelsmann Stiftung befragten Musliminnen und Muslime gaben an, sich 2016 für Neuankommende engagiert zu haben. Sie taten dies nicht, um ihren eigenen Glauben zu verbreiten – dies trifft auf einen äußerst geringen Prozentsatz zu –, sondern um die Geflüchteten dabei zu unterstützen, sich ein Leben in Deutschland aufzu-

bauen.¹ Die Religionszugehörigkeit muslimischer Menschen mag in diesem Bereich besonders sichtbar geworden sein, da sie oft nicht nur als sprachliche und kulturelle Brückenbauer für Geflüchtete aus Afghanistan, aus Syrien oder dem Irak fungierten, sondern gegenüber der Mehrheitsgesellschaft auch als Experten für ihre Religion, „den Islam“.

Dabei ist diese Sichtbarkeit ein zweischneidiges Schwert: Einerseits zeigt sie, dass Musliminnen und Muslime sich ehrenamtlich in unsere Gesellschaft einbringen und einen wichtigen Beitrag zum Aufbau und Erhalt ihrer Werte und Prinzipien leisten. Andererseits verstärkt sie den Trend, muslimische Menschen vor allem als Musliminnen und Muslime wahrzunehmen und davon auszugehen, dass ihre Handlungsmotivation wenn nicht ausschließlich, so doch zuvorderst in ihrer religiösen Haltung begründet liege. Das mag auf einige tatsächlich zutreffen, aber die meisten muslimischen Menschen haben eine ebenso facettenreiche Identität wie viele andere Menschen auch. Dementsprechend ist es nicht notwendigerweise ihr Glaube, der Musliminnen und Muslime zu gesellschaftlichem Engagement inspiriert: So war ich beispielsweise in meiner Jugend für Amnesty International

¹ <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2017/maerz/fast-die-haelfte-der-muslime-engagiert-sich-in-der-fluechtlingshilfe/>, abgerufen am 21.04.2017.

aktiv, weil ich mich dafür einsetzen wollte, dass die grundlegenden Rechte eines jeden Menschen akzeptiert und anerkannt werden. Später habe ich mich in meinem Kiez ehrenamtlich betätigt, weil ich den Ort und seine Menschen sehr mochte und dazu beitragen wollte, ihn noch lebenswerter zu gestalten. Weder hier noch dort bin ich hingegangen und habe mich vorgestellt mit „Hallo, ich bin Nushin und Muslima“ – mein Glaube und meine religiöse Zugehörigkeit spielten für mein ehrenamtliches Engagement keine Rolle. Ich wollte nicht als Muslima wahrgenommen werden, sondern als jemand, der sich für Menschenrechte einsetzen beziehungsweise seine Nachbarschaft mitgestalten möchte. Gleichzeitig bemerke ich, gerade in der Rückschau, dass die zentrale Stellung, die mein Glaube für mich hat, sich auch auf mein Verhältnis zur Gesellschaft und zu bürgerlichem Engagement auswirkt: Mein Glaube an Gott umfasst den Glauben daran, dass jedes Lebewesen ein Geschöpf Gottes ist und auch deshalb unseren Respekt und unseren Schutz verdient. („Auch“, weil ich gleichzeitig die Auffassung vertritt, dass jedes Lebewesen aus sich selbst heraus, kraft seines eigenen Seins, Anspruch auf eine gute und gerechte Behandlung hat.) Gott hat uns die Welt anvertraut – es ist an uns, diesem Vertrauen gerecht zu werden und uns dafür einzusetzen, diese Welt zu einem guten Ort zu machen.

Neben die Achtung der Schöpfung tritt zudem Dankbarkeit: Dankbarkeit dafür, dass ich unter günstigen Umständen aufgewachsen bin und leben darf. Dass ich mir nicht wie so viele Menschen auf dieser Welt, und auch in diesem Land, existenzielle Sorgen machen muss, sondern mich behütet fühle. Diese Dankbarkeit ist Teil meines Glaubens und aus ihr entsteht der Wunsch, etwas zurückzugeben, mich für

andere einzusetzen, einen Beitrag dazu zu leisten, dass unsere Gesellschaft eine offene, friedliche, Vielfalt willkommen heißende Gesellschaft bleibt.

Etwas zurückgeben und „einen Beitrag leisten“ möchte ich durch mein Engagement beim Liberal-Islamischen Bund, bei dem mir im Gegensatz zu meinen früheren Aktivitäten die Verknüpfung zwischen meinem Glauben und meinem Ehrenamt ein Anliegen ist. Der Liberal-Islamische Bund wurde 2010 gegründet, um denjenigen Musliminnen und Muslimen eine spirituelle, aber auch gesellschaftspolitische Heimat zu bieten, die sich einer offenen, progressiven und unvoreingenommenen Lesart ihrer Religion nahe fühlen. Daher – und mit Bezug auf unsere religiösen Texte – setzen wir uns ein für Geschlechtergerechtigkeit und engagieren uns gegen jegliche Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Unsere Gemeinden sind basisdemokratisch organisiert; Gebete werden von Frauen geleitet, Männer und Frauen beten nebeneinander; wir verstehen uns als inklusiv und heißen homo- und transsexuelle Menschen explizit willkommen. Wir engagieren uns im interreligiösen Dialog und leisten Bildungsarbeit, um Menschen die Angst vor „dem Islam“ zu nehmen. Und wir thematisieren antimuslimischen Rassismus, um Hetze und Stimmungsmache gegen eine Minderheit und den möglicherweise daraus folgenden gesellschaftlichen Spannungen entgegenzuwirken. Damit leben wir wichtige Grundsätze unserer Zivilgesellschaft und tragen zu ihrem Erhalt und ihrer Festigung bei. Dies geschieht nicht nur, weil wir uns unserem Glauben verpflichtet fühlen, sondern weil die Werte, um die es geht, aus sich selbst heraus überzeugen.

Auch in unserer Eigenschaft als Musliminnen und Muslime verstehen wir uns also

als Mitglieder dieser Gesellschaft, teilen ihre Werte und möchten diese mitgestalten und weiterentwickeln. Unsere Perspektive – im Falle des Liberal-Islamischen Bundes ist es eine progressiv-muslimische – soll sichtbar werden, sowohl was „Islam-Themen“ betrifft als auch bei Fragen ethischer Natur. Dabei geht es nicht darum, die eigene Meinung aufzudrängen, sondern eine auf religiösen Überzeugungen basierende Haltung zu artikulieren, die als Debattenbeitrag einer relevanten Minderheit zu verstehen ist: In einer liberalen und pluralen Zivilgesellschaft ist das eine Selbstverständlichkeit, die dennoch erst zur Normalität werden muss.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 4/2017. Die Autorinnenangaben wurden aktualisiert.

AUTORIN

Nushin Atmaca ist Islamwissenschaftlerin und arbeitet als Projektleitung am Museum für Islamische Kunst in Berlin. Studienaufenthalte führten sie nach Ägypten und Jordanien. Im Jahre 2011 trat sie dem Liberal-Islamischen Bund e.V. (LIB) bei, der sich für eine progressive, offene und unvoreingenommene Lesart des Islams stark macht. Gemeinsam mit anderen Mitgliedern des LIB baute Nushin Atmaca die Berliner Gemeinde des Vereins auf, in der sie bis heute aktiv ist. Von April 2016 bis April 2018 war sie 1. Vorsitzende des LIB.

Kontakt

✉ atmaca@lib-ev.de

Weitere Informationen

🌐 www.lib-ev.de

MARIA SINNEMANN

POTENZIALE UND HEMMNISSE – SONDERAUSWERTUNG DES VIERTEN FREIWILLIGENSURVEYS FÜR DIE EVANGELISCHE KIRCHE

Einleitung

Seit der ersten Erhebung im Jahr 1999 gilt der Freiwilligensurvey als wichtiger Teil der Sozialberichterstattung in Deutschland. Im Rahmen der dritten Sonderauswertung des Freiwilligensurveys für die evangelische Kirche stehen die Ergebnisse der evangelischen Engagierten im Mittelpunkt (vgl. Grosse 2006; Seidelmann 2012). Dabei kann erstmals zwischen den Mitgliedern der evangelischen Landeskirchen¹ und der evangelischen Freikirchen differenziert werden. Außerdem werden die Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften sowie die kirchlich stark verbundenen Evangelischen zum ersten Mal näher betrachtet.

Bei der Analyse der Ergebnisse sind die Verfahren der Gewichtung² und Prüfung zu beachten. Zudem erschwert ein neues Verständnis des Engagementbegriffs den Vergleich zwischen den unterschiedlichen Erhebungszeitpunkten (BMFSFJ

2016: 3; Roth 2016; Simonson/Hameister/Vogel 2016: 45, 71-77; Vogel et al. 2016: 131). Trotz dieser Kritikpunkte bieten die Freiwilligensurveys, die in fünfjährigem Abstand repräsentativ und mithilfe von standardisierten Interviews Menschen ab 14 Jahren zu ihrem Engagement befragen, insbesondere aufgrund der hohen absoluten Fallzahlen und des langen Untersuchungszeitraums einen umfassenden und unverzichtbaren Einblick in das freiwillige Engagement in Deutschland.

Trends für die evangelische Kirche

Ein zentrales Ergebnis des Freiwilligensurveys 2014 ist der Anstieg des Anteils freiwillig engagierter Menschen seit 1999 von 34 % auf 43,6 % (BMFSFJ 2016: 3). Dieser hohe Durchschnittswert wird von den evangelischen Befragten sogar noch übertroffen: So gaben 2014 48,6 % dieser Gruppe an, freiwillig engagiert zu sein.

Siehe Abb. 1

Im Zeitvergleich ist deutlich zu sehen, dass der Anteil der Menschen, die angeben freiwillig engagiert zu sein, in allen Altersgruppen deutlich steigt. Auffällig ist der Anstieg bei den 14- bis 24-Jährigen. Aber auch bei denjenigen, die 60 Jahre und älter sind, ist eine klare Erhöhung der Engagierten um bis zu 15 Prozentpunkte festzustellen.

Siehe Abb. 2

1 Diese werden im weiteren Verlauf des Textes als Evangelische bzw. evangelisch bezeichnet. Die Angehörigen evangelischer Freikirchen werden hingegen gesondert bezeichnet.

2 Die Ergebnisse des Freiwilligensurveys und der kirchlichen Sonderauswertung basieren auf gewichteten Analysen (Gewichtungsmerkmale: Haushaltsgröße, Zahl der Festnetznummern (und für das Jahr 2014 die Zahl der Mobilfunknummern), Bundesland, Gemeindegrößenklassen, Geschlecht, Altersgruppen). Von anderen Gewichtungsmerkmalen wie etwa dem Bildungsstand wurde abgesehen, um die Vergleichbarkeit mit vorherigen Auswertungen zu gewährleisten (BMFSFJ 2016: 3; Simonson/Hameister/Vogel 2016: 45).

SINNEMANN: POTENZIALE UND HEMMNISSE

Abb. 1: (Quelle: eigene Berechnungen)

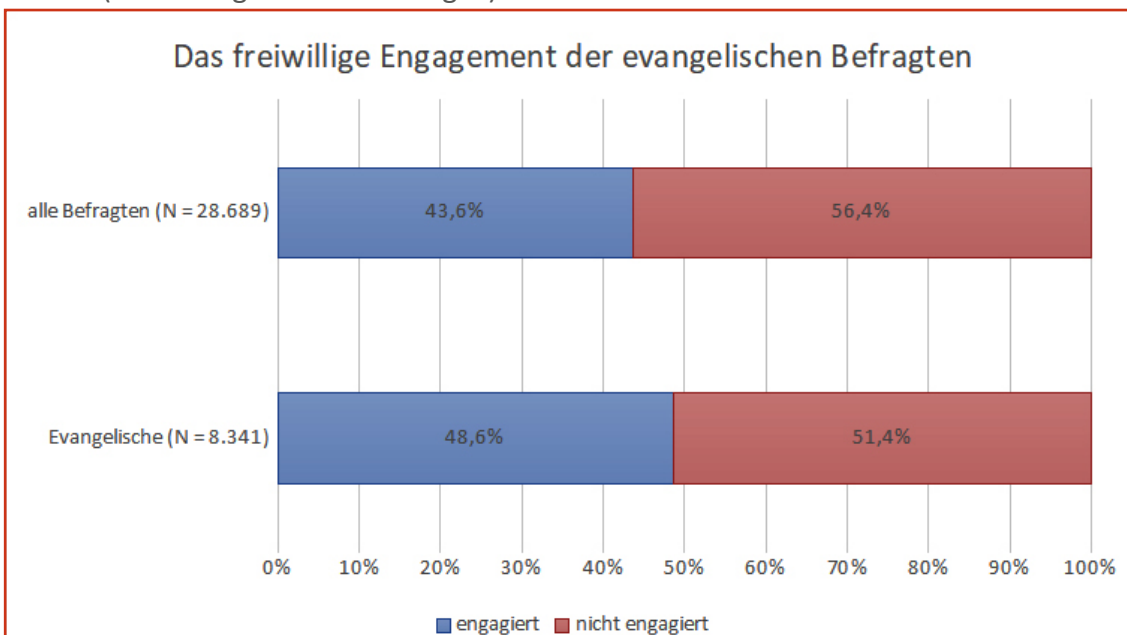
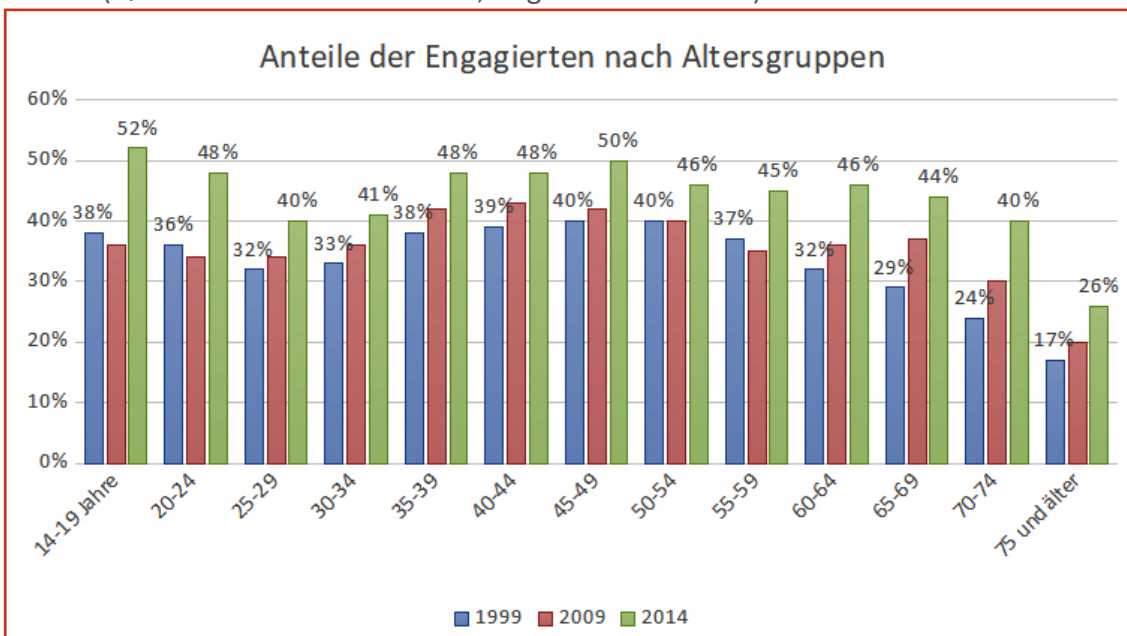


Abb. 2: (Quelle: Seidelmann 2012: 21; Vogel et al. 2016: 99)



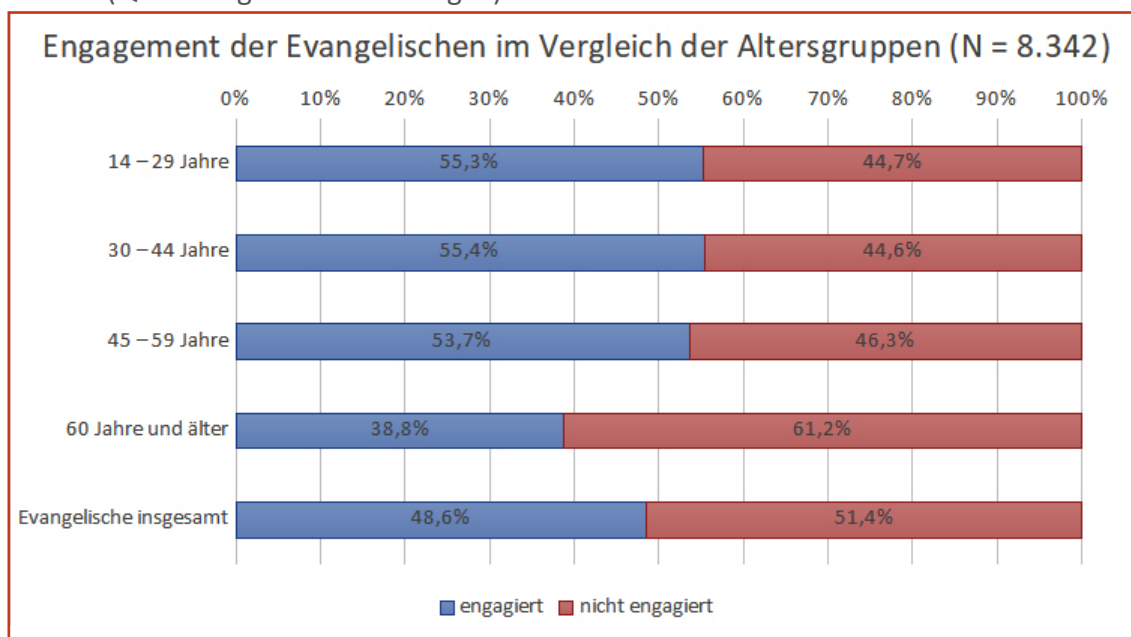
Betrachtet man in diesem Zusammenhang die Gruppe der evangelischen Engagierten im Jahr 2014 genauer, dann wird deutlich, dass sich diejenigen, die 60 Jahre und älter sind, durch eine wesentlich geringere Engagementquote als die Jüngeren auszeichnen. Allerdings sind auch hier fast vier von zehn Befragten freiwillig engagiert.

Siehe Abb. 3

Der Engagementbereich „Kirche und Religion“

Im Rahmen der Interviews wurden alle Befragten gebeten, den Bereich zu benennen, in dem ihr zeitaufwändigstes Engagement angesiedelt ist. Beim Vergleich der

Abb. 3: (Quelle: eigene Berechnungen)



evangelischen Engagierten mit allen Engagierten fällt zunächst auf, dass die fünf populärsten Bereiche übergreifend „Sport und Bewegung“, „Kultur und Musik“, „Sozialer Bereich“, „Kirche und Religion“ sowie „Schule und Kindergarten“ sind. Während sich von allen Engagierten allerdings nur 9,3 % im kirchlichen und religiösen Bereich engagieren, tun dies von den Evangelischen 11,4 %.

Zu beachten ist bei diesen Daten, dass die Befragten ihre zeitaufwändigste Tätigkeit selbst einem Bereich zugeordnet haben und jede Tätigkeit nur in einen Engagementbereich eingruppiert werden konnte. Deshalb finden sich zum Beispiel die Organisation eines „Hospizkaffees mit einer Pfarrerin zusammen [in einem] Diakonissenkrankenhaus“³ im Bereich Gesundheit oder der „Konfirmationsunterricht“ im Bereich der Jugendarbeit und Erwachsenenbildung⁴. Insofern ist die Verteilung der Engagementbereiche mit Vor-

sicht zu betrachten. Sie wirft die spannende Frage auf, warum Befragte das „Singen [im] Kirchenchor“⁵ eher dem kulturellen und musikalischen als dem kirchlichen und religiösen Bereich zuordnen.

Bezogen auf die Tätigkeit im Bereich „Kirche und Religion“ deuten die Ergebnisse auf eine hohe Zufriedenheit der Beteiligten hin: Demnach beträgt die Ausübungsdauer der Tätigkeit bei über der Hälfte der Engagierten mehr als fünf Jahre. Außerdem erwerben die meisten Engagierten soziale Kompetenzen, wie die Fähigkeit im Team zu arbeiten oder aufmerksam und empathisch mit seinen Mitmenschen umzugehen. Daneben gibt es in der Regel die Möglichkeit zur Mitsprache und feste Ansprechpartner*innen, die sich um die Ehrenamtlichen kümmern.

Die kirchlich stark verbundenen Evangelischen

Zunächst lässt sich also festhalten, dass die evangelischen Befragten sich durch eine überdurchschnittliche Engagementquo-

3 Quelle: offene Angaben Freiwilligensurvey 2014; Einsicht in die Daten beim Deutschen Zentrum für Altersfragen durch die Autorin am 09.10.2016.

4 Ebenda.

5 Ebenda.

Abb. 4: (Quelle: eigene Berechnungen)

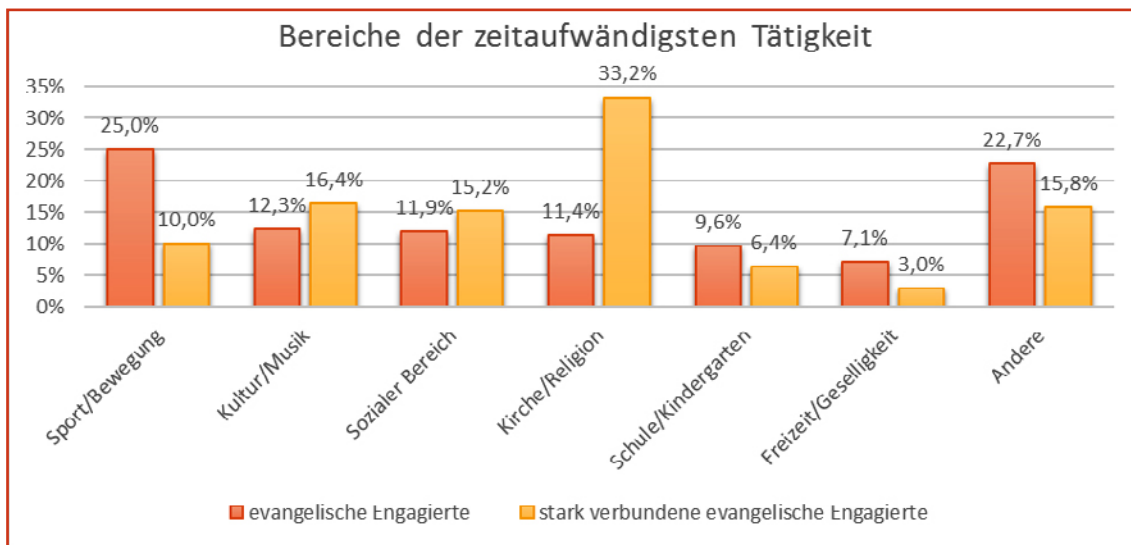
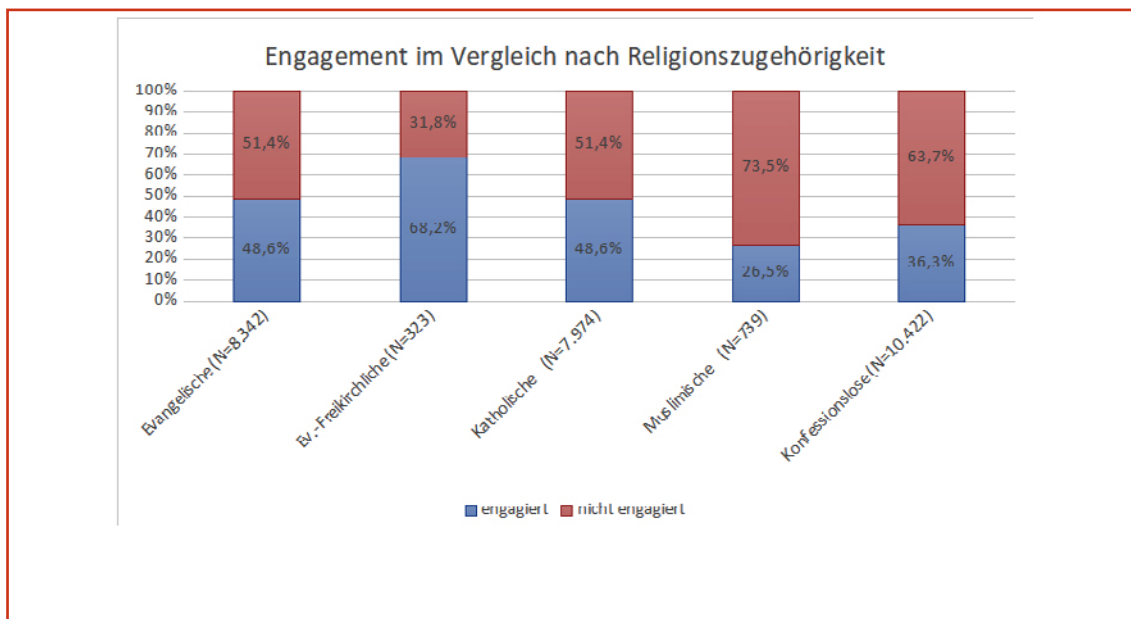


Abb. 5: (Quelle: eigene Berechnungen)



te auszeichnen und öfter als der Durchschnitt im Bereich „Kirche und Religion“ engagiert sind. Betrachtet man in diesem Zusammenhang die Gruppe der kirchlich stark verbundenen Evangelischen⁶ genauer, dann lässt sich noch einmal eine deutliche Steigerung dieser Werte ausmachen:

⁶ Insgesamt geben 14,8 % aller evangelischen Befragten an, stark mit ihrer Kirche verbunden zu sein.

Während von allen Evangelischen 48,6 % freiwillig engagiert sind, sind es bei den stark Verbundenen sogar 66,7 %. Wenig überraschend ist dabei, dass diese Evangelischen auch wesentlich häufiger (33,2 %) im kirchlichen und religiösen Bereich tätig sind.

Siehe Abb. 4

Die Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften

Neben der Betrachtung der stark verbundenen evangelischen Engagierten befasst sich die dritte kirchliche Sonderauswertung des Freiwilligensurveys erstmalig auch mit den Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften. Hier werden ebenso große Unterschiede sichtbar: Während sich die Evangelisch-Freikirchlichen durch eine weit überdurchschnittliche Engagementquote auszeichnen, ist von den muslimischen Befragten nicht einmal jede*r Dritte freiwillig engagiert.

Siehe Abb. 5

Die Menschen muslimischen Glaubens ebenso wie die Mitglieder evangelischer Freikirchen zeigen allerdings eine sehr hohe Bereitschaft, sich in Zukunft zu engagieren oder ihr bestehendes Engagement auszuweiten: So geben 75,3 % der muslimischen nicht Engagierten und 72,3 % der evangelisch-freikirchlichen nicht Engagierten an, sicher oder vielleicht

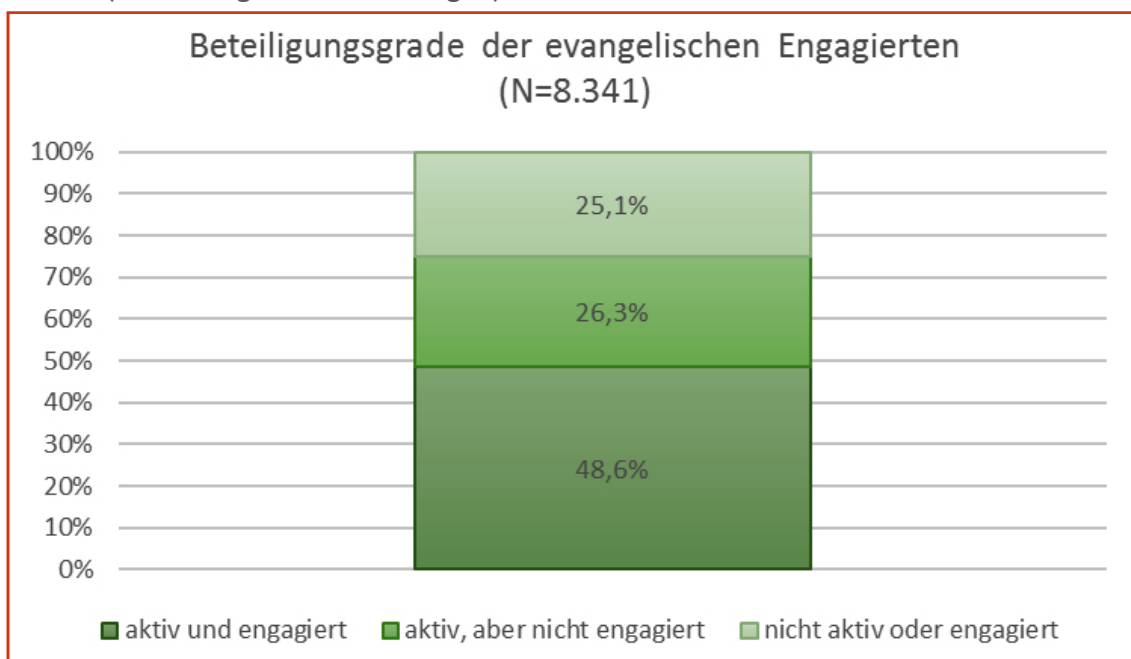
bereit zu sein, sich zukünftig zu engagieren (evangelische nicht Engagierte: 54,7 %). Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Frage an die Engagierten nach einer Ausweitung des Umfangs ihrer Tätigkeit. Während von den Evangelischen knapp sechs von zehn Menschen sicher oder vielleicht bereit sind, den Umfang ihrer Tätigkeit auszuweiten oder weitere zu übernehmen, gilt dies für mehr als drei Viertel der evangelisch-freikirchlichen und der muslimischen Engagierten.

Wie auch die folgenden Ausführungen und Verweise auf Korrelationen zeigen, sollen diese Ergebnisse nicht vorschnell auf eine Kausalität hindeuten. Sie lenken den Blick dennoch darauf, dass es ein Engagementpotenzial gibt, das gegebenenfalls im Rahmen der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft aktiviert werden kann.

Potenziale und Hemmnisse

Auch die Aktivität darf als Indikator für potenzielles Engagement gelten. Neben den 48,6 % der evangelischen Befragten,

Abb. 6: (Quelle: eigene Berechnungen)



SINNEMANN: POTENZIALE UND HEMMNISSE

die angeben, aktuell freiwillig engagiert zu sein, sind 26,3 % aktiv, aber nicht engagiert. Da aktive Teilhabe eine Vorform ehrenamtlichen Engagements sein kann, gibt es demnach noch eine beachtliche Zahl von Menschen, die zum Beispiel durch leitende Personen in der Organisation oder aktive Familienmitglieder und Freund*innen für ein freiwilliges Engagement ansprechbar ist.

Siehe Abb. 6

Allerdings haben nicht alle Menschen die gleichen Zugangsvoraussetzungen: Die Gründe für Engagement oder Nicht-Engagement sind häufig in der Sozialstruktur oder in den unterschiedlichen Rahmenbedingungen für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu suchen (Haumann 2014: 7-9; Redmann 2012: 9-12; Vogel/Hameister 2016: 246; Vogel/Simonson/Tesch-Römer 2016: 579).

Bei den evangelischen Befragten lässt sich in Bezug darauf ebenfalls feststellen, dass

sich evangelische Menschen, die berufstätig sind, häufiger freiwillig engagieren, als solche, die arbeitslos oder im Ruhestand sind. Zudem steigt die Engagementquote mit der Zunahme des durchschnittlichen Haushaltseinkommens bei den Evangelischen deutlich: 34 % bzw. 40,3 % der Menschen, die über weniger als 1.000 € bzw. 1.001 € - 2.000 € verfügen, gehen einer freiwilligen Tätigkeit nach. Von denjenigen, die über mehr als 4.001 € verfügen, tun dies 62,9 %. Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit den Ergebnissen des Deutschen Zentrums für Altersfragen und deuten darauf hin, dass freiwilliges Engagement eng mit dem sozioökonomischen Status zusammenhängt (Simonson/Hameister 2016: 429 ff.). Darüber hinaus lässt sich sowohl für die evangelischen Befragten als auch für den allgemeinen Durchschnitt vermuten, dass sich die Gesundheit und die Lebenszufriedenheit mittelbar oder unmittelbar auf das freiwillige Engagement auswirken (Tesch-Römer/Müller 2016: 455 ff.).

Siehe Abb. 7

Abb. 7: (Quelle: eigene Berechnungen)

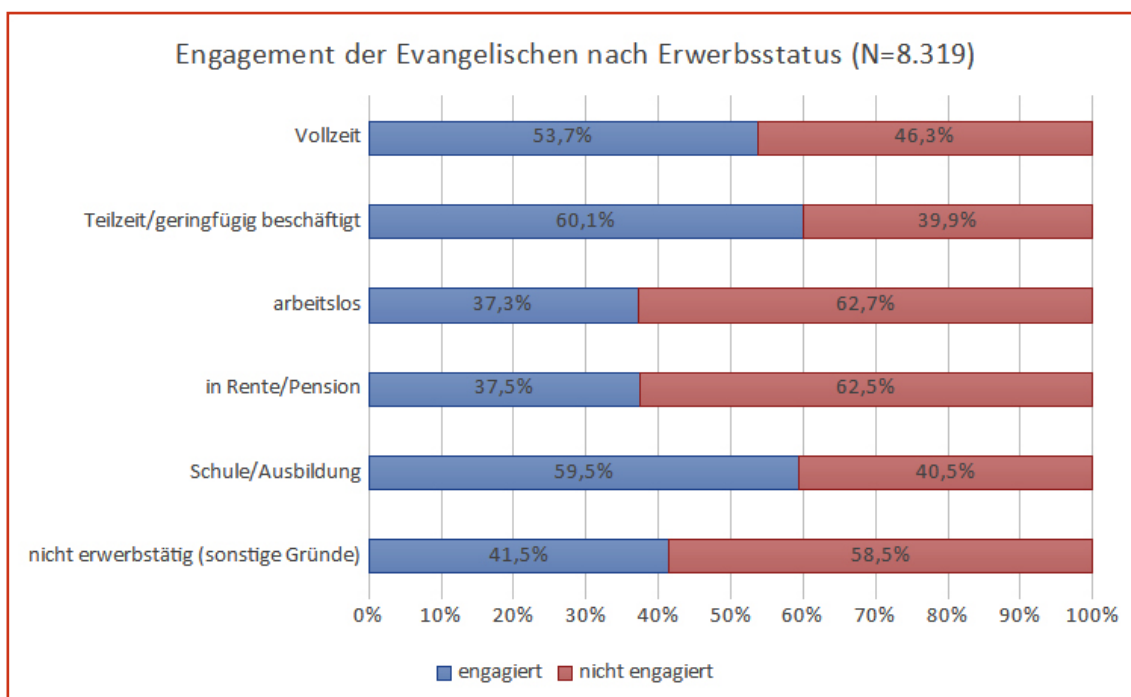


Abb. 8: (Quelle: eigene Berechnungen)

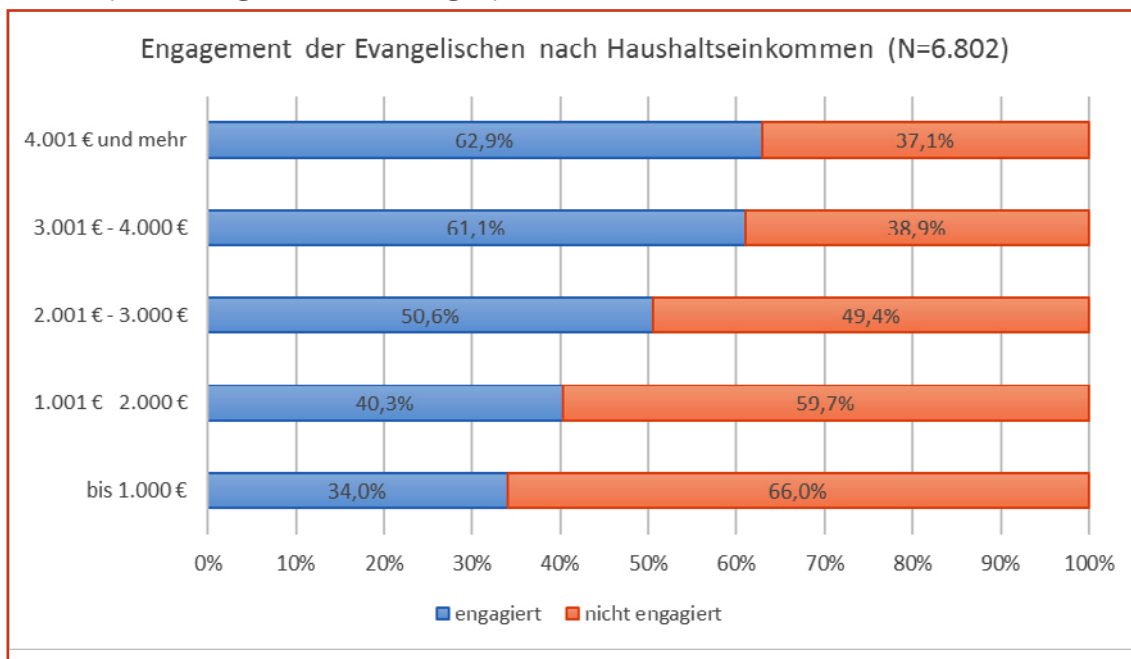
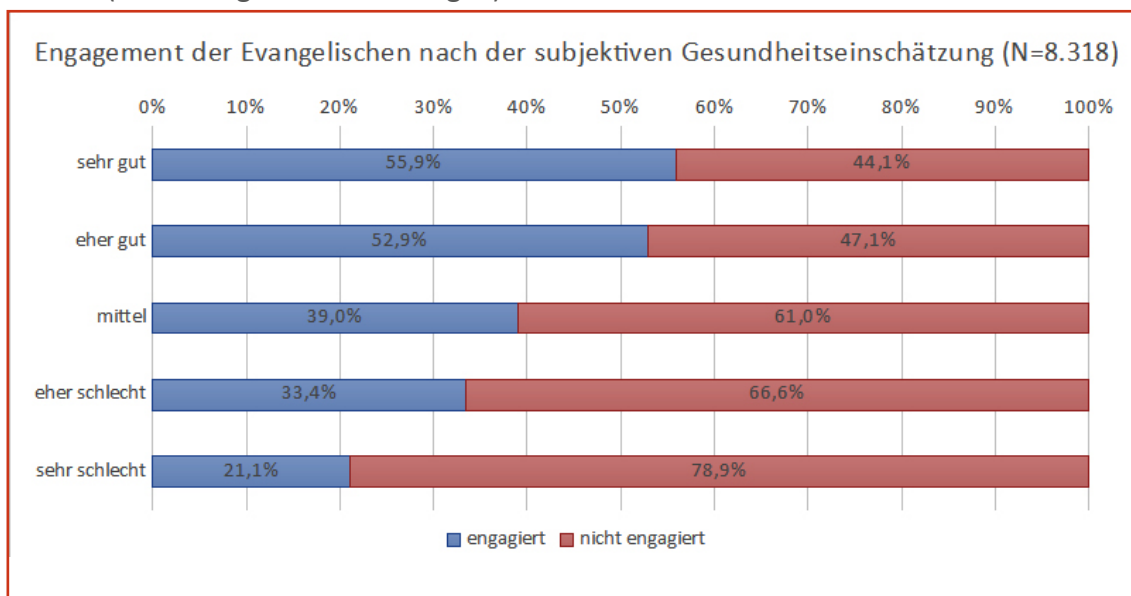


Abb. 9: (Quelle: eigene Berechnungen)



Siehe Abb. 8

Siehe Abb. 9

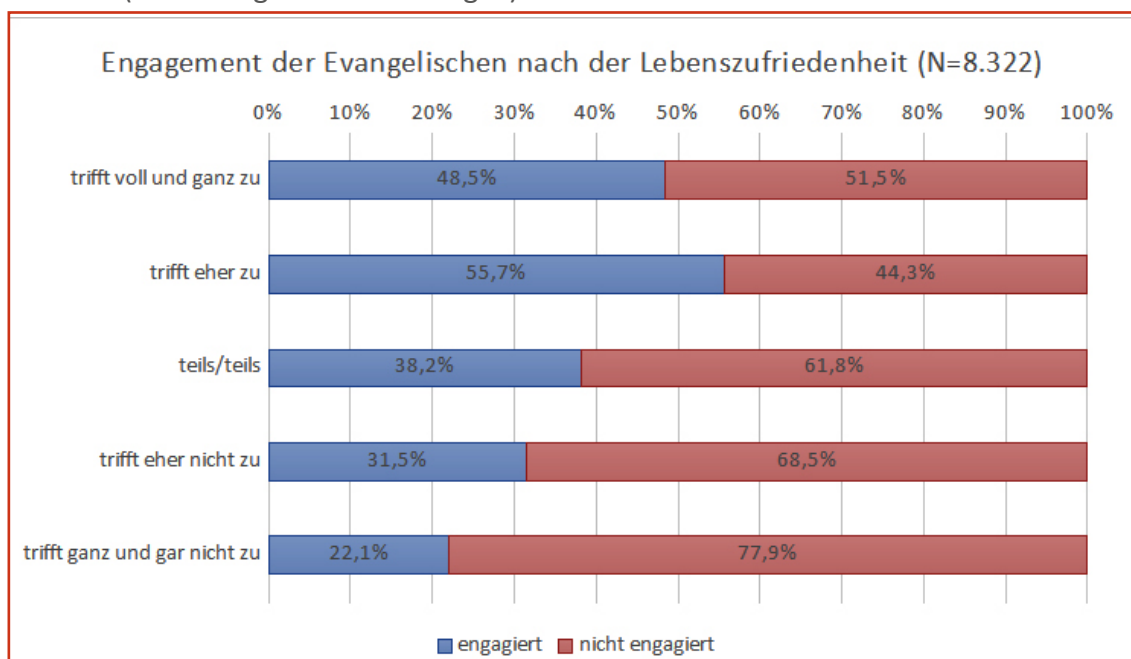
Siehe Abb.10

Fazit

Die dritte kirchliche Sonderauswertung stellt die evangelischen Engagierten in den Mittelpunkt. Dabei wird deutlich,

dass diese sich überdurchschnittlich häufig engagieren und der Bereich „Kirche und Religion“ einen wichtigen Stellenwert einnimmt. Daneben betrachtet die Auswertung erstmalig auch die kirchlich stark verbundenen Evangelischen sowie die Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften und kann hier große Unterschiede herausarbeiten: Während sich

Abb. 10: (Quelle: eigene Berechnungen)



von allen Evangelischen 48,7% freiwillig engagieren, tun dies von denjenigen, die angeben, stark mit der Kirche verbunden zu sein, 66,7%. Insbesondere Menschen muslimischen Glaubens sowie Angehörige evangelischer Freikirchen zeigen außerdem eine auffallend hohe Bereitschaft, ihr aktuelles Engagement auszuweiten oder zukünftig Aufgaben zu übernehmen. Daneben wird allerdings auch deutlich, dass das freiwillige Engagement eng mit der sozioökonomischen Situation sowie der Lebenszufriedenheit und Gesundheit der Befragten zusammenhängt. Dies gilt es zu beachten, wenn das große vorhandene Potenzial ausgeschöpft werden soll.

LITERATUR

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2016) Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Freiwilligensurveys 2014. Berlin.
- Grosse, Heinrich W. (2006) Freiwilliges Engagement in der evangelischen Kirche

hat Zukunft – Ergebnisse einer neuen empirischen Studie. Texte aus dem SI. Hannover. Im Internet: https://www.si-ekd.de/download/Freiwilligen_Grosse.pdf

- Haumann, Wilhelm (2014) Motive des bürgerschaftlichen Engagements. Kerneergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Befragung durch das Institut für Demoskopie Allensbach im August 2013. Berlin.
- Redmann, Britta (2012) Erfolgreich führen im Ehrenamt. Ein Praxisleitfaden für freiwillig engagierte Menschen. Wiesbaden.
- Seidelmann, Stephan (2012) Evangelische Engagiert – Tendenz steigend. Sonderauswertung des dritten Freiwilligensurveys für die evangelische Kirche. Hannover. Im Internet: https://www.si-ekd.de/download/Evangelische_engagiert.pdf
- Simonson, Julia & Nicole Hameister (2016) Sozioökonomischer Status und freiwilliges Engagement. In: BMFSFJ (Hrsg.) Freiwilliges Engagement für Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Berlin, 429-453.

- Simonson, Julia, Nicole Hameister & Claudia Vogel (2016) Daten und Methoden des Deutschen Freiwilligensurveys. In: BMFSFJ (Hrsg.) Freiwilliges Engagement für Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Berlin, 45 – 81.
- Tesch-Römer, Clemens & Doreen Müller (2016) Krankheitsbedingte Alltagseinschränkungen, subjektive Gesundheit, Lebenszufriedenheit, und freiwilliges Engagement. In: BMFSFJ (Hrsg.) Freiwilliges Engagement für Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Berlin, 455-474.
- Roth, Roland (2016) Gewinnwarnung – Anmerkungen zur wundersamen Engagementvermehrung des Freiwilligensurveys 2014. BBE Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland 10 / 2016, Berlin.
- Vogel, Claudia, Christine Hagen, Julia Simonson & Clemens Tesch-Römer (2016) Freiwilliges Engagement und öffentlich gemeinschaftliche Aktivität. In: BMFSFJ (Hrsg.) Freiwilliges Engagement für Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Berlin, 85-147.
- Vogel, Claudia & Nicole Hameister (2016) Mitgliedschaften in Religionsgemeinschaften, in Vereinen und gemeinnützigen Organisationen und freiwilliges Engagement. In: BMFSFJ (Hrsg.) Freiwilliges Engagement für Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Berlin, 233-249.
- Vogel, Claudia, Julia Simonson, Clemens Tesch-Römer (2016) Freiwilliges Engagement und informelle Unterstüt-

zungsleistungen von Personen mit Migrationshintergrund. In: BMFSFJ (Hrsg.) Freiwilliges Engagement für Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Berlin, 579-613.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 6/2017, aktualisiert Juni 2018.

AUTORIN

Maria Sinnemann, geb. 1989, ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD.

Kontakt

Petra-Angela Ahrens (Projektleitung), Sozialwissenschaftliches Institut der EKD
✉ petra-angela.ahrens@si-ekd.de

Maria Sinnemann, Sozialwissenschaftliches Institut der EKD
✉ maria.sinnemann@si-ekd.de

Weitere Informationen

Maria Sinnemann: Engagement mit Potenzial. Sonderauswertung des vierten Freiwilligensurveys für die evangelische Kirche, Hannover 2017, ISBN 978-3-9465250-3-5.

Die Sonderauswertung steht zum Download bereit unter https://www.si-ekd.de/download/2017_Freiwilligensurvey_Web.pdf

Sie kann auch zum Preis von 3,50 € bestellt werden per Mail an info@si-ekd.de oder telefonisch unter Tel. 0511/554741-0.

PROF. DR. ANTONIUS LIEDHEGENER

WOHIN MIT DER RELIGION IN DER ZIVILGESELLSCHAFT(SFORSCHUNG)? PLÄDOYER FÜR EIN DIFFERENZIIERTES MODELL AM BEISPIEL DER EUROPÄISCHEN UNION

In der Gegenwart ist es in allen Demokratien Europas für Politik und Gesellschaft unumgänglich, sich mit dem Phänomen „Religion“ auseinanderzusetzen – und sei es auch nur in der trotzigen Wiederholung der Forderung nach einer Privatisierung alles Religiösen. In den Sozialwissenschaften wird dies gerne damit begründet, dass das europäische Gesellschaftsmodell nicht nur Staat und Religion grundsätzlich getrennt habe (was stimmt), sondern auch dazu geführt habe, dass Europas Gesellschaften der Idee und weitestgehend auch der Praxis nach säkulare Gesellschaften seien (was in dieser Pauschalität nicht stimmt). Der Soziologe Jürgen Gerhards etwa erklärt die EU 2006 zu einem „säkularisierten Verband von Gesellschaften, die die Trennung von Politik, Gesellschaft [sic] und Religion institutionalisiert haben“. Die schier unendliche Diskussion nach der Geltung und Reichweite der klassischen Säkularisierungstheorie einmal beiseite gestellt, kann man doch feststellen, dass in den Sozialwissenschaften und ihren Nachbarwissenschaften, als auch in der öffentlichen Debatte zumindest im englisch- und deutschsprachigen Raum mittlerweile eine differenziertere Sicht Einzug gehalten hat. So hat der Soziologie José Casanova wiederholt und überzeugend dargelegt, dass Religionen und religiöse Akteure in Demokratien unter bestimmten Bedingungen als „public religions“ fungieren, d.h. sich auf der Grundlage ihrer religiösen Überzeugungen und normativen Orientierungen an der öffentlichen

Auseinandersetzung um die Gestaltung von Politik und Gesellschaft beteiligen bzw. sich beteiligen sollten. Der Soziologe, Philosoph und Vordenker Jürgen Habermas hat sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts ebenfalls dazu durchgerungen, dass religiöse Argumente in Debatten um öffentliche Angelegenheiten gehört werden müssen. Dabei gilt freilich der Vorbehalt, dass religiöse Argumente stets in den säkularen Diskurs zu übersetzten sind, wenn es um die Ausformulierung und Entscheidungsfindung von Politik in der postsäkularen Gesellschaft geht.

Eine ähnliche Denkbewegung lässt sich auch in der Zivilgesellschaftsforschung ausmachen. Unbestritten gilt hier die Existenz einer vitalen und am Gemeinwohl der sozio-politischen Ordnung interessierten Zivil- bzw. Bürgergesellschaft als Charakteristikum etablierter Demokratien. Die Entstehung einer aktiven Zivilgesellschaft als Voraussetzung und Widerlager politischen Entscheidens und staatlichen Handelns gilt zudem als ein entscheidender Schritt in der Phase der Konsolidierung junger Demokratien, wie sie nach 1989/90 vor allem in Mittel- und Osteuropa entstanden sind. Ob Religion bzw. Religionsgemeinschaften aber Teil dieser Zivilgesellschaft sind, ist theoretisch wie normativ keineswegs ausgemacht. Angesichts der langen Geschichte vor allem des Christentums in Europa und der Bedeutung von früh- und vormodernen Elementen in ihren Glaubenstraditionen wie in

ihren heutigen Strukturen und Routinen, sind Vorbehalte, die Kirchen als zivilgesellschaftliche Akteure zu klassifizieren, nicht ganz unverständlich.

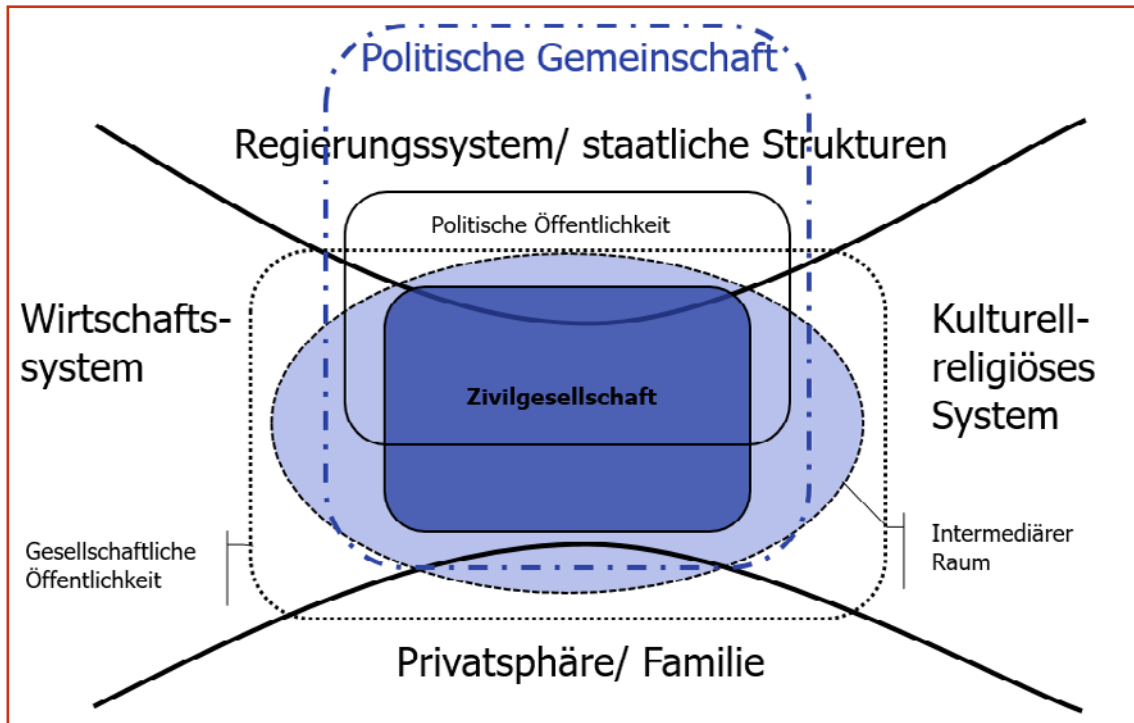
Empirisch wird dies in vielen Mitgliedstaaten der EU am besonderen Rechtsstatus vor allem der überlieferten Kirchen sichtbar. In Deutschland gilt, dass durch den verfassungsrechtlich garantierten Körperschaftsstatus „die Kirchen – wie aber auch alle anderen Religionsgesellschaften, denen dieser Rechtsstatus verliehen worden ist – aus dem Meer der (zivil-)gesellschaftlichen Akteure herausgehoben“ werden (Hense 2016, 122). Wenn bislang Religion in Europa häufig um ihrer sozialen Nützlichkeit willen gesellschaftlich weithin akzeptiert wird (aber nicht unbedingt praktiziert), droht diese der zivilgesellschaftlichen Verankerung von Religion durchaus hilfreiche gesellschaftliche Wahrnehmung in jüngerer Zeit durch die vor allem medial vermittelten Erfahrungen religiös motivierter Gewalt in Krieg und Terror überlagert zu werden. Entsprechend schwerer haben es gerade jüngere Religionsgemeinschaften und insbesondere muslimische Minderheiten aktuell. Nicht selten wird ihnen mit einer „Hermeneutik des Verdachts“ begegnet, die ihnen die Integration in westliche demokratische Gesellschaften zusätzlich erschwert. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass große wie kleine Religionsgemeinschaften und ihre zahlreichen Organisationen und Bewegungen sich gesellschaftlich einbringen und durch ihr Tun de facto ein wesentlicher Teil des zivilgesellschaftlichen Engagements pluralistischer Gesellschaften sind. Ob Jugendarbeit, Bildungs- und Sozialwesen, Entwicklungshilfe oder die Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise, religiöse Frauen und Männer und deren Zusammenschlüsse sind engagiert, übernehmen Verantwortung und tragen so zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Offenkundig sind Religion und Religionen vielschichtige gesellschaftliche Tatbestände, deren Verhältnis zur Zivilgesellschaft im guten Sinne fraglich ist. In den Anfängen der jüngeren Zivilgesellschaftsforschung wurde die zivilgesellschaftliche Qualität von Religion und Kirchen meist übersehen oder generell negiert. Mittlerweile werden sie zumeist mehr oder weniger umstandslos zur Zivilgesellschaft hinzugezählt, ohne dass ein gewisses Unbehagen für ihre Zuordnung zur Sphäre der freiwilligen Selbstorganisation zwischen Staat, Markt und Privatheit ganz verschwunden wäre. Wie freiwillig ist deren Mitgliedschaft? Deckt sich die Zuschreibung zur Zivilgesellschaft mit dem Selbstverständnis der religiösen Eliten und Trägerorganisationen? Wie gehen die Staaten mit Religion um? Und sind nicht auch große Teile religiös-caritativen Handelns in Deutschland, aber auch in anderen westeuropäischen Staaten weniger dem Modus freiwilligen zivilgesellschaftlichen Engagements als vielmehr dem wirtschaftlichen Erfolgstreben in einem staatlich orchestrierten Wettbewerb auf einem Markt für Gesundheits- und Sozialleistungen geschuldet? Und auch kirchliche Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen mögen zwar zivilgesellschaftlich relevantes Sozialkapital erzeugen, sperren sich aber doch der primären Zuordnung zur Zivilgesellschaft.

Diese und ähnliche Beobachtungen und Fragen zwingen zur Nachdenklichkeit. Im Folgenden wird vorgeschlagen, diese Inkonsistenzen und Spannungen als ein Problem der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung aufzufassen. Das Argument ist, dass unsere bisherigen modellhaften Vorstellungen von „Zivilgesellschaft“ nicht falsch, aber als Heuristik für moderne, komplexe Gesellschaften unterkomplex sind. Wie aber könnte ein erweitertes Modell aussehen, das das geläufige Modell der Zivilgesellschaft als Bereich zwischen

LIEDHEGENER: RELIGION IN DER ZIVILGESELLSCHAFT(SFORSCHUNG?)

Abb. 1: Öffentlichkeit, intermediärer Raum und Zivilgesellschaft im Modell der wesentlichen Subsysteme und Bereiche moderner demokratischer Gesellschaften. Quelle: Eigene Darstellung (Liedhegener 2016, 120).



Staat, Markt und Privatheit integriert und zugleich der Komplexität moderner Gesellschaften besser Rechnung trägt.

Siehe Abb. 1

Die vorstehende Abbildung ist die visuelle Verdichtung eines solchen Vorschlags (Liedhegener 2016). Dessen Grundzüge sollen in der gebotenen Kürze vorgestellt sein. Im Zentrum der Modellbildung steht die Frage, wie unter maßgeblicher Beteiligung einer plural verfassten Zivilgesellschaft in demokratischen Gesellschaften durchaus unterschiedliche Konfigurationen sozio-politischer Ordnungen entstehen, die durch einen anhaltenden, dynamischen Wandel im Ergebnis jeweils eine gewisse dauerhafte Stabilität erlangen. Die modelltheoretische Entfaltung dieses Grundgedankens macht sich eine Reihe von älteren systemtheoretischen Überlegungen zu Nutze, wie sie insbesondere

der heute zu Unrecht oft vergessene amerikanische Soziologe Talcott Parsons in der zweiten Hälfte des vorherigen Jahrhunderts entwickelt hat. Sie kombiniert diese Konzepte mit aktuellen Modellen aus Zivilgesellschaftsforschung und Politikwissenschaft. Folgt man einer systemtheoretischen Sicht, dann sind moderne Gesellschaften hochdifferenzierte Einheiten, in denen die Subsysteme aufeinander bezogen sind und – in abstrakter Betrachtung – jeweils bestimmte Funktionen füreinander und für die jeweilige Gesellschaft insgesamt erfüllen.

Nach Parsons sind die vier grundlegenden Funktionen jeder systemischen Struktur die Anpassung an die Umweltbedingungen (adaption), die Zielerreichung bzw. Zweckerfüllung des Systems (goal attainment), die Integration der systemeigenen Bestandteile und Strukturen (integration) sowie die Aufrechterhaltung der System-

grundlagen (latent pattern maintenance). Diese Bestandteile des berühmten AGIL-Schemas erklären in ihrem Zusammenspiel den Bestand und die Fortentwicklung systemischer Strukturen – oder auch deren Scheitern, wenn es zu gravierenden Fehlleistungen in der Funktionserfüllung kommt. Die „Gesellschaft“ ist für Parsons ein wichtiger, weil für menschliche Gemeinschaften entscheidender Unterfall sozialer Systeme allgemein. Auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene sind die genannten vier Systemfunktionen primär vier grundlegenden Teilsystemen zuzuordnen: der Wirtschaft (A / Anpassung), dem Regierungssystem bzw. Staat (G / Zielerreichung), der politischen Gemeinschaft (societal community) (I / Integration) und schließlich dem kulturell-religiösen System im Sinne institutionalisierter kultureller Strukturen (L – Werterhaltung). Das kulturell-religiöse System, das im gängigen Bereichsmodell der Zivilgesellschaftsforschung gerade nicht vorkommt, vereinigt in differenzierten Gesellschaften jene Institutionen, die mit der Formulierung und Weitergabe von Werten und Normen befasst sind, also etwa das Schulwesen, Literatur, Theater, Kunst, Wissenschaft und eben auch Religion. Das kulturell-religiöse System ist daher in systematischer Hinsicht auch der primäre Ort von Religion und Religionsausübung. Eine Religion, die diesen grundlegenden Bezug verliert und sich allein in eines der anderen Fundamentalsysteme – sei dies der Staat, die Zivilgesellschaft oder der Markt – und dessen Logik einzuschreiben gedenkt, dürfte mittelfristig ihre innere Plausibilität und in der Folge wohl auch ihre gesellschaftliche Funktionalität verlieren.

Religionen und religiöse Akteure sind aber gleichwohl nicht exklusiv auf dieses Subsystem moderner Gesellschaften festzulegen. Wie im Folgenden noch am Beispiel der EU-Ebene schlaglichtartig erläutert

werden soll, können sie als Akteur und Bestandteil auch anderer gesellschaftlicher Teilsysteme und Bereiche in Erscheinung treten. Dies gilt insbesondere für den intermediären Raum und näherhin für die in diesem intermediären Raum heute zentrale Zivilgesellschaft. Diesem intermediären Bereich, der insgesamt nicht ausschließlich zivilgesellschaftlich organisiert ist – man denke nur an das klassische Lobbying von Industrieverbänden oder aber extremistische politische Bewegungen, welche beide auf je unterschiedliche Art und Weise außerhalb der Zivilgesellschaft stehen –, kommt vor allem die Interessenvermittlungsfunktion zwischen Politik und Gesellschaft zu. Für Demokratien ist dabei die (politische) Öffentlichkeit ein wesentlicher und unverzichtbarer Teil dieses intermediären Raums, denn öffentliche Debatte ist ein wesentlicher Modus, um das politische System mit den Wünschen und Interessen der übrigen gesellschaftlichen Subsysteme und ihrer Akteure zu koppeln. In diesem intermediären Raum agieren auch Kirchen und Religionsgemeinschaften und deren zahlreiche Substrukturen und (Teil-)Organisationen. Im Sinne Casanovas können sie hier als zivilgesellschaftliche Organisationen im pluralistischen Meinungsstreit und Interessenausgleich mitwirken. Dies geschieht immer dann, wenn sie mit ihrem Tun und ihren Beiträgen die allgemeinen Kriterien zivilgesellschaftlichen Handelns erfüllen, d.h. sie handeln selbstorganisiert und selbständig, öffentlich, konfliktbereit und pluralistisch, „zivil“, also nicht-gewalttätig und nicht-militärisch, sowie solidarisch, also nicht nur rein eigeninteressiert, sondern zugleich auch gemeinwohlorientiert.

Zivilgesellschaftliches Handeln von Religionen ist aber, darauf verweist das Modell auch, keine Selbstverständlichkeit. Kirchen und Religionsgemeinschaften können sich stattdessen auch als staatsanalo-

ge Institutionen oder gar staatsfeindliche Korporationen begreifen, die dann nach eigenem Verständnis wie nach den genannten Kriterien zivilgesellschaftlichen Handelns außerhalb der Zivilgesellschaft demokratischer Gesellschaften stehen. Ebenso kann das politische System versuchen, Religionsgemeinschaften für sich zu gewinnen, indem man besondere Kooperationsbeziehungen und Finanzierungsmöglichkeiten jenseits der für alle nach gleichen Kriterien offenen Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten anbietet, was dann unter Umständen zur Errichtung von Staatskirchen o.Ä. führt. Die Grenze einer freiheitlichen politischen Ordnung wird dort überschritten, wo der Staat Religion vereinnahmt und instrumentalisiert, indem man sie durch eine institutionelle Überwältigung in eine Art „babylonische Gefangenschaft“ des Staates bringt und damit ihren Weg in die Zivilgesellschaft kontrolliert oder gar abschneidet.

Aus dieser Modellperspektive erhellt sich auch ein anderer Streit um die Rolle von Religionen, der vor allem in der Politikwissenschaft geführt wird. Immer wieder wurde und wird hier gestritten, ob Kirchen und andere Religionsgemeinschaften in der Politik Interessengruppen sind oder aber eine Größe sui generis. Zumeist geschieht dies unter der stillschweigenden Voraussetzung, dass es sich bei beiden Sichtweisen um zwei sich wechselseitig ausschließende Positionen handelt, d.h. nur eine Sicht zutreffend sein könnte. Das hier vertretene Modell löst dieses Entweder-oder auf der Theorieebene auf und erlaubt Übergänge, Grauzonen und Mehrfachzuordnungen von Religionsgemeinschaften und religiösen Akteuren. Die Frage wird damit zu einer empirischen Frage, d.h. es ist fallorientiert zu klären, wo und wie religiöse Organisationen und Akteure im politischen System in Erscheinung treten.

Der analytische Gewinn dieses heuristischen Modells lässt sich am Beispiel der Einbeziehung von Religionsgemeinschaften und ihnen zugeordneter Organisationen auf der Ebene der Europäischen Union und ihrer Institutionenordnung illustrieren. Mit der seit 1990 nicht nur rasant erweiterten, sondern vor allem auch politisch zunehmend vertieften Union sind hier auch das Regierungssystem der EU-Ebene und Religion in unterschiedlichster Art und Weise in neue und dichtere Beziehung zueinander getreten. Religionsgemeinschaften und deren Suborganisationen haben ein eigenständiges Interesse an der EU, ihrer Fortentwicklung und ihren die Mitgliedstaaten oftmals direkt bindenden Entscheidungen entwickelt. Das 2011 eingeführte Transparenz-Register der EU macht jene Personen und Organisationen sichtbar, die – seien sie nun Unternehmen, juristische Kanzleien, NGOs oder Kirchen und Religionsgemeinschaften – auf die Entscheidungsfindung auf EU-Ebene Einfluss zu nehmen versuchen. Gegenwärtig haben sich dort 49 Akteure registriert, die laut Selbstauskunft der Kategorie „Organisations representing churches and religious communities“ zuzuzählen sind. Deren politischen Interessen sind, wie das Register zeigt, extrem breit gestreut und ihre Anzahl ist verglichen mit der Gesamtzahl der registrierten Interessenverbände und -vertreter von rund 11.000 klein. Politische Erfolge sind aber gleichwohl möglich: „Aufgrund der eigenen Betroffenheit verfolgen die Kirchen seit Jahren die Novellierung des Datenschutzrechts. Die im April 2016 verabschiedete Grundverordnung sieht unter Bezugnahme auf Artikel 17 Absatz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) Regelungen vor, nach denen die Kirchen ihr eigenes Datenschutzrecht fortführen können.“ (Belafi 2016, 369) Modelltheoretisch handelt es sich um klassische Interessenpolitik von organisierten Akteu-

ren, die via intermediärem Raum Einfluss auf politische Entscheidungen im Regierungssystem nehmen.

Der im vorstehenden genannte Art. 17 AEUV selbst verweist aber auf einen anderen Zusammenhang und ist hier deshalb von besonderem Interesse. Er liefert einen rechtlichen Fixpunkt für die Frage, ob Kirchen und Religionsgemeinschaften in den Arbeitsstrukturen der EU (allein) als zivilgesellschaftliche Akteure angesehen werden oder nicht. Die Entstehung dieses Artikels hat eine lange, aufschlussreiche Vorgeschichte. Der Artikel geht sachlich auf eine Erklärung zum Vertrag von Amsterdam 1997 zurück, war in der heutigen Formulierung erstmals Teil des nicht von Erfolg gekrönten Verfassungsgebungsprozesses der EU zwischen 2001 und 2004 und gelangte anschließend in den EU-Vertrag von Lissabon, der stattdessen 2009 in Kraft trat und die aktuelle Verfasstheit der EU als politischer Einheit normiert. Ursprünglich schwebte der EU-Kommission vor, die Beziehungen der EU zu Kirchen und Religionsgemeinschaften im Rahmen der Bestimmung für zivilgesellschaftliche Akteure allgemein zu regeln. Dem widersetzten sich die religiösen Akteure mit Erfolg, nicht zuletzt die deutschen Kirchen. Sie beharrten darauf, dass Religionsgemeinschaften nach ihrem Auftrag und Selbstverständnis nicht vorrangig zivilgesellschaftliche Akteure wie alle anderen seien, sondern ein eigener Kulturfaktor im Leben der Mitgliedsländer sind. Im Ergebnis wurde im Primärrecht der EU – auch auf ausdrücklichen Wunsch Deutschlands – für das Thema Religion im Grundsatzteil ein eigener Artikel geschaffen, der sachlich verkürzend oft als „Kirchenartikel“ bezeichnet wird.

In diesem Art. 17 AEUV ist festgehalten, dass die EU jenseits der Religionsfreiheit im Rahmen ihrer Grundrechtspolitik kein

eigenes Religionsrecht schaffen kann, das das Verhältnis von Religion und Politik in den Mitgliedstaaten regelt bzw. beeinträchtigt (Abs. 1). Weltanschauliche Gemeinschaften und Organisationen sind dabei – analog zu den Regelungen in der deutschen Verfassung – den Religionsgemeinschaften und Kirchen gleichgestellt (Abs. 2). Damit entspricht das Primärrecht der EU, bezogen auf das vorgestellte Modell, der Zuordnung von Religion zum kulturell-religiösen Subsystem und markiert dem Grundsatz nach eine qualitative Differenz zum Bereich der Zivilgesellschaft.

Darüber hinaus hat sich die EU darauf verpflichtet, ähnlich wie mit den rein zivilgesellschaftlichen Akteuren auch mit den religiösen Akteuren „in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“ zu führen (Art. 17, Abs. 3). Der sichtbarste Ausdruck dafür sind die regelmäßig wiederkehrenden, unter ein gemeinsames Thema gestellten Treffen der Kommission bzw. EU-Spitzenvertreter mit den hochrangigen Repräsentanten der Kirchen und Religionsgemeinschaften Europas, die sogenannten „High-Level Religious Leaders Meetings“. Während die politisch anstehenden, strittigen Fragen vor allem auf der gut eingespielten Arbeitsebene zwischen EU-Institutionen und den Brüsseler Lobbying-Stellen der Religionsgemeinschaften angesiedelt sind, bieten diese stark von den Vorgaben der Kommission lebenden Gipfeltreffen vor allem eine öffentliche Plattform, in symbolischer Form den Zusammenklang von EU und Religionsgemeinschaften zu demonstrieren. Hier steht also modelltheoretisch nicht so sehr der Bezug zur Interessenvermittlung und politischen Willensbildung im intermediären Bereich, sondern vielmehr die Unterstützung der „politischen Gemeinschaft“ und damit die Integrationsfunktion der EU als eines politischen Systems sui generis im Vordergrund.

Schaut man auf die drängenden politischen Herausforderungen der EU durch den Ukraine-Konflikt, die Flüchtlingskrise, den Brexit und populistische antieuropäische Bewegungen und Parteien und fragt nach den Positionen und Aktionen der Kirchen und Religionsgemeinschaften zu diesen Themen, so zeigt sich, dass auch religiöse Akteure dazu kontrovers Stellung nehmen. Generell überwiegen wohl die positiven Stimmen zur EU und EU-Integration aus ihren Reihen, aber es ist unübersehbar, dass die Repräsentanten mancher Kirchen und Religionsgemeinschaften in den Mitgliedsländern in ihren Pro- oder Contra-Positionen von der vorherrschenden politischen Lage in ihren Staaten geprägt sind (Belafi 2016). Gemeinsame Stellungnahmen auf EU-Ebene sind schwieriger geworden. Gleichwohl ist nicht zu übersehen, dass viele Stellungnahmen und Initiativen der Kirchen und Religionsgemeinschaften etwa in der Flüchtlingskrise der Jahre 2015/16 Ausdruck einer europäischen bzw. EU-bezogenen Zivilgesellschaft sind, denn diese Stimmen bringen sich gemeinwohlorientiert und gleichwertig in die öffentliche Debatte um die zukünftige Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten ein.

Diese kursorische Darlegung zum Status und Verhalten von Kirchen und Religionsgemeinschaften dienten dazu zu illustrieren, dass das vorgeschlagene deskriptive Modell zu den Orten von (organisierter) Religion in modernen demokratischen Gesellschaften in der Lage ist, einen weiterführenden Beitrag zur Analyse von Politik, Zivilgesellschaft und Religion zu leisten. Der Ort von Religion in differenzierten, demokratischen Gesellschaften wird durch das Modell genauer bestimmbar. Die Grundeinsicht bleibt dabei stets dieselbe: In den Strukturen moderner Gesellschaften ist Religion in aller Regel mehrfach zu verorten, denn erstens tritt Religion wie gesehen in

den unterschiedlichsten öffentlichen, zivilgesellschaftlichen und politischen Bezügen auf. Und zweitens sind Religion und Religionen über weite Strecken eine eigenständige Größe, die sich einer alleinigen Zuschreibung zur Zivilgesellschaft sperrt. Religion fällt also nicht automatisch und keineswegs notwendig mit der Zivilgesellschaft oder der (politischen) Öffentlichkeit zusammen, kann sich aber darin einbringen und einen wichtigen Beitrag leisten. Normativ gewendet bedeutet dies, dass die zivilgesellschaftliche Verankerung und ein zivilgesellschaftliches Agieren von Religionsgemeinschaften und ihren Vertretern und Organisationen unbeschadet ihrer primären Zuordnung zum kulturell-religiösen Teilsystem höchst wünschenswert und förderungswürdig sind.

LITERATUR

- Belafi, Matthias (2016), Kirchen und Religionsgemeinschaften, in: Jahrbuch der Europäischen Integration, 365-370. (der wertvolle Bericht erscheint regelmäßig im Jahrbuch)
- Hense, Ansgar (2016), Ein „Geschäft auf Gegenseitigkeit“? Die Kirchen im deutschen Staat, in: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.), Achtung Kurzschluss! Religion und Politik, Dresden, 101-127.
- Leustean, Lucian N. (Hg.) (2012), Representing Religion in the European Union. Does God Matter? (= Routledge Studies in Religion and Politics) London.
- Antonius Liedhegener (2016), Religion in Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit und Politik in demokratischen politischen Systemen. Sechs Fallbeispiele und ein heuristisches Modell der empirischen politischen Theorie, in: Könemann, Judith/ Wendel, Saskia (Hg.), Religion, Öffentlichkeit, Moderne. Transdisziplinäre Perspektiven, unter Mitarbeit von Martin Breul, Bielefeld, 93-127.

- Transparenz-Register der EU <http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/homePage.do>, abgerufen am 21.4.2017. Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 4/2017.

AUTOR

Prof. Dr. Antonius Liedhegener ist Professor für Politik und Religion am Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik (ZRWP) an der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern. Er ist langjähriges Mitglied und ehemaliger Sprecher des DVPW-Arbeitskreises „Politik und Religion“ sowie Mitherausgeber der beiden Buchreihen „Politik und Religion“ (Springer VS) und „Religion – Wirtschaft

– Politik“ (Nomos/ TVZ). Die vorgestellten Ideen sind im Rahmen seiner politikwissenschaftlichen Arbeiten zum Forschungsschwerpunkt „Religion und gesellschaftliche Integration in Europa“ der Universität Luzern entstanden.

Kontakt

✉ antonius.liedhegener@unilu.ch

Weitere Informationen

🌐 <https://www.unilu.ch/fakultaeten/ksf/institute/religionswissenschaftliches-seminar/mitarbeitende/prof-dr-antonius-liedhegener/>

🌐 <http://www.zrwp.ch>

🌐 <http://www.unilu.ch/deu/regie.html>

🌐 <http://smre-data.ch>

JAKOB HELMUT DEIBL

NEUE FRAGEN, NEUE BÜNDNISSE – ZUR ROLLE DER RELIGIONEN IN EUROPA

1) Beschreibungen der Wirklichkeit, welche das Phänomen der Religion nur in Gestalt von Dichotomien zu erfassen vermögen, wie z.B. Religion versus Aufklärung, Glaube versus Vernunft, Unmündigkeit versus Selbstbestimmung, Aberglaube versus Wissenschaft, Dogma versus Rationalität etc., begegnen heute zwar noch gelegentlich, haben aber ihre Erklärungskraft für gegenwärtig statthabende gesellschaftliche Transformationsprozesse weitgehend verloren. In der repetitiven Akzentuierung jener Gegensätze erweisen sie sich nicht allein als einfallslos, sondern stellen vor allem eine Simplifizierung dar, welche weder den Religionen noch den gegenwärtigen Lebenswelten gerecht wird – und schon gar nicht den differenzierten Überlegungen, die wir mit dem Begriff „Aufklärung“ benennen. Veränderungen, die Religion(en) und Gesellschaft(en) in gleicher Weise betreffen, verlangen, jenseits der oben genannten Kategorisierungen neue Fragen zu stellen und neue Bündnisse zu finden.

2) Aufklärung gilt es als wichtige Errungenschaft zu verteidigen – nicht allein gegen autoritäre Tendenzen in Politik, Religionen und Ökonomie, sondern auch gegen ihre Partikularisierung. Sie trägt – bei allen bekannten Schwierigkeiten, ihr Programm auch einzulösen – von Anfang an einen Zug der Universalisierung ihres Anliegens, d.h., es handelt sich um eine Bewegung, welche sich nicht über den Ausschluss bestimmter Gruppen („wir“ und „die anderen“) definieren kann. Auf-

klärung ist ein unteilbares Phänomen. Sie will, dass ihre geistigen Errungenschaften allen zuteilwerden können. Im Hinblick auf die heutige Situation bedeutet dies, dass sich Aufklärung zwar gegen gewisse Tendenzen innerhalb der Religionen wenden muss, ihren Anspruch jedoch verrät, wenn sie ihren Inhalt allein daraus gewinnt, sich gegen ein banalisiertes (Zerr-)Bild von Religion zu stellen. Vielmehr muss sich ihr Anliegen nicht zuletzt darin artikulieren, Prozesse der Selbstaufklärung in den Religionen zu fördern.

Religionen müssen die Aufklärung nicht erfunden haben, es ist ihnen jedoch zuzutrauen (und von ihnen auch zu erwarten), dass sie in ihren Traditionen, Riten, Heiligen Schriften etc. Potentiale der Aufklärung aktivieren. Es ist banal zu befinden, dass in Jahrhunderte oder Jahrtausende alten Texten nicht von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit die Rede ist; es ist jedoch ein höchst anspruchsvoller geistiger Prozess, wenn Religionen die hermeneutische Kompetenz entwickeln, jene Errungenschaften der Aufklärung auch aus ihren Traditionen herauszulesen und zu entwickeln.

Betrachtet man die Wandlungsfähigkeit, die sämtlichen Religionen eignet, kann man keiner Religion per se diesen Interpretationsprozess absprechen. Freilich stellt diese Herausforderung für viele religiöse Traditionen auch eine Zerreißprobe dar und geht nicht bruchlos vonstatten.

Andererseits gibt es auch eine gefährliche Tendenz der „Partikularisierung“ der Aufklärung, die Religion immer schon zum Anderen der Vernunft erklärt hat und den Religionen derartige Prozesse der Selbstaufklärung nicht zutrauen will: Weil Religionen mit einer Aufgabe der Vernunft zugunsten eines blinden Glaubens zu tun hätten, könne es in ihnen derartige Entwicklungen nicht geben. Dabei handelt es sich jedoch um eine dogmatische Behauptung im schlechtesten Sinn. Das universale Erbe der Aufklärung wird dann zu einem bloß partikulären Phänomen, das über Mechanismen des Ausschlusses arbeitet.

Aufklärung hat in ihren höchsten Momenten auch immer mit einer Form radikaler Selbstkritik und der Dekonstruktion des eigenen Wissensrahmens zu tun und erlaubt es nicht, sich selbst auf einen sicheren Standpunkt des Aufgeklärt-Seins zu stellen, von dem aus man die Welt einer Beurteilung unterwirft. Kant wehrt sich in seiner Schrift Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? dagegen, für sich einen Standpunkt des Aufgeklärt-Seins als erreichten Zustand in Anspruch zu nehmen: „Wenn denn nun gefragt wird: Leben wir jetzt in einem aufgeklärten Zeitalter? so ist die Antwort: Nein, aber wohl in einem Zeitalter der Aufklärung.“ Mithin geht es dabei um einen nicht abgeschlossenen Prozess, der sich immer wieder neu konfiguriert.

Eine neue Frage, die es heute zu stellen gilt, lautet: Wie können Prozesse der Aufklärung in den Religionen selbst erfolgen und wie können diese Entwicklungen gefördert werden? Diese Frage ist getragen vom Gedanken, Religionen gegen fundamentalistische Tendenzen neu als Bündnispartner eines der Aufklärung verpflichteten Erbes zu gewinnen.

3) Globale Herausforderungen wie Migration und Ökologie, aber auch Fragen wie

Urbanisierung, Traditionsverluste und Virtualisierung, stellen uns heute vor Schwierigkeiten, welche die Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher Überzeugungen verlangen. Otto Neurath hat ein eindrucksvolles Bild geprägt, das ich in diesem Zusammenhang aufgreifen möchte: „Wie Schiffer sind wir, die ihr Schiff auf offener See umbauen müssen, ohne es jemals in einem Dock zerlegen und aus besten Bestandteilen neu errichten zu können.“ (Otto Neurath, Protokollsätze, 1932) Was Neurath im Rahmen der Diskussionen des Wiener Kreises auf eine neue Sprache der Wissenschaften bezogen hat, kann auf die großen zivilgesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit angewendet werden. Es wird darum gehen, künftig neue Allianzen zu finden, die sich zwischen Menschen mit unterschiedlicher religiöser Zugehörigkeit sowie zwischen Menschen religiöser und nicht-religiöser Zugehörigkeit ergeben, die dem Umstand Rechnung tragen, dass wir uns im selben Boot (derselben Arche) befinden und an dessen Umbau gemeinsam arbeiten müssen. Dies hat in keiner Weise etwas zu tun mit einer schalen Vereinheitlichung von religiösen Identitäten oder einer Verwässerung von deren Traditionsgehalten, sondern mit der Frage, welche Ressourcen die jeweilige Tradition für den Umgang mit jenen zivilgesellschaftlich relevanten Aufgaben einbringen kann.

Unterscheidungen einzelner Gruppen voneinander werden damit nicht nivelliert, traditionelle Abgrenzungen verlieren jedoch ihre letzte und umfassende Bedeutung. Gräben werden in Zukunft, wie ich vermute, immer weniger zwischen den einzelnen Religionen bzw. zwischen religiösen und säkularen Bürgerinnen und Bürgern verlaufen, sondern die Religionen sowie die Zivilgesellschaft selbst durchziehen und sich an der Frage scheiden, ob man sich den gemeinsamen Herausforderun-

gen unserer Zeit stellt oder dem gemeinsamen Umbau des Schiffes auf hoher See verweigert. Im Sinne des universalen Charakters der Aufklärung und deren Ethos, umfassende Bündnisse zu finden, muss es gerade darum gehen, jene Gräben nicht einzufrieren und zu fixieren, sondern auch diejenigen Menschen zu Bündnispartnern zu gewinnen, welche diese Aufgabe von sich weisen.

4) Eine weitere Frage, die sich mit dem fortschreitenden Abbruch des Verständnisses für christliche Motive sowie einer verstärkten Präsenz anderer religiöser Traditionen (nicht zuletzt durch Immigration) in Europa stellt, betrifft die hermeneutische Kompetenz im Umgang mit Religionen. Wie kann die europäische, stark von der biblischen Erzählung geprägte Geschichte für uns lesbar bleiben? Mit dem Wissen um Religion gäben wir auch das Verständnis für die kulturelle Tradition der vergangenen Jahrhunderte preis. Wie können sich die Traditionen Europas im Lichte anderer religiöser Narrationen neu interpretieren und übersetzen?

Neben seiner imperialistischen und kolonialistischen (Herrschafts-)Geschichte war

Europa immer auch ein Raum der Übersetzungen, Aktualisierungen und Neuinterpretationen der vielfältigen, diesen Kontinent prägenden Erzählungen. Heute steht Europa erneut vor der Herausforderung derartiger Übersetzungen.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 4/2017. Die Autorenangabe wurde aktualisiert.

AUTOR

Jakob Helmut Deibl ist „professore invitato“ am Pontificio Ateneo Sant’Anselmo in Rom am Institut für Philosophie. Er ist Mitherausgeber des Open-Access Interdisciplinary Journal for Religion and Transformation in Contemporary Society (J-RaT), das am Forschungszentrum Religion and Transformation in Contemporary Society der Universität Wien angesiedelt ist.

Kontakt

✉ helmut.jakob.deibl@univie.ac.at

Weitere Informationen

🌐 <https://www.religionandtransformation.at/publikationen/journal-j-rat/>

🌐 <https://www.vr-elibrary.de/loi/jrat>

CHRISTOPH GRÜLL

LOKAL UND GLOBAL ZUHAUSE: RELIGIÖSE ORGANISATIONEN ALS BINDEGLIEDER EUROPÄISCHER ZIVILGESELLSCHAFTEN?

Das Ausmaß, in dem die humanitäre Dimension von Flucht und Migration zu einer politischen Krise innerhalb der EU sowie zu wachsender Polarisierung innerhalb sowie zwischen europäischen Staaten geführt hat, verdeutlicht die Notwendigkeit, den Blick von Neuem auf die gesellschaftlichen Bindekräfte in Europa zu richten. Vor dem Hintergrund der „Flüchtlingskrise“ ist die aktuelle politische Situation in Europa in besonderem Maße vor die Herausforderung gestellt, zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken, die Bürgerengagement mit der Frage offener und pluralistischer Gesellschaften verbinden. Aktuelle Spannungen und Risse innerhalb des europäischen Hauses (ein nach wie vor andauerndes politisches Experiment) führen dabei klar vor Augen, dass die gesellschaftlichen Ressourcen von Solidarität und Partnerschaft nicht nur die Antwortmöglichkeiten auf humanitäre Herausforderungen beeinflussen, sondern auch für die basalen Existenzbedingungen europäisch orientierter Zivilgesellschaften von Belang sind. Die EU lebt von der Idee und der Möglichkeit, gleichzeitig innerhalb und jenseits des Staates zu denken und zu leben. Was sind die Binde- und Triebkräfte innerhalb europäischer Nationalstaaten, die sowohl staatliche Strukturen stützen und ebenso Wirkung entfalten für ein Engagement, dessen Motive jenseits nationalstaatlicher Grenzen liegen? Wie können partikuläre Identitäten, Wertvorstellungen und Ideen vom guten Leben mit einem Streben hin zu grenzüberschreitenden und abstrakteren Normen und Werten verbunden werden?

Diese Fragen erhalten besondere Schärfe im Kontext von Flucht und Migration, wenn Wohlfahrtsstaatlichkeit und Verteilungsgerechtigkeit daraufhin befragt werden, ob und in welchem Maße Geflüchtete Zugang dazu erhalten – und auch die Frage der Religion entfaltet hier eine ihr eigene Relevanz: Als zivilgesellschaftliche Ressource für Fragen von Werturteilen, Überzeugungen und Gerechtigkeitsvorstellungen. Betrachtet man religiös inspirierte Organisationen in der Geflüchtetenhilfe, wird klar, dass sie wichtige Brückenpfeiler eines zivilgesellschaftlichen Netzwerkes sind, das einen Beitrag zu transnationalen Fragen von Gerechtigkeit und Solidarität leistet. Die Rahmenbedingungen dafür sind auf EU-Ebene bereits angelegt.

Rechtlich treten religiöse Akteure im politischen Europa vor allem als rechtlich konsolidierte Institutionen mit einem bestimmten Status in Erscheinung. Während europäische Nationalstaaten verschiedenste Politiken gegenüber und Rechtsformen für religiöse Institutionen entwickelt haben (etwa ein strikter Laizismus in Frankreich, ein kooperatives Modell in Deutschland oder eine institutionalisierte Kirche im Vereinigten Königreich), hat sich die EU in ihrer Vertragsreform von Lissabon in Artikel 17 AEUV für ein dialogisches Verhältnis zu religiösen Gemeinschaften entschieden, das eben jenen Status respektiert, der nach dem jeweiligen nationalen Recht festgelegt ist. „Die Union pflegt

mit diesen Kirchen und Gemeinschaften in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“ (Art. 17, Abs. 3). Dieser Artikel resultiert zum einen aus einem erfolgreichen Lobbying kirchlicher Einrichtungen in Europa, zum anderen aber auch aus der Einsicht, dass religiöse Institutionen relevante gesellschaftliche Akteure für die kommenden Herausforderungen darstellen, welche die EU zu bewältigen hat.

Im Hinblick auf die eingangs skizzierten Fragen geht diese Relevanz allerdings über die institutionalisierte und rechtlich bestimmte Gestalt der Religion hinaus. Verfassungsrechtliche Fragen sind gerade deshalb so bedeutend, weil sie den Rahmen abstecken, innerhalb dessen das Rechtliche und das Moralische in neuen kognitiven und praktischen Formen zusammenfließen und zivilgesellschaftliches Engagement fördern. Die soziale Wirkmächtigkeit religiöser Akteure in zivilgesellschaftlichen Aushandlungsprozessen könnte eben gerade dort liegen, wo die Grenze zwischen dem Religiösen und dem Säkularen an Trennschärfe verliert, d.h. dort, wo Motivationen und Handlungen nicht mehr klar dem einen oder anderen Bereich zugeordnet werden können.

Es geht keineswegs darum, Religion einseitig den positiven Kräften zuzuschreiben, die für europäische Integration und eine breite Willkommenskultur arbeiten – gegenteilige Tendenzen sind ebenso zu finden. Allerdings tritt Religion in Europa als ein Thema auf, das Kontrastpotential mit sich bringt. Von einem Fokus auf Religion ausgehend, stellt sich der europäische Säkularisierungsprozess als eine besondere Herausforderung dar, in der gesellschaftliche Bindekräfte und Motivationspotentiale für bürgerliches Engagement in einem Verhältnis zum relativen Rückgang von

Religiosität und zunehmender Privatisierung religiöser Organisation zu sehen sind. Konfrontiert mit dem großen humanitären Handlungsdruck in der aktuellen Krise präsentieren religiöse Organisationen Alternativen zu einer Logik, in der staatlich kalkulierte Maßstäbe den Ton angeben.

In der aktuellen Krise finden sich zahlreiche Beispiele für eine solche Perspektive, von denen ich hier nur einige wenige kurz nennen kann. Innerhalb der UK hat sich ein breites Bündnis unter dem Titel „City of Sanctuary“ entwickelt, in dem sich zahlreiche Städte zusammengeschlossen haben, um eine Willkommenskultur und Unterstützung für Geflüchtete in lokalen Initiativen zu fördern. Während die Arbeit von City of Sanctuary nicht explizit religiös motiviert ist, finden sich unter den teilnehmenden Akteuren zahlreiche Kirchengemeinden und einer der Gründer der Bewegung hat theologische Argumente für die Arbeit der Bewegung veröffentlicht.

Die Churches' Commission for Migrants in Europe (CCME) kooperiert mit weiteren NGOs und Gemeinden für verschiedene Projekte, die konkrete Korrekturen am europäischen Asylsystem bezwecken. Das Projekt „Safe Passages“ etwa zielt auf ein besseres Monitoring an den EU Außengrenzen ab und verfolgt ein intensives Lobbying innerhalb der EU für eine humanere Flüchtlingspolitik. Insbesondere die Ausweitung eines prinzipiengeleiteten rechtlichen Rahmens, in dem etwa die Vergabe von humanitären Visa eine entscheidende Rolle spielt, ist ein zentrales Ziel, in dem aus christlichen Motiven konkrete politische Maßnahmen gefordert werden.

Die katholische Gemeinschaft Sant'Egidio hat kürzlich in Zusammenarbeit mit mehreren evangelischen Kirchen das Projekt „Humanitarian Corridors“ initiiert, das Geflüchteten direkten Zugang nach Europa

ermöglicht, indem besonders notleidende Menschen in Krisenregionen (der Fokus liegt auf Syrien) identifiziert und dann auf sicherem Wege nach Italien gebracht werden. Mittlerweile hat auch Frankreich in die Zusammenarbeit mit Sant'Egidio eingewilligt. Die Arbeit basiert auf einem Memorandum of Understanding zwischen Sant'Egidio und den jeweiligen staatlichen Regierungen. Vor Ort dient die lokale Infrastruktur der beteiligten Gemeinden der Aufnahme und Integration von Geflüchteten.

Die „Charta von Groningen“, die bereits 1987 von Kirchengemeinden und Religionsgemeinschaften verschiedener Länder ausgearbeitet wurde und die 2010 unter dem Titel einer „Charta of the New Sanctuary Movement in Europe“ überarbeitet wurde, dient als ein Positionspapier, das klar Stellung zur europäischen Migrationspolitik bezieht. Argumente für den Schutz von Geflüchteten (Kirchenasyl) aus der Verantwortung vor Gott finden sich hierin ebenso wie solche aus der historischen Verantwortung Europas und seinen humanitären Werten und Traditionen hervorgegangenen. Die in der Charta formulierte Kritik richtet sich gegen ein bestimmtes Bild europäischer Politik der Grenzabschottung und zeichnet ein positives Bild, das in Einklang mit zentralen christlichen Glaubenssätzen steht. Die Charta dient als Vorlage für die Arbeit lokaler Kirchengemeinden.

Was diese Projekte zeigen, ist, dass religiöse Akteure wichtige Lücken im europäischen Migrationssystem füllen. Durch die Handlungsmöglichkeiten innerhalb konkreter Gemeinden und ihre übergeordneten Organisationsstrukturen verbinden sie dabei zivilgesellschaftliches Engagement in einem lokalen Umfeld mit trans-

nationalen Perspektiven. Durch den stark säkularen Hintergrund europäischer und nationalstaatlicher Politik entfalten religiöse Akteure dabei ein besonderes Kontrastpotential im politischen Diskurs und nehmen somit eine relevante Rolle innerhalb europäischer Zivilgesellschaften ein. Es ist nicht so sehr eine einheitliche Identität europäischer religiöser Werte und Normen, die eine europäische Religionspolitik schützen sollte, sondern vielmehr die Pluralität von Überzeugungen, Traditionen und lokalen Verflechtungen, die eine Verbindung lokalen Engagements mit europäischen und sogar globalen Belangen fördert. Die Art und Weise, wie sich diese Pluralität an Werten ideell und praktisch ausgestaltet, ist Gegenstand vertiefender Forschungsfragen.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 4/2017.

AUTOR

Christoph Grüll promoviert an der Fakultät für Theologie und Religionswissenschaft an der Universität Groningen. Seine Forschung widmet sich dem Verhältnis von Religion, Säkularismus und Gerechtigkeit am Beispiel zivilgesellschaftlicher Organisationen in der aktuellen Flüchtlingsdebatte. Zuvor hat er seinen MA in Religionswissenschaft mit einem Fokus auf Religionsfreiheit in europäischer Außenpolitik abgeschlossen.

Kontakt

✉ c.m.gruell@rug.nl

Weitere Informationen

🌐 <http://www.rug.nl/staff/c.m.gruell/research>

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18
10179 Berlin-Mitte

☎ +49 30 62980 100

✉ info@b-b-e.de

🌐 <http://www.b-b-e.de>

Facebook: <https://www.facebook.com/BundesnetzwerkBuererschaftlichesEngagement/>

Twitter: https://twitter.com/BBE_Info

REDAKTION DER PUBLIKATION

Dr. Kristin Junga, Dr. Rainer Sprengel, Jana Börsdamm

REDAKTION DER REIHE

PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Lilian Schwalb, Dr. Rainer Sprengel

V.I.S.D.P.

PD Dr. Ansgar Klein

SATZ/LAYOUT

Regina Vierkant (sevenminds)

ERSCHEINUNGSDATUM

September 2018

ISBN 978-3-9819767-3-1

Die Veröffentlichung dieses Dossiers wurde durch die Arbeitsstelle Ehrenamt der Nordkirche gefördert.



Arbeitsstelle Ehrenamt

Evangelisch-Lutherische
Kirche in Norddeutschland

ENTWICKELN. VERNETZEN. STÄRKEN.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist das Netzwerk für Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft zur nachhaltigen Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgergesellschaft in allen Gesellschafts- und Politikbereichen.

BBE-NEWSLETTER ONLINE

BBE-NEWSLETTER

Der BBE-Newsletter informiert 14-tägig über Engagementpolitik und -debatte in Deutschland, interessante Publikationen und Veranstaltungen sowie Aktuelles aus dem BBE. In monatlichen Themenschwerpunkten vertiefen Autor*innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft zivilgesellschaftliche Themen.

www.b-b-e.de/newsletter

BBE EUROPA-NACHRICHTEN

Die BBE Europa-Nachrichten zu Engagement und Partizipation in Europa bieten monatlich Informationen und Hintergrundberichte zu europäischen Fragen der Engagementpolitik und -förderung, Gastbeiträge namhafter EuropaexpertInnen sowie Hinweise auf internationale Beteiligungsverfahren.

www.b-b-e.de/eunewsletter

INFOLETTER

Der INFOLETTER zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements erscheint vierteljährlich, informiert über die Aktivitäten zu Vorbereitung und Durchführung der Aktionswoche, stellt Engagement-Projekte vor und hält über die Nachrichten, Aktionen und Materialien rund um das bürgerschaftliche Engagement auf dem Laufenden.

www.engagement-macht-stark.de/publikationen/infoletter

NEWSLETTER-ABO

www.b-b-e.de/newsletter-abo

